



# HESSISCHER LANDTAG

31. 01. 2012

## 95. Sitzung

Wiesbaden, den 31. Januar 2012

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> .....	6553	Frage 607	
<i>Entgegengenommen</i> .....	6554	Peter Stephan .....	6561
Präsident Norbert Kartmann .....	6553	Minister Dieter Posch .....	6561
 		Frage 608	
<b>1. Fragestunde</b>		Peter Stephan .....	6562
– Drucks. 18/5111 – .....	6554	Minister Dieter Posch .....	6562
<i>Abgehalten</i> .....	6567	Peter Seyffardt .....	6562
Präsident Norbert Kartmann .....	6567	Frage 609	
Frage 595		Armin Schwarz .....	6562
Heike Habermann .....	6554, 6555	Ministerin Lucia Puttrich .....	6562
Ministerin Dorothea Henzler .....	6555, 6556	Frage 610	
Mathias Wagner (Taunus) .....	6555	Torsten Warnecke .....	6563
Frage 597		Minister Jörg-Uwe Hahn .....	6563
Irmgard Klaff-Isselmann .....	6556	Frage 611	
Minister Stefan Grüttner .....	6556	Torsten Warnecke .....	6563, 6564
Frage 598		Minister Dieter Posch .....	6564
Hermann Schaus .....	6556	Frage 612	
Minister Dieter Posch .....	6556	Wolfgang Greilich .....	6564, 6565
Frage 599		Ministerin Lucia Puttrich .....	6564, 6565
Marcus Bocklet .....	6556, 6557	Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) .....	6565
Minister Stefan Grüttner .....	6556, 6557, 6558	Frage 613	
Kordula Schulz-Asche .....	6557	Dirk Landau .....	6565
Tarek Al-Wazir .....	6557	Ministerin Lucia Puttrich .....	6565
Frage 603		Frage 614	
Sarah Sorge .....	6558	Sabine Waschke .....	6566
Ministerin Lucia Puttrich .....	6558, 6559	Minister Boris Rhein .....	6566
Tarek Al-Wazir .....	6559	Dieter Franz .....	6566
Frage 604		Torsten Warnecke .....	6566
Dr. Ralf-Norbert Bartelt .....	6559	<i>Die Fragen 617, 619 und 623 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigefügt. Die Fragen 615, 616, 618 und 620 bis 622 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.</i>	
Minister Stefan Grüttner .....	6559	<b>2. Regierungserklärung der Hessischen Ministerin für Wissenschaft und Kunst betreffend „LOEWENstarke Forschung – Nutzen für die Menschen – Lösungen für die Zukunft“</b> .....	6567
Kordula Schulz-Asche .....	6559	<i>Entgegengenommen und besprochen</i> .....	6592
Frage 605			
Claudia Ravensburg .....	6560		
Minister Stefan Grüttner .....	6560		
Frage 606			
Bettina Wiesmann .....	6560		
Minister Stefan Grüttner .....	6561		
Gerhard Merz .....	6561		
Marcus Bocklet .....	6561		

	Seite		Seite
51. Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend <b>Hochschulstandort Hessen ist innovativ und dynamisch</b>		b) <b>Nachwahl eines Mitglieds der Versammlung der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk</b>	
– Drucks. 18/5226 –	6572	Wahlvorschlag der Fraktion der FDP	
<i>Dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst überwiesen</i>	6592	– Drucks. 18/5151 –	6592
Ministerin Eva Kühne-Hörmann	6567	<i>Gewählt:</i>	
Gernot Grumbach	6572, 6591	<i>Abg. Jürgen Lenders</i>	6592
Dr. Matthias Büger	6576	Vizepräsident Lothar Quanz	6592
Sarah Sorge	6581		
Janine Wissler	6586	4. Erste Lesung des Dringlichen Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein <b>Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle gegenüber der Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz</b>	
Dr. Rolf Müller (Gelnhausen)	6590	– Drucks. 18/5061 –	6592
Vizepräsident Lothar Quanz	6592	<i>Nach erster Lesung dem Innenausschuss überwiesen</i>	6604
		Nancy Faeser	6592, 6603
<b>3. Nachwahlen</b>		Holger Bellino	6594
a) <b>Nachwahl eines ordentlichen Mitglieds des Landesjugendhilfeausschusses</b>		Hermann Schaus	6595
Wahlvorschlag der Fraktion der CDU		Jürgen Frömmrich	6596, 6599, 6602
– Drucks. 18/5150 –	6592	Wolfgang Greilich	6598, 6600
<i>Gewählt:</i>		Minister Boris Rhein	6600
<i>Abg. Sabine Bächle-Scholz</i>	6592	Florian Rentsch	6603
Vizepräsident Lothar Quanz	6592	Präsident Norbert Kartmann	6604

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Vizepräsident Lothar Quanz

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier  
Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn  
Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer  
Minister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund Michael Boddenberg  
Minister des Innern und für Sport Boris Rhein  
Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer  
Kultusministerin Dorothea Henzler  
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch  
Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Lucia Puttrich  
Sozialminister Stefan Grüttner  
Staatssekretär Michael Bußer  
Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit  
Staatssekretärin Nicola Beer  
Staatssekretär Werner Koch  
Staatssekretärin Prof. Dr. Luise Hölscher  
Staatssekretär Dr. Herbert Hirschler  
Staatssekretär Ingmar Jung  
Staatssekretär Steffen Saebisch  
Staatssekretär Mark Weinmeister  
Staatssekretärin Petra Müller-Klepper

Abwesende Abgeordnete:

Margaretha Hölldobler-Heumüller  
Kurt Wiegel

(Beginn: 14:05 Uhr)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren! Ich eröffne die erste Sitzung im Jahre 2012. Es ist in dieser laufenden Legislaturperiode insgesamt die 95. Ich begrüße Sie alle ganz herzlich und darf Ihnen persönlich zu Beginn dieses Jahres alles Gute wünschen. Dass da die Gesundheit vorne steht, will ich nicht nur einfach so erwähnen. Vielmehr will ich Ihnen Gesundheit und alles Gute wünschen.

Seine politischen Wünsche hat jeder für sich erklärt. Da kann ich mich nicht allen anschließen. Aber trotz allem habe ich einen guten Wunsch hinsichtlich Ihres persönlichen Wohlergehens. Ich hoffe, dass das, was Sie sich vorgenommen haben, in Erfüllung geht. Also alles Gute für das Jahr 2012.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich zunächst die Personalien für heute mitteilen. Am Ende der Plenarwoche wird es noch einmal zu einer Personalie kommen.

Zunächst einmal möchte ich Folgendes sagen: Ministerpräsident Bouffier hat mit Schreiben vom 30. Januar 2012 mitgeteilt, dass seit dem 9. Januar 2012 Herr Herbert Hirschler als Staatssekretär beim Hessischen Kultusministerium tätig ist.

Lieber Herr Staatssekretär, Sie sind in der Funktion des Staatssekretärs nicht ganz unbekannt, wenn auch nicht in diesem Ministerium. Wir begrüßen Sie herzlichst wieder in unseren Reihen, wünschen Ihnen alles Gute und gute Zusammenarbeit. Herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall – Zuruf: Es kann nur besser werden!)

Meine Damen und Herren, ich darf darauf hinweisen, dass wir einen Mandatswechsel hatten. Heute ist einer zu nennen. Es folgen dann die anderen in den nächsten zwei Tagen.

Zunächst einmal ist festzustellen, dass der jetzt schon im Amt befindliche Oberbürgermeister der Stadt Rüsselsheim, Patrick Burghardt, nicht mehr unter uns ist. Der Herr Kollege ist mit Datum 31. Dezember 2011 ausgeschieden. Wir rufen ihm nach: alles Gute.

Ich begrüße als seine Nachfolgerin im Amt der Abgeordneten Frau Abg. Sabine Bächle-Scholz herzlich unter uns. – Liebe Frau Bächle-Scholz, alles Gute für Sie und herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, sich jetzt von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Wir haben am heutigen Tag eines ehemaligen, verstorbenen Kollegen zu gedenken. Am 10. Januar 2012 ist der frühere CDU-Abgeordnete Theo Michaely im Alter von 83 Jahren verstorben. Er wurde am 15. April 1928 in Oberwesel am Rhein geboren und besuchte in seiner Heimatstadt die katholische Volksschule und anschließend die Städtische Handelsschule in Bingen. 1944 begann er für die Eisenbahn zu arbeiten und wurde 1954 Geschäftsführer und Erster Bevollmächtigter der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Limburg an der Lahn.

1947 trat er der CDU bei und engagierte sich in den Sozialausschüssen. Von 1960 bis 1972 war er Mitglied des Kreistags Limburg an der Lahn und dort Sprecher der CDU-Fraktion. Theo Michaely war CDU-Kreisvorsitzender in Limburg, CDU-Bezirksvorsitzender Hessen-West und Mitglied des Landesvorstands der CDU.

Dem Hessischen Landtag gehörte Theo Michaely von 1966 bis 1970 als Abgeordneter für den Wahlkreis Limburg-Weilburg an, bis er 1970 sein Mandat abgab. Von 1968 bis 1974 war er hauptamtlicher Bürgermeister in Elz, danach von 1974 bis 1984 ehrenamtlicher Bürgermeister in Diez an der Lahn.

Unsere aufrichtige Anteilnahme gilt den Hinterbliebenen unseres ehemaligen Kollegen, den wir in guter Erinnerung behalten wollen. – Ich danke Ihnen, dass Sie sich erhoben haben.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Tagesordnung. Die Tagesordnung vom 24. Januar 2012 sowie ein Nachtrag vom heutigen Tag mit insgesamt 50 Punkten liegen Ihnen vor.

Folgende Abweichungen von der Tagesordnung wurden interfraktionell vereinbart: Die Anträge unter den Tagesordnungspunkten 21 und 24 werden nach der Debatte dem Haushaltsausschuss, federführend, überwiesen werden. Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr wird beteiligt werden.

Der Antrag unter Tagesordnungspunkt 26 wird nach der Debatte nicht dem Sozialpolitischen Ausschuss, sondern nur dem Ausschuss für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen werden.

Der Antrag unter Tagesordnungspunkt 27 wird nach Tagesordnungspunkt 48, der Aktuellen Stunde zu diesem Thema, aufgerufen und direkt abgestimmt werden.

Wie Sie dem Nachtrag zur Tagesordnung entnehmen können, sind fünf Anträge betreffend eine Aktuelle Stunde eingegangen. Das sind die Tagesordnungspunkte 45 bis 49. Die Aussprache zu jedem zulässigen Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde beträgt gemäß unserer Geschäftsordnung fünf Minuten je Fraktion. Die Aktuellen Stunden werden am Donnerstag um 9 Uhr abgehalten werden.

Zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Hessisches Betreuungs- und Pflegegesetz, Drucks. 18/5181 zu Drucks. 18/3763, ist noch ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP, Drucks. 18/5201, eingegangen. Das betrifft Tagesordnungspunkt 9 b.

Noch eingegangen und an Sie verteilt wurde der Dringliche Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Hochschulstandort Hessen ist innovativ und dynamisch, Drucks. 18/5226. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Damit wird der Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 51. Wir können ihn zusammen mit Tagesordnungspunkt 2, der Regierungserklärung, aufrufen. Danach können wir ihn dann auch bescheiden.

Außerdem ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Schutzschirm der Landesregierung ist zu klein – Ausgestaltung muss überarbeitet werden, Drucks. 18/5228, eingegangen. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Auch das ist der Fall. Damit wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 52, und wir werden ihn zusammen mit Tagesordnungspunkt 29 aufrufen. Wider-

spricht jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist das so beschlossen.

Weiterhin ist der Dringliche Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Nassauische Heimstätte muss Landesunternehmen bleiben – unverzichtbares Instrument der Wohnungspolitik und Entwicklungsplanung, Drucks. 18/5229, eingegangen. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Damit wird der Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 53, und wir werden ihn mit den Tagesordnungspunkten 21, 24 und 38 aufrufen. – Auch das geschieht im Konsens und ist somit beschlossen.

Der Dringliche Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Schutzschirm muss kommunale Selbstverwaltung respektieren – umfassende Reform der kommunalen Finanzausstattung bleibt notwendig, Drucks. 18/5230, ist auch eingegangen. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dies Tagesordnungspunkt 54, und wir können ihn, wenn wir wollen, mit den Tagesordnungspunkten 29 und 52 aufrufen. – Dem widerspricht auch niemand. Dann verfahren wir so.

Dann ist noch eingegangen der Dringliche Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend zweiter Minister der Landesregierung gibt fehlerhafte Abwägung bei Genehmigung des Flughafenausbaus zu: Rücknahme des Revisionsantrags jetzt, Drucks. 18/5231. Wird hier die Dringlichkeit bejaht? – Das ist auch der Fall. Dann wird dies Tagesordnungspunkt 55, und wir rufen es auf mit den Tagesordnungspunkten 22, 25 und 28. – Kein Widerspruch. Dann ist dies so beschlossen.

Weiterhin eingegangen ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Einführung einer Finanztransaktionssteuer, Drucks. 18/5232. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dies der Tagesordnungspunkt 56, und wir können ihn mit dem Tagesordnungspunkt 48, der entsprechenden Aktuellen Stunde, aufrufen und direkt abstimmen. – Kein Widerspruch. Somit ist es beschlossen.

Widerspricht jemand der jetzt abgesprochenen Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall. Dann gilt sie als beschlossen.

Wie im Ältestenrat vereinbart und wie Sie der Tagesordnung entnehmen können, tagen wir heute bis 19 Uhr. Wir beginnen mit dem Tagesordnungspunkt 1, der Fragestunde. Danach kommt die Regierungserklärung der Hessischen Ministerin für Wissenschaft und Kunst betreffend „LOEWENstarke Forschung – Nutzen für die Menschen – Lösungen für die Zukunft“.

Ich möchte nachträglich – das ist in der Zeit zwischen der letzten Sitzung im alten Jahr und der ersten in diesem Jahr passiert – einem von uns zu seinem 60. Geburtstag gratulieren. Lieber Herr Ministerpräsident, lieber Herr Bouffier, das Haus gratuliert Ihnen ganz herzlich zu diesem runden Geburtstag. Alles Gute für Sie.

(Beifall)

Sollten Sie Fragen haben, wie man damit umgeht: Ich habe drei Jahre Erfahrung. Ich stehe Ihnen jederzeit zur Verfügung.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Ich nehme noch regelmäßig am Leben teil!)

Herr Kollege Krüger wurde am 20.12. 70. Lieber Herr Krüger, auch Ihnen alles Gute und Gottes Segen für Ihr weiteres Leben.

(Beifall)

Das sind nur zehn Jahre mehr als der Ministerpräsident, aber 30 Jahre mehr als der Innenminister. Der Innenminister hat seinen 40. gefeiert, und zwar am 2. Januar in diesem Jahr. Lieber Herr Innenminister, alles Gute für Sie.

(Beifall)

Schließlich wurde am 13. Januar – übrigens seien alle Steinböcke von mir herzlich begrüßt – Herr Kollege Franz 60. Lieber Herr Kollege, ich wünsche Ihnen alles Gute für die Zukunft.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich teile Ihnen noch mit, dass sich Herr Staatsminister Wintermeyer wegen einer Beerdigung bis ca. halb vier entschuldigt hat.

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt etwas tun, was ich eigentlich erst heute Abend um 19 Uhr tun könnte. Trotzdem möchte ich es jetzt tun, weil wir jetzt alle da sind. Ich möchte eine Kollegin verabschieden, deren Nachfolger wir morgen früh begrüßen werden.

Frau Kollegin Osterburg hat sich entschieden, mit Ablauf des heutigen Tages ihr Mandat niederzulegen. Sehr geehrte Frau Osterburg, Sie haben eine sehr umfassende Vita, die ich hier nicht in Gänze darstellen will. Das ist mit Sicherheit jetzt auch nicht notwendig. Wichtig ist für uns, dass Sie seit dem 5. April 1999 dem Hause angehört haben und Ihren Wahlkreis im Frankfurter Nordosten vertreten haben. Wir haben Sie alle schätzen gelernt als eine Kollegin mit klarem Blick für die Dinge des Lebens, mit einer sehr angenehmen Umgangsweise, ob in der eigenen Fraktion oder woanders. Ich kenne sehr viele, die es bedauern, dass Sie Ihr Mandat niederlegen. Wir können es aber auch verstehen. Mit hohem Respekt möchte ich hier Ihre Leistung würdigen und Ihnen für die nächsten Jahre alles Gute wünschen. Frau Osterburg, herzlichen Dank für Ihre lange Tätigkeit hier.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, jetzt sind alle Mitteilungen gemacht. Die Tagesordnung steht.

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Fragestunde – Drucks. 18/5111 –**

Wir beginnen mit der **Frage 595** aus der letzten Fragestunde. Frau Abg. Habermann, bitte schön.

**Heike Habermann (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Konsequenzen zieht sie aus der Vereinbarung zwischen der AGD (Arbeitsgemeinschaft Direktoren der beruflichen Schulen) und den Evangelischen Kirchen Hessen Nassau und Kurhessen-Waldeck (in Absprache mit dem Vertreter der Katholischen Kirche) am 24. Oktober 2011 in der Adolf-Reichwein-Schule in Marburg?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kultusministerin Henzler.

**Dorothea Henzler, Kultusministerin:**

Verehrte Abg. Habermann, eine Zielvereinbarung zwischen den Vertretern der beiden christlichen Kirchen und der AGD Hessen, aus der eventuelle Konsequenzen gezogen werden könnten, wurde am 24. Oktober 2011 in der Adolf-Reichwein-Schule in Marburg nicht getroffen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Habermann.

**Heike Habermann (SPD):**

Frau Kultusministerin, es geht fast nicht ohne Erläuterungen, da Sie den Sachverhalt anscheinend nicht kennen. Es geht um die Religionsstunde. Die Vertreter der Kirchen und die Vertreter der beruflichen Schulen haben besprochen, dem Kultusministerium einen Vorschlag zu unterbreiten. Ist dieser Vorschlag bei Ihnen eingetroffen, der unter anderem eine Aussetzung des Erlasses zur Kürzung der Religionsstunde und Veränderungen im Lehrerbildungsgesetz betrifft?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Henzler.

**Dorothea Henzler, Kultusministerin:**

Mir ist selbstverständlich das Ergebnisprotokoll des Gesprächs der AGD und der Evangelischen Kirchen Hessen Nassau und Kurhessen-Waldeck in Absprache mit den Vertretern der Katholischen Kirche zugegangen. Der an diesem Gespräch anwesende zuständige Vertreter der evangelischen Kirchengemeinde hat gegenüber dem Hessischen Kultusministerium ausdrücklich bekräftigt, dass es keine Zielvereinbarung gegeben hat.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Habermann.

**Heike Habermann (SPD):**

Dann habe ich eine weitere Frage. Ist es zutreffend, dass der ehemalige Staatssekretär, Herr Brockmann, am 30.11. den Direktoren der beruflichen Schulen mitgeteilt hat, dass die Kürzung der Religionsstunde zwar im Erlass bestehen bleibt, aber quasi als Guthaben weiterhin den Schulen im Haushalt zur Verfügung steht, falls der Religionsunterricht erteilt werden kann?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kultusministerin.

**Dorothea Henzler, Kultusministerin:**

Frau Abg. Habermann, jetzt muss man wirklich etwas auf die Sache eingehen.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich kann Ihnen hier gerne einen fünfminütigen Vortrag zu den Religionszuweisungsstunden der beruflichen Schulen halten. Das ist alles überhaupt kein Problem. Das werde ich jetzt auch gerne tun. Es sind nie Religionsstunden an den beruflichen Schulen gekürzt worden. Das schicken wir gleich voraus. Aufgrund einer Bitte der Evangelischen und der Katholischen Kirche bezüglich des Haltens von Religionsunterricht an beruflichen Schulen haben wir seit dem Schuljahr 2009/2010 genau verfolgt, wie es mit dem Halten von Religionsstunden an beruflichen Schulen aussieht. Wir haben festgestellt, dass in den Schuljahren 2009/2010 und 2010/2011 an den Vollzeitberufsschulen nur 50 % und an den Teilzeitberufsschulen nur 25 % der zugewiesenen Religionsstunden gehalten wurden.

Daraufhin haben sich die Staatlichen Schulämter mit den Schulen in Verbindung gesetzt, um zu erreichen, dass die Religionsstunden auch gehalten werden, für die Stellen zugewiesen werden. Außerdem halten wir Religionsunterricht in beruflichen Schulen für äußerst wichtig und richtig für die Jugendlichen.

Parallel dazu hat es eine neue Vereinbarung mit allen beruflichen Schulen über die Zuweisung der Stunden an den beruflichen Schulen gegeben. Dabei hat man eine gemeinsame Transparenz festgestellt; im Teilzeitschulbereich sind den Schulen mehr Stunden zugewiesen, als sie eigentlich zu Recht haben müssten – zu Recht müssten sie nur zwölf Stunden haben, aber sie bekommen 14,3 Stunden zugewiesen, um ausgleichen und wechselweise im Teilzeitschulbereich Unterricht geben zu können.

Dann wurde gesagt, dass keine zusätzlichen Stunden für Religionsunterricht gebraucht würden, um sie im Teilzeitschulbereich zu verwenden. Daraufhin hat man mit den Schulen vereinbart, dass alle gehaltenen Religionsunterrichtsstunden auch mit einer Zuweisung hinterlegt werden.

Dass wir beim Religionsunterricht der beruflichen Schulen genauer hingesehen haben, hat bis zum Ende letzten Jahres dazu geführt, dass 38 % mehr Religionsunterricht als vorher gehalten worden ist. Das heißt, es wird deutlich mehr Religionsunterricht in den Schulen abgehalten. Zum 1. Februar 2012 wird an vier Schulen noch einmal nachgesteuert, sodass auch dort künftig Religionsunterricht stattfindet und wir damit 45 % mehr gehaltenen Religionsunterricht in hessischen Schulen erreicht haben werden. Ich glaube, das ist ein sehr gutes Ergebnis.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Heike Habermann)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Wagner (Taunus).

**Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, Sie haben gesagt, dass Sie das Ergebnis des Gesprächs vom 24. Oktober 2011 kennen. Deshalb frage ich Sie: Wie beurteilen Sie diesen Vorschlag, der dort von der Arbeitsgemeinschaft der Direktorinnen und Direktoren an beruflichen Schulen und den Evangelischen Kirchen zur Verbesserung der Abdeckung des Religionsunterrichts erarbeitet wurde? Warum ist dieser Vorschlag aus Ihrer Sicht kein gangbarer Weg?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kultusministerin.

**Dorothea Henzler, Kultusministerin:**

Herr Kollege Wagner, ich habe es gerade geschildert: Der Weg, den wir gegangen sind, ist sehr viel effizienter, sehr viel schneller und sehr viel erfolgreicher.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 597**, Frau Irmgard Klaff-Isselmann. – Ich darf bitten, auf der Regierungsbank etwas Ruhe zu halten.

**Irmgard Klaff-Isselmann (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie viele Plätze an Altenpflegeschulen stellt das Land aktuell zur Verfügung?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Sozialminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Frau Abgeordnete, zum 01.10.2011 – das ist der Beginn des Schuljahres – befanden sich insgesamt 4.609 Schülerinnen und Schüler in Ausbildung.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Frage, **Frage 598**. Herr Abg. Schaus, DIE LINKE.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Ich frage die Landesregierung:

*Warum ist sie sieben Wochen nach der Eröffnung der Nordwest-Landebahn am Frankfurter Flughafen nicht in der Lage, Auskunft darüber zu geben, ob und wie alle Nebenbestimmungen aus dem Planfeststellungsbeschluss von 2007 erfüllt worden sind?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Kollege Schaus, wir sind sehr wohl in der Lage, Auskunft über die Erfüllung der Nebenbestimmungen des Planfeststellungsbeschlusses von 2007 betreffend die Landebahn Nordwest zu geben.

Zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Landebahn Nordwest waren alle für die Bahn und ihre Betriebsaufnahme relevanten Nebenbestimmungen umgesetzt bzw. beachtet worden. Keine einzige, die Landebahn betreffende Nebenbestimmung ist offen geblieben. In der Tat ist es so, dass wir auf Ihre Kleine Anfrage, die dies unter an-

derem zum Gegenstand hatte, eine Fristverlängerung beantragen mussten. Das hing damit zusammen, dass eine Vielzahl von Initiativen zu beantworten war. Wie bereits in der Antwort zu dieser Kleinen Anfrage, Drucks. 18/4514, dargelegt, sind mit dem Planfeststellungsbeschluss zum 18.12.2007 nicht nur die Landebahn Nordwest, sondern der gesamte Ausbau des Verkehrsflughafens Frankfurt durch die Zulassungsentscheidungen mit ihren Nebenbestimmungen geregelt worden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Schaus.

**Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Minister, ich hatte diese Frage gestellt, weil ich davon ausgegangen bin, dass Sie so etwas wie eine Checkliste haben und diese sehr schnell vor der Inbetriebnahme zugeschiedt werden kann. Deshalb noch einmal meine Frage: Wer ist für die Überwachung der Auflagen aus dem Planfeststellungsbeschluss zuständig, und in welcher Art und Weise wird die Einhaltung, auch nachträglich und laufend, kontrolliert?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Für die Einhaltung der Bestimmungen und Nebenbestimmungen im Planfeststellungsbeschluss sind wir zuständig. Wie das im Detail und auf die einzelnen Nebenbestimmungen bezogen gehandhabt wird, wird partiell in der Antwort auf Ihre Anfrage dargelegt. Darüber hinaus bin ich gerne dazu bereit, noch weiter konkret darauf zu antworten.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Die **Frage 599**, Herr Abg. Bocklet.

**Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie hoch sind die Ausgaben für „Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II“ in den ersten zehn Monaten des Jahres 2011 bei den Optionskommunen in Hessen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Sozialminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Herr Abgeordneter, die Mittel für Leistungen zur Eingliederung werden im Bundeshaushalt eingestellt. Eine Bezifferung der Eingliederungsleistungen nach dem SGB II für die ersten zehn Monate des Jahres 2011 kann daher nicht erfolgen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Bocklet.

**Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Dem Land Hessen steht ein Eingliederungstitel zur Verfügung. Dieser wird auf die Arbeitsgemeinschaften und die Optionskommunen verteilt. Dementsprechend gibt es selbstverständlich ein Budget für die Optionskommunen. Ihnen liegen also offensichtlich keine Daten über die Ausgaben für die Eingliederungsleistungen vor?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Sozialminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Herr Abgeordneter, Sie haben nach den Ausgaben gefragt. Das ist etwas anderes als Mittel, die zur Verfügung stehen. Insofern habe ich Ihre Frage korrekt beantwortet.

Wenn Sie allerdings wissen wollen, wie viele Mittel den einzelnen Optionskommunen für die Förderkreise zur Verfügung stehen, kann ich Ihnen diese Summen selbstverständlich nennen. Das heißt aber nicht, dass die Kommunen dieses Geld damit automatisch ausgegeben haben. Die Kommunen nehmen selbst am HKR, dem Haushalts- und Kassenrechtsverfahren des Bundes, teil und rechnen die Ausgaben direkt mit Bund ab. Eine entsprechende Aufstellung kann nur am Ende eines Jahres über den Bund erfolgen. Daher kann ich Ihnen zwar die Budgets mitteilen, aber wie Sie wissen, sind Budgets nicht gleich Ausgaben.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Bocklet.

**Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Das heißt also, im Musterland der Optionskommunen Hessen sind Sie im Gegensatz zu den Arbeitsgemeinschaften nicht auskunftsfähig zu der Frage, wie die Ausgaben tatsächlich abgeflossen sind?

(Zuruf von der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Sozialminister.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Herr Abgeordneter, an dieser Stelle geht es um eine Frage der Bundesgesetzgebung im SGB II. Diese beinhaltet einen direkten und unmittelbaren Zahlungsfluss vom Bund auf die einzelnen Optionskommunen. Selbstverständlich wird nach Ende eines Haushaltsjahres auch eine entsprechende Abrechnung vorgenommen. Natürlich werden wir von den Optionskommunen auch immer wieder darüber in Kenntnis gesetzt, wie die Abflüsse vorgenommen wurden, ohne dass an dieser Stelle konkrete Zahlen vorliegen. Insofern ist eine Auskunft über konkrete Zahlen nicht möglich, weil sich diese – abhängig von der Abrech-

nungssituation – jeden Tag und ebenso monatsbezogen ändern können.

Daher glaube ich, dass die in Ihrer letzten Zusatzfrage erkennbare Tendenz die Arbeit der Optionskommunen wie auch das Verhältnis des Landes zu den Optionskommunen nicht richtig widerspiegelt. Im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung ist es im Wesentlichen Aufgabe der Optionskommunen, diese Ausgaben aus den ihnen zur Verfügung gestellten Budgets vorzunehmen.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Schulz-Asche.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, können Sie uns denn dann sagen, wie im letzten Jahr die Arbeitsgemeinschaften und die Optionskommunen im Vergleich Mittel ausgegeben haben, um die Eingliederung von langzeitarbeitslosen Menschen zu gewährleisten? Gibt es Unterschiede, und können Sie die feststellen? Welche unterschiedlichen Qualitäten können Sie aus den ausgegebenen Mitteln herleiten?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Sozialminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Frau Abgeordnete, ich habe eben auf die Frage des Abg. Bocklet, ob ich die Ausgaben darstellen kann, geantwortet, dass ich das nicht kann, weil sie im Bundeshaushalt etatisiert sind. Wenn ich die Zahlen an der einen Stelle nicht habe, kann ich auch keinen Vergleich im Ausgabeverhalten zwischen Optionskommunen mit den Arbeitsgemeinschaften darstellen.

Wenn Sie allerdings auf aktuelle Presseberichterstattungen mit dem Vergleich von Optionskommunen mit den Arbeitsgemeinschaften, der öffentlich und gesetzlich festgelegt auch im Internet unter der Internetadresse [www.sgb2.info](http://www.sgb2.info) abrufbar ist, eingehen, so ist auch hier der Vergleich noch zu früh, weil es ausschließlich um die Frage von Bildungs- und Teilhabeleistungen geht, aber erst ein vorübergehender Zeitraum festzustellen ist. In den Diskussionen mit der Bundesagentur für Arbeit besteht Einverständnis darüber, dass eine Wertung dieser Zahlen frühestens im April, wenn ein Einjahreszeitraum vorbei ist, vorgenommen werden kann. Dann werden wir auch die entsprechenden Zahlen bewerten.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Staatsminister, können Sie über zehn Jahre nach einer berühmt gewordenen Wisconsinreise des ehemaligen Ministerpräsidenten und über sechs Jahre nach Beginn des Wettbewerbs zwischen Argon und Optionskommunen sagen, welche dieser beiden Organisationsformen am Ende in der Vermittlung und damit in der Reduzierung der Arbeitslosenzahl erfolgreicher ist?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Sozialminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Herr Abgeordneter, selbstverständlich lässt sich ein solcher Vergleich darstellen, was letztendlich auch dazu führt, dass in der weiteren Tranche Arbeitsgemeinschaften gerne in Optionen rübergekommen sind. Leider hatten wir nicht genügend Optionsmöglichkeiten in Hessen, um alle kommunalen Gebietskörperschaften bedienen zu können. Insofern ist die Fragestellung zu kurz gegriffen, wenn ich nur auf Eingliederungsleistung, d. h. Integrationsleistung in den Arbeitsmarkt, sehe. Ich muss auch mit berücksichtigen, was den Erfolg der Optionskommunen ausmacht, nämlich die Hilfe aus einer Hand.

Die Frage einer Hilfestellung beinhaltet auch Hilfestellungen, die über den Sozialhilfeträger, über das Gesundheitsamt, über das Jugendamt in einer Optionskommunen in einer Hand generiert werden können. In der Zwischenzeit ist es so weit, wenn man die Zahlen insgesamt sieht, dass sich auch die Eingliederungsleistungen der Optionskommunen denen der Arbeitsgemeinschaften angeglichen haben, weil wir in der Zwischenzeit als Optionskommunen eine gleiche Statistik zugrunde legen. Das ist ein Unterschied.

Die BA zählt einen Arbeitslosen: Er wird in eine Arbeitsmaßnahme eingegliedert, scheidet nach vier Wochen aus und kommt in die nächste hinein. Das sind in den Statistiken der BA zwei Eingliederungsleistungen, bei den Optionskommunen eine. Insofern ist dort die Fragestellung, wie die Statistiken zukünftig vergleichbar gemacht werden, die Hauptursache, wie in Zukunft Erfolgsmodelle dargestellt werden können.

Nachdem nicht nur eine berühmte Reise gewesen ist, sondern es in der Zwischenzeit bundesgesetzlich und bundesweit mit der Maßgabe etabliert ist, dass in der Zwischenzeit viele Landkreise klagen, um als Optionskommune zugelassen zu werden, ist das nicht nur ein hessisches Erfolgsmodell, sondern ein bundesweites Erfolgsmodell, das gleichberechtigt neben den Arbeitsgemeinschaften steht.

Ich freue mich, dass auch die Stadtverordnetenversammlung in Offenbach einstimmig und damit mit allen Stadtverordneten beschlossen hat, zu optieren, und zum 1. Januar dieses Jahres auch Optionskommune geworden ist, obwohl sie vorher fünf Jahre Erfahrung als Arbeitsgemeinschaft gemacht hatte.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Dann kann ich die **Frage 603** aufrufen. Frau Abg. Sorge.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wird sie vor dem Hintergrund des verstärkten Flugverkehrs im Frankfurter Süden dafür sorgen, dass die zurzeit offline geschaltete Schadstoffmessstation DEHE007 in Frankfurt-Niederrad zur Erfassung der Konzentrationen von Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Stickstoffmonoxid, Ozon, Kohlenmonoxid sowie Gesamtstaub, die insbesondere durch Flugverkehr emittiert werden, wieder in Betrieb genommen wird?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Umweltministerin.

**Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Frau Abg. Sorge, in den Neunzigerjahren befanden sich in Frankfurt sechs Luftmessstationen des städtischen Hintergrunds an Standorten in Bockenheim, Griesheim, Höchst, Niederrad, Ost und Sindlingen. In den jahrzehntelangen Messungen zeigte sich eine große Übereinstimmung der Messergebnisse der verschiedenen Stationen, sodass im Rahmen der Anpassung des hessischen Luftmessnetzes an die Anforderungen der Luftqualitätsrahmenrichtlinie drei Standorte – nämlich Bockenheim, Griesheim und Niederrad – ohne Informationsverlust zugunsten einer verstärkten Messung der Luftqualität an Emissionsschwerpunkten wie hoch belasteten Straßenzügen aufgegeben werden konnten. Das war im Jahr 1998.

Die Messwerte der Luftmessstation in Frankfurt-Niederrad lagen zuvor immer niedriger als die Messwerte der Luftmessstation in Frankfurt-Höchst. Die Auswirkungen des Flugverkehrs auf die allgemeine Luftqualität könnte nur bedingt an einer so weit vom Flughafen entfernt gelegenen Messstation wie Frankfurt-Niederrad abgelesen werden, da sich hohe Stickstoffdioxidkonzentrationen nur sehr lokal um die Quelle herum auswirken. Bereits nach 100 m halbiert sich die Belastung in etwa.

Dies lässt sich anschaulich anhand der Messwerte der in etwa gleicher Entfernung gelegenen Luftmessstation in Raunheim belegen. In der Zeit vom 16. bis einschließlich 19. April 2010 kam der Flugverkehr in Frankfurt aufgrund des isländischen Vulkanausbruchs praktisch vollständig zum Erliegen. An dem Verlauf der NO<sub>2</sub>-Konzentrationen an der Luftmessstation konnte man die vollständige Einstellung des Flugbetriebs jedoch nicht ablesen, im Gegenteil war in dieser Zeit sogar eine leichte Zunahme der Stickstoffdioxidkonzentration gegenüber den Vortagen mit Flugbetrieb zu beobachten. Ursächlich hierfür war eine nachlassende Windgeschwindigkeit.

Einen besseren Überblick über mögliche Zusatzbelastungen durch den Ausbau des Flughafens Frankfurt wird ein Vergleich der Messwerte der in unmittelbarer Nähe zur Landebahn Nordwest liegenden Messstation bieten, deren Jahresmittelwerte in den Fraport-Jahresberichten regelmäßig veröffentlicht werden.

Da die Landesregierung die Bedenken und Befürchtungen der betroffenen Bevölkerung im Hinblick auf mögliche gesundheitsschädliche Belastungen sehr ernst nimmt, wird derzeit geprüft, ob eine zusätzliche Messstation zu den dreien, die ich eben nannte, flughafennah in einem entsprechend betroffenen Wohngebiet aufgestellt werden kann.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Sorge.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, Sie selbst haben die Ängste der Bevölkerung angesprochen, nicht nur Schaden durch den Fluglärm, sondern auch durch die Schadstoffemissionen zu nehmen. Halten Sie es vor dem Hintergrund nicht für logisch, dass sich diese Menschen wünschen, dass eine be-

stehende Schadstoffmessstation, die schon da und nur abgeschaltet ist, wieder angeschaltet wird? Wenn Sie das für verständlich halten: Warum tun Sie es dann nicht?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Puttrich.

**Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Frau Abg. Sorge, ich habe Ihnen eben dargelegt, dass die Messungen einer stillgelegten Messanlage die Befürchtung der Bevölkerung deshalb nicht zerstreuen könnten, weil die Anlage an dieser Stelle nicht die entsprechenden Informationen geben würde. Deshalb prüfen wir von unserer Seite aus, ob wir eine andere Luftmessstation als die drei stillgelegten und als in Niederrad nahe am Flughafen oder der Nordwestbahn installieren, um genau das zu tun, nämlich die Bevölkerung entsprechend zu informieren. Das heißt, eine neue würde konzentrierter und besser informieren als eine, die wieder in Betrieb genommen werden würde und die entsprechenden Informationen aus den Gründen nicht geben kann, die ich Ihnen eben genannt hatte.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Ministerin, wollen Sie denn, dass diese neue Station in Betrieb genommen wird – jenseits der Prüfung? Ist es also Ziel dieser Prüfung, dass es eine solche neue Station geben wird? Dann sagen Sie es doch einfach.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin Puttrich.

**Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Herr Al-Wazir, Sie können davon ausgehen: Wenn wir von unserer Seite her eine Prüfung beginnen und sagen, wir prüfen, ob eine weitere Station eingerichtet werden kann, dann machen wir das mit dem Ziel, das auch umzusetzen – und nicht mit dem Ziel, es nicht umzusetzen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So wie bei der Umweltzone! – Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 604**, neu eingegangen: Herr Abg. Dr. Bartelt.

**Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Sind die Modellregionen für die Modelle zur Delegation von ärztlichen Leistungen schon vergeben?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Sozialminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Herr Abgeordneter, die Ausrufung von Modellregionen, überhaupt das Erproben von Modellen zur Delegation von ärztlichen Leistungen ist ein wesentlicher Bestandteil des hessischen Paktes zur Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung, insbesondere auch in ländlichen Gebieten.

Die Partner dieses Paktes haben sich darauf verständigt, drei Modelle zu erproben, die unterschiedliche Abrechnungsmodalitäten haben. Das Nähere wird in einer Arbeitsgruppe festgelegt, ebenso – es gibt dazu eine wissenschaftliche Begleitung –, ob die Regionen, in denen erprobt werden soll, strukturell vergleichbar sind. Denn sonst kommt es zu verzerrten Ergebnissen.

Erfreulich ist, dass sich auch viele Hausarztverbände in Hessen bereits angemeldet haben und gerne erproben wollen. Morgen, am 1. Februar, findet die Sitzung der Arbeitsgruppe statt, auf der diese Modalitäten besprochen werden, um dann die Modellregionen festlegen zu können. Zum jetzigen Zeitpunkt ist eine Festlegung noch nicht erfolgt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Schulz-Asche.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich sehe gar nichts, aber ich glaube, ich bin online.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Sie sehen das auch nicht, wenn ich Ihr Mikrofon eingeschaltet habe. Ich sehe es nur, wenn Sie die Ruftaste gedrückt haben.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich dachte, ich sehe es auch.

Herr Minister, ich wollte eine Frage zu den Ansätzen der Abrechnungsverfahren der Delegation ärztlicher Leistungen stellen. Sind die Modelle, die jetzt geprüft werden sollen, schon in anderen Bundesländern in ähnlicher Art und Weise durchgeführt worden? Wenn ja: Welche Erfahrungen sind dort gemacht worden?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Sozialminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Zwei dieser Modelle sind bereits in anderen Bundesländern durchgeführt worden, und zwar in Nordrhein-Westfalen und in Mecklenburg-Vorpommern. An beiden Stellen haben die jeweiligen Modelle gute Ergebnisse gezeigt und sind auf eine große Akzeptanz gestoßen.

Ein Problem bei der Einführung ist in der Tat die Frage der Abrechnungsmodalitäten: Geht das direkt über eine

Hausarztpraxis, die dann delegiert, oder wird von den Delegierten abgerechnet? Deswegen gibt es noch eine dritte Form, die noch nicht erprobt worden ist. Das ist ein eigenes Modell, das in Hessen durch die Landesärztekammer entwickelt worden ist.

Weil es so schwierig war, sich zwischen den Kostenträgern und den Kassenärztlichen Vereinigungen darauf zu verständigen, welches dieser Modelle das beste ist – wegen der im Hintergrund stehenden Abrechnungsmodalitäten –, hat man vereinbart, genau diese drei Modelle zu erproben. Das Sozialministerium nimmt als neutrale Instanz eine wissenschaftliche Begleitung vor, um anschließend zu sagen: Das oder jenes hat sich hier in Hessen bewährt.

Letztendlich ist es auch möglich, drei Modelle einzuführen, aber dann haben wir zumindest eine Grundlage für die weitere Diskussion.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Nochmals zur Technik: Wenn Sie einmal auf die Ruftaste drücken, dann leuchtet der Ring dort. Damit haben Sie sich angemeldet und brauchen nichts mehr zu tun. Wenn das Licht aus ist, habe ich Sie freigeschaltet.

Die meisten drücken dann wieder, weil sie denken, der da vorne merkt nichts. Aber dann erscheint hier ein Kreuz, und es geht wieder nicht. – Auf diese Weise können wir die Sitzung bis morgen früh hinziehen.

Das zu Ihrer Information: nur einmal kurz antippen. – Die Kabinettsmitglieder erwische ich auch so.

(Horst Klee (CDU): Das ist seit 2008 so! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, danke für den Hinweis! Aber ich höre heute, dass hier irgendetwas verändert wurde – und zwar zum Guten! Das hat ja nur vier Jahre gedauert! – Norbert Schmitt (SPD): Die Akustik!)

– Ich bin ehrlich und sage: Damit habe ich nichts zu tun.

(Heiterkeit)

Jetzt wollte er mich einmal loben, und es war wieder nichts. Das ist Pech.

(Heiterkeit)

Ich empfinde es ja auch so, und das ist in Ordnung.

(Norbert Schmitt (SPD): Die Akustik! Es gibt neue Lautsprecher!)

Wir haben neue Lautsprecher bekommen?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, ich höre es jetzt viel besser!)

Toll. Man soll die Hoffnung nie aufgeben. Vielen Dank dafür.

Jetzt kann ich mit neuen Lautsprechern die **Frage 605** aufrufen. Frau Kollegin Ravensburg.

**Claudia Ravensburg (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie unterstützt das Land den Ausbau und die Fortbildung von Familienhebammen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Sozialminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Frau Abgeordnete, in den Jahren 2007 bis 2011 wurden im Auftrag des Hessischen Sozialministeriums 188 Hebammen zu Familienhebammen qualifiziert. Insgesamt wurden hierfür Mittel in der Größenordnung von knapp 300.000 € zur Verfügung gestellt. Für das Jahr 2012 sind eine weitere Fortbildungsmaßnahme sowie die Durchführung eines Symposiums mit entsprechenden Teilnehmern geplant und finanziert. Zudem unterstützt das Hessische Sozialministerium den Einsatz von Familienhebammen im Rahmen des Projekts „Keiner fällt durchs Netz“. Dieses Projekt wird nach Ablauf der Modellphase von den Landkreisen Bergstraße und Offenbach mit Unterstützung der Hessenstiftung „Familie hat Zukunft“ weitergeführt.

Seit November 2010 fördert das Hessische Sozialministerium das Projekt im Werra-Meißner-Kreis, seit November 2011 auch über das Gesundheitsamt der Stadt Wiesbaden. Weitere Anträge liegen vor und sollen im Jahr 2012 in die Förderung einbezogen werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Ravensburg.

**Claudia Ravensburg (CDU):**

Herr Staatsminister Grüttner, welchen Wert misst die Landesregierung dabei den Regelungen zum Ausbau der Familienhebammen im neuen Kinderschutzgesetz des Bundes bei?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Sozialminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Frau Abgeordnete, im Zusammenhang mit dem Kinderschutzgesetz des Bundes werden den Ländern für den Aus- und den Aufbau von Netzwerken im Hinblick auf frühe Hilfen Mittel zur Verfügung gestellt werden, die letztendlich den Einsatz von Familienhebammen verstärken werden. Eine deutliche Ausweitung dieser Arbeit wird möglich werden.

Aufgrund der guten Erfahrungen, die wir bereits in Hessen gemacht haben, begrüßen wir diese Ausweitung ausdrücklich.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Dann rufe ich die **Frage 606** auf. Frau Abg. Wiesmann.

**Bettina Wiesmann (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welchen Wert misst sie den Familienzentren bei?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Jetzt bitte der Herr Sozialminister.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Frau Abgeordnete, Familienzentren sind – wie hier schon in mehrfachen Debatten und Antworten auf mündliche Fragen angesprochen – ein ausgesprochen wichtiger Baustein in der Sozial- und Familienpolitik des Landes Hessen. Sie bieten nämlich eine ganzheitliche, eine wohnortnahe Unterstützung für die gesamte Familie. Damit sind die Familienzentren Knotenpunkte in einem Netzwerk aus Kooperation und Integration und ein Bestandteil des kommunalen Präventionsnetzes.

Hessische Familienzentren unterstützen Familien im weiteren Sinne, beziehen also sämtliche Generationen mit ein und damit auch alle Menschen des sozialen Umfeldes. Sie haben zum Ziel, Familie als Ganzes – und damit den gesamten Lebenszusammenhang – anzusprechen. Gerade im Hinblick auf die demografische Entwicklung ist es deshalb besonders wichtig, dass die Angebote der Familienzentren einen weiteren Fokus haben und auch die immer älter werdende Bevölkerung einbeziehen. Sie bieten im direkten Lebensumfeld nicht nur die Möglichkeit des Treffens, sondern auch der Bildung, Information, Unterstützung, Beratung, Betreuung und auch Entlastung und tragen damit im wesentlichen Teil auch dazu bei, dass in Hessen die Unterstützung für Familien schon früh ansetzt und tatsächlich ankommt.

Der Hessischen Landesregierung liegt das Wohlergehen aller Familien sehr am Herzen. Durch die Förderung von Familienzentren wird der besonders frühe Zugang zu Familien intensiv unterstützt; sie zeigt den hohen Stellenwert, den Familien in Hessen genießen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Merz.

**Gerhard Merz (SPD):**

Herr Staatsminister, gibt es Ihnen nicht zu denken, dass die familienpolitische Sprecherin der größten Regierungsfraktion nach gefühlten zehn Landtagsdebatten und – wie Sie auch selbst sagen – vielen Antworten auf mündliche Fragen dazu und nach dem Inkrafttreten einer einschlägigen Förderrichtlinie des Landes immer noch glaubt, Anlass haben zu müssen, die Landesregierung nach ihrer Haltung zu Familienzentren zu fragen?

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Herr Abgeordneter, der Beitrag, den die Fraktionen und ihre familienpolitischen Sprecher dazu geleistet haben, verdient den hohen Respekt der Hessischen Landesregierung. Der Ausbau und die Förderung von Familienzentren sind ein wesentlicher Bestandteil der hessischen Familienpolitik, der nicht häufig genug debattiert werden kann.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Bocklet.

**Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Staatsminister, wenn die Landesregierung den Familienzentren einen so großartigen Wert beimisst, warum hat sie dann über drei Jahre gebraucht, um eine Förderlinie ins Leben zu rufen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Sozialminister:**

Darauf kann ich mit einem alten Zitat antworten: Gut Ding will Weile haben.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich komme zur **Frage 607**. Herr Abg. Stephan.

**Peter Stephan (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Warum plant der Verkehrsverbund Rhein-Neckar in seinen Ausbauplänen bis 2015 für den Kreis Bergstraße eine S-Bahn-Anbindung zwar nach Mainz und Karlsruhe, nicht jedoch nach Darmstadt, Frankfurt oder Wiesbaden?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Wirtschaftsminister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Kollege Stephan, der Verkehrsverbund Rhein-Neckar, VRN, hat sein verkehrliches Zentrum in der Metropolregion Rhein-Neckar mit den Großstädten Ludwigshafen, Mannheim und Heidelberg. Die S-Bahn Rhein-Neckar hat nicht nur die Aufgabe, in ihrem Verbundgebiet verlaufende und auf ihr Zentrum ausgerichtete Mobilitätswünsche des Nahverkehrs zu bedienen, sondern auch die Verflechtungen mit den benachbarten Regionen. Sie ersetzt, um das einmal darzustellen, auf den Außenästen nach Karlsruhe, Eppingen, Homburg (Saar) und zukünftig auch nach Mainz die heute verkehrenden Regionalbahnzüge durch attraktive barrierefreie S-Bahn-Triebwagen. Eine Verlängerung der S-Bahn Rhein-Neckar über Mainz hinaus nach Wiesbaden oder Bingen wurde vom Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd in Zusammenarbeit mit dem VRN geprüft, aber wegen nicht ausreichender Nachfrage und Streckenkapazität verworfen.

Der Kreis Bergstraße wird seit 2003 durch die S-Bahn des Neckartals bedient. Weitere S-Bahn-Äste sind nach Biblis – das ist die Riedbahn – und nach Bensheim – das ist die Main-Neckar-Bahn – vorgesehen. Aus Sicht des VRN ist eine Weiterführung über Bensheim hinaus nach Darm-

stadt zumindest mittelfristig anzustreben. Für die weiten Verbindungen aus der Metropolregion Rhein-Neckar nach Darmstadt und Frankfurt haben sich die Aufgabenträger – das sind in diesem Fall der VRN, der RMV und das Land Baden-Württemberg – auf eine Bedienung mit hoch leistungsfähigen Regionalexpresszügen im Rahmen der Ausschreibung Rhein-Main-Neckar geeinigt. Die Ausschreibung erfolgt im ersten Quartal 2012. Im Übrigen stehen die beiden zuständigen Verkehrsverbände in ständigem und engem Kontakt über die zukünftige Gestaltung der Verkehrsangebote.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Frage, **Frage 608**, erneut Herr Kollege Stephan.

**Peter Stephan (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Liegen ihr Informationen darüber vor, dass die Deutsche Bahn AG Überlegungen anstellt, die geplante Schnellbahntrasse Frankfurt – Mannheim nur für den Güterverkehr auszubauen und die Strecke der Riedbahn bzw. Bergstraßenbahn von Mannheim nach Frankfurt zu ertüchtigen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Wirtschaftsminister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Kollege Stephan, der Landesregierung liegen solche Informationen nicht vor. Allerdings konnte bei der Überprüfung des Bedarfsplans für die Bundesschienenwege durch den Bund noch keine befriedigende Lösung für den Eisenbahnkorridor Köln – Rhein-Main – Rhein-Neckar – Karlsruhe gefunden werden.

Dabei sind einige Problemstellungen aufgetaucht bzw. entstanden: die Streckenüberlastung infolge des starken Schienengüterverkehrs in dem betreffenden Korridor, insbesondere zwischen Darmstadt und Mannheim, die Anbindung von Darmstadt-Hauptbahnhof an die Neubaustrecke Rhein-Main – Rhein-Neckar, eine möglichst friktionsfreie Abwicklung des Schienenpersonennahverkehrs, des Regionalverkehrs und der S-Bahn Rhein-Neckar im Zulauf zum Mannheimer Hauptbahnhof und die Streckenanbindung des neuen Terminals 3 am Flughafen Frankfurt Main.

Das hat dazu geführt, dass der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ein umfangreiches Gutachten vergeben hat, das für den Gesamtverkehr einschließlich des Güterverkehrs im Korridor zwischen Köln und Karlsruhe ein Zielkonzept aus Infrastrukturmaßnahmen entwickeln soll. Diese Untersuchung soll bis Mitte 2013 abgeschlossen werden. Das Land ist in diesen Prozess eingebunden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Eine Zusatzfrage von dem Kollegen Seyffardt.

**Peter Seyffardt (CDU):**

Herr Minister, Sie haben das Gutachten angesprochen, das erstellt werden soll. Beinhaltet das auch die Betrachtung einer Alternativstrecke für das Rheintal?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Wirtschaftsminister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Das kann ich Ihnen jetzt im Detail nicht sagen. Ich bin gerne bereit, das nachzureichen. Ausgangspunkt für das Gutachten waren die Punkte, die ich eben angesprochen habe. Sie beziehen sich auf die Neubaustrecke Rhein-Main – Rhein-Neckar. Ich bin aber gern bereit, das noch nachzureichen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Frage, **Frage 609**, Herr Abg. Schwarz.

**Armin Schwarz (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie ist der Sachstand der Behördengespräche zum Thema „Bewirtschaftung der Edertalsperre“?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Puttrich.

**Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Schwarz, im Ederseegespräch vom 17. August 2011 ist vereinbart worden, dass die betroffenen Gebietskörperschaften aus der Ederseeregion, die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, auch als Betreiberin der Ederseetalsperre, und das Regierungspräsidium Kassel als Einvernehmensbehörde ihre Vorstellungen zu den möglichen Änderungen in Bezug auf den Hochwasserschutzraum und die Festlegung auf den Pegelwert von 1,20 m nochmals intensivieren und in einem weiteren Gespräch zum Jahresende 2011 austauschen. Dieser Austausch fand am 29. November 2011 im Regierungspräsidium Kassel statt. Dort wurde seitens der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung skizziert, wie eine von der geltenden Betriebsvorschrift abweichende Steuerung in trockenen Jahren erfolgen könnte. In einer modellhaften Abschätzung wäre mit einer solchen Betriebsweise im Jahr 2011 der Seeinhalt deutlich geringer abgesenkt worden. Es wurde vereinbart, diesen Vorschlag zu konkretisieren und mit den Trägern weiterer Belange abzustimmen. Im Frühjahr 2012 wird die Gemeinde Edertal einen Informationstermin organisieren, auf dem die Ergebnisse vorgestellt werden sollen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 610**, Herr Abg. Warnecke.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Ich darf die Landesregierung fragen:

*Mit welchem Faktor werden „Stellen“ im Landesdienst in „Arbeitskraftanteile“ umgerechnet?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Hahn.

**Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Werter Herr Kollege Warnecke, es gibt keinen Faktor, mit dem „Stellen“ im Landesdienst in „Arbeitskraftanteile“ umgerechnet werden. Es handelt sich um unterschiedliche Größen, die nicht über einen Faktor in ein Verhältnis zueinander gesetzt werden können bzw. in einem Verhältnis zueinander stehen.

In der Justiz wird die Größe „Arbeitskraftanteil“ mit der Abkürzung AKA in zwei Zusammenhängen genutzt: Im Haushalt wird der Begriff des Arbeitskraftanteils in den Produktblättern bei den Mengen- und Qualitätskennzahlen in Ziffer 6.1 als sogenannte Zählgröße „Menge“ bei der Anzahl der Richterinnen und Richter, der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger verwendet. Da Beamte oder Beschäftigte haushaltsrechtlich auf einer Stelle geführt werden müssen, eine Person aber in Vollzeit oder Teilzeit beschäftigt sein kann, wird neben der Größe „Stellen“, also der Anzahl, auch der Arbeitskraftanteil erhoben. Arbeitet eine Person in Vollzeit, so entspricht diese Stelle einem Arbeitskraftanteil. Arbeitet eine Person in Teilzeit, z. B. 21 von 42 Vollzeitstunden pro Woche, beträgt der Arbeitskraftanteil 0,5. Da die Personen auch im Falle von Erkrankungen und Beurlaubungen in einem haushaltsrechtlich kostenrelevanten Verhältnis verbleiben, bleiben derartige Zeiten für Zwecke des Haushalts bei der Berechnung der Arbeitskraftanteile grundsätzlich unberücksichtigt.

Im Bereich der Personalbedarfsbemessung, die auf den schönen Namen PEBB§Y hört, werden in der Arbeitskraftanteilermittlung, da es sich hier um Betrachtungen von tatsächlichem Personalbestand und tatsächlicher Personalverwendung zum Zwecke der Personalbedarfsberechnung handelt, auch Abwesenheiten berücksichtigt, z. B. wegen Krankheit, Urlaub, Dienstbefreiung, Mutterschutz und Elternteilzeit. Da der Präsident bei der Bezeichnung PEBB§Y eben aufhorchte, darf ich Ihnen die Abkürzung wie folgt buchstabieren: P-E-B-B-§-Y. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Da hat es einer verstanden. – Zusatzfrage, Herr Kollegen Warnecke.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Es war aber nicht englisch!)

**Torsten Warnecke (SPD):**

Herr Staatsminister Hahn, habe ich Sie richtig verstanden, dass sechseinhalb Stellen, die im Landeshaushaltsplan vorausgesetzt werden, von denen dann sechs besetzt sind,

auf denen acht Bedienstete sind, so heruntergerechnet werden aufgrund von Urlaub, Krankheit oder, wie Sie formuliert haben, Elternteilzeit, dass daraus dann fünf Arbeitskraftanteile werden können?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Hahn.

**Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:**

Wir Juristen haben uns vorgenommen, dass wir Zahlen niemals sofort und unbesehen übernehmen wollen. Daher wäre ich dankbar, wenn Sie sie uns zureichen können. Dann schaue ich nach. Es kann aber theoretisch möglich sein, dass Sie recht haben.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Warnecke.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Beabsichtigt die Landesregierung, uns, den Parlamentarierinnen und Parlamentariern, am Ende eines Haushaltsjahres auszurechnen, wie viele Bedienstete usw. am Ende den Arbeitskraftanteilen entsprechen haben? Wird das die neue Bezugsgröße für den Haushaltsplan?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Staatsminister Hahn.

**Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:**

Sehr geehrter Herr Kollege, ich hatte darauf hingewiesen, dass es eine zwischen dem Parlament und der Landesregierung verabredete Einheit, nämlich die Mengen- und Qualitätskennzahlen in den Produktblättern, gibt, in denen diese Zahl enthalten ist. Die Landesregierung wird immer die Angaben gegenüber dem Parlament machen, die das Parlament erbittet und benötigt.

Die Auseinandersetzung über die effektive Besetzung – das hat etwas mit gerechter Verteilung von Men- und Womenpower in den Gerichten zu tun – ist ein relativ interner Vorgang, der aber immer öffentlich diskutiert wird, auch mit den Vertretern der Richterräte und der Bezirkspersonalräte.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Die nächste Frage ist die **Frage 611** des Kollegen Warnecke.

**Torsten Warnecke (SPD):**

*Ich darf fragen, ob die Landesregierung die Auffassung teilt, dass durch die deutliche Steigerung der Verkehrsstaues im Jahre 2011 in Hessen um fast 10 % – ausweislich des ADAC und dessen Statistik – dem Ziel eines staufreien Hessens im Jahre 2015 nicht näherzukommen ist?*

(Unruhe)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Bevor ich weitergebe, bitte ich, die Gespräche einzustellen. Wenn es relativ ruhig ist im Saal, hört man auch Einzelstimmen.

(Günter Rudolph (SPD): Aber die stören Sie nicht!)

– Die stören mich dann auch, aber sie merken es nicht. Hochtaunus, können Sie das draußen weitermachen? – Danke schön.

Jetzt kommt Herr Staatsminister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Kollege Warnecke, das ist eine berechtigte Frage, ich werde darauf eingehen. Aber die Auffassung, die in Ihrer Frage zum Ausdruck kommt, teilen wir nicht.

Die Verkehrszentrale Hessen hat die Daten erhoben und ausgewertet. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Staudauer auf hessischen Autobahnen von 2003 bis einschließlich 2011 um 80 % abgenommen hat.

(Zuruf des Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

Ausgangspunkt Ihrer Frage ist vermutlich eine Statistik, die in einer Veröffentlichung des ADAC von Ende 2011 enthalten ist. Diese bezieht sich auf die Zahl der Meldungen und der Stauungen. Beide Kriterien sind jedoch für die Beurteilung der Qualität des Verkehrsablaufs nicht geeignet, ohne dass sie zu der Dauer eines Staus in Bezug gesetzt werden. Ein Beispiel: Ein 20 km langer Stau über zwei Stunden wirkt sich deutlich weniger auf das Verkehrsgeschehen aus als einer mit acht Stunden.

Anders als die Verkehrszentrale Hessen, die auf die Daten aus über 4.000 Messstellen im hessischen Autobahnnetz zugreift, stützt sich der ADAC auf Datenquellen wie unter anderem Staumelder, die das Verkehrsgeschehen unter anderem auch subjektiv bewerten.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben den Präsidenten des ADAC in einem Schreiben auf diese Diskrepanz hingewiesen. Um es so zu sagen: Das Hauptproblem ist die subjektive Meldung der einzelnen Personen. Daher sind die Meldungen sehr ungenau und können nicht mit der Schleifenmessung verglichen werden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, die stehen im Stau, aber da ist keiner!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Warnecke, bitte schön.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Der Mikrofonknopf leuchtet gar nicht. – Jetzt ist er an. Da bin ich ja ausgetrickst worden. Herr Präsident, das können Sie vielleicht auch noch erklären, dass Sie offenkundig, auch ohne dass wir den Knopf drücken, das Mikrofon zu teilen können.

Herr Staatsminister, ich darf Sie noch einmal fragen. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist es nach Ihrer Auf-

fassung so, dass die Zunahme der Zahl der Staus aufgrund der geringeren Länge und der geringeren Zeit ein positives Votum mit Blick auf die Stauentwicklung darstellt?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Posch.

**Dieter Posch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Zunächst einmal habe ich dargestellt, dass die Grundlage der Statistik, auf die sich der ADAC beruft, eine andere ist als die der Verkehrszentrale Hessen. Bei der Verkehrszentrale Hessen handelt es sich um insgesamt 4.000 Messstellen, sogenannte Schleifenmessungen, und auf dieser Grundlage wird das ermittelt. Das heißt, die Grundlage, auf der eine solche Aussage getroffen wird, ist sehr unterschiedlich.

Sie wissen – ich würde es auch für mich nicht ausschließen, wenn ich Staumelder wäre –, dass man schon etwas als negativ wahrnimmt und als Stau interpretiert, sodass man eine solche Meldung vornehmen würde. Insofern sind die Kriterien, die wir haben, völlig unterschiedlich. Darauf haben wir den ADAC hingewiesen.

(Norbert Schmitt (SPD): Es gibt nicht nur Schleifen! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist denn objektiv ein Stau? – Unruhe)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Jetzt komme ich ohne Erläuterung der Technik zur **Frage 612**. Herr Kollege Greilich, bitte.

**Wolfgang Greilich (FDP):**

*Hält es die Landesregierung mit den Grundsätzen einer einheitlichen Verwaltungspraxis für vereinbar, dass – wie kürzlich beispielsweise in der Gemeinde Fernwald geschehen – die bereits traditionelle Durchführung eines Winterfeuers im Rahmen einer Christbaumverbrennung als ein Jahreshöhepunkt für Mini- und Jugendfeuerwehr mit dem Hinweis untersagt wird, die Aktion sei nach dem Abfallgesetz unzulässig, während Oster- und Sonnenwendfeuer regelmäßig als zulässig angesehen werden?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

**Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Greilich, die Landesregierung begrüßt ehrenamtliches Engagement, wie es gerade von den Jugendfeuerwehren geleistet wird. Das Einsammeln der Christbäume durch die Jugendfeuerwehren findet vielerorts statt. Vereinzelt werden die Bäume im Anschluss an die Sammlung gehäckselt bzw. einem örtlichen Kompostierwerk oder Holzkraftwerk zugeführt. Der weit überwiegende Teil dürfte allerdings verbrannt werden.

Rechtlich ist das Verbrennen der Weihnachtsbäume gleichrangig mit Oster- und Sonnenwendfeuern zu werten. Nach dem Verwertungsgebot des Kreislaufwirt-

schafts- und Abfallgesetzes sind Abfälle vorrangig in dafür zugelassenen Verwertungsanlagen zu verwerten. Außerhalb genehmigter Verwertungsanlagen ist das Verbrennen von landwirtschaftlichen, gärtnerischen bzw. forstwirtschaftlichen Abfällen gemäß der Verordnung über die Beseitigung von pflanzlichen Abfällen außerhalb von Abfallbeseitigungsanlagen unter den dort angegebenen Rahmenbedingungen zulässig. Oster- und Sonnenwendfeuer sowie das Verbrennen von Weihnachtsbäumen werden nicht ausdrücklich erwähnt.

Da das Verbrennen der Weihnachtsbäume eng mit dem ehrenamtlichen Engagement der Jugendfeuerwehren verbunden ist und einen wichtigen Beitrag zur Attraktivität der Jugendfeuerwehrarbeit leistet, sollen derartige Traditionen nicht gänzlich unterbunden werden. Die Landesregierung hält es aus den genannten Gründen für wünschenswert, dass die Gemeinden und öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger den vorhandenen Ermessensspielraum zur Wahrung traditioneller Veranstaltungen wie z. B. das Verbrennen der Weihnachtsbäume durch die Jugendfeuerwehren nutzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Greilich.

**Wolfgang Greilich (FDP):**

Wenn ich mir den Zwischensatz erlauben darf, möchte ich mich zunächst bedanken. Aber ich will zusätzlich nachfragen: Beabsichtigt die Landesregierung, beabsichtigen Sie, Frau Ministerin, die Gemeindeverwaltungen entsprechend zu informieren, damit solche Irritationen wie jetzt in Fernwald durch die Aktion eines einzelnen Mitbürgers vermieden werden?

(Norbert Schmitt (SPD): Machen wir ein Christbaumverbrennungsgesetz! – Heiterkeit)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Puttrich.

**Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Sollte es rechtliche Unsicherheiten geben und ein entsprechender Informationsbedarf bestehen, werden wir uns dem widmen, damit das Verbrennen von Christbäumen durch Jugendfeuerwehren weiterhin positiv begleitet werden kann.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Dr. Müller.

**Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):**

Frau Ministerin, ist Ihnen bekannt, welche Haltung die Weihnachtsbäume zu dieser Frage einnehmen?

(Allgemeine Heiterkeit)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Puttrich.

**Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Hätten wir die Möglichkeit, die Weihnachtsbäume diesbezüglich zu befragen, würden wir das machen. Aber sie verweigern zu jedem Zeitpunkt die Aussage.

(Zuruf von der SPD: Wie bei einer Fragestunde der Landesregierung!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich rufe **Frage 613** auf. Herr Abg. Landau, bitte.

**Dirk Landau (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie beurteilt sie die Tatsache, dass das Regierungspräsidium in Kassel am 21. Dezember 2011 der E.ON AG die Genehmigung für den Bau des 300-MW-Pumpspeicherkraftwerks „Waldeck 2+“ erteilt hat?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Puttrich.

**Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Landau, ich möchte erst ein paar allgemeine Informationen zur Erweiterung des Kraftwerks geben. Direkt neben den bereits bestehenden Pumpspeicherkraftwerken Waldeck 1 und Waldeck 2 soll ab 2012 eine weitere Pumpspeichieranlage mit einer Leistung von 300 MW errichtet werden. Dadurch wird die Leistung des bestehenden Pumpspeicherkraftwerks um 48 % gesteigert. Die Erweiterung soll etwa 250 Millionen € kosten.

Die neue Anlage wird wie Waldeck 2 in einer unterirdischen Kraftwerkskaverne gebaut und soll im Jahr 2016, nach ca. vier Jahren Bauzeit, ans Netz gehen. Dann werden am Standort Waldeck insgesamt 920 MW Regelenergie zur flexiblen Stromerzeugung sowie zur Speicherung nicht benötigter Strommengen verfügbar sein. Dies entspricht etwa 15 % der in Deutschland installierten Pumpspeicherleistung. Am 21. Dezember 2011 wurde durch das Regierungspräsidium Kassel die Genehmigung für diese Erweiterung erteilt.

Nun zur Bewertung: Aufgrund seiner zentralen Lage in der Mitte Deutschlands erfüllt das Pumpspeicherkraftwerk Waldeck eine wichtige Rolle als Frequenz- und Leistungsregelorgan im europäischen Verbundnetz. Mit dem zunehmenden Ausbau der Fotovoltaik- und der Windenergienutzung wird die Bedeutung dieser Funktion noch wachsen. Der Ausbau des Pumpspeicherkraftwerks Waldeck 2 wird auch aus energiewirtschaftlicher Sicht als sinnvoller Beitrag zur Realisierung der beschlossenen Energiewende ausdrücklich begrüßt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Wir kommen jetzt zur **Frage 614**. Frau Abg. Waschke.

**Sabine Waschke (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie ist der Sachstand bezüglich der Einführung des Führerscheines für Fahrzeuge der Hilfsorganisationen von 3,5 t bis 7,49 t?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Die Antwort gibt Herr Innenminister Rhein.

**Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:**

Sehr verehrte Frau Abgeordnete, die Landesregierung wird kommende Woche die Erweiterung des sogenannten Feuerwehrführerscheins auf Einsatzfahrzeuge bis zu einer zulässigen Gesamtmasse von 7,5 t beschließen.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann in Frankfurt vorstellen, oder? – Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gegenruf des Ministers Boris Rhein: Die Dinge nehmen doch ihren Lauf!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Franz.

**Dieter Franz (SPD):**

Der vorliegende Entwurf wurde in Teilen von der Feuerwehr wegen der Vorschrift einer Doppelbedienbarkeit – zu Recht – stark kritisiert. Ist in der neuen Regelung, die Sie eben angekündigt haben, die Doppelbedienbarkeit für die Ausbildungsfahrzeuge als Voraussetzung vorgesehen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Innenminister Rhein.

**Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:**

Nein, das ist nicht der Fall. Ich will hinzufügen: Wir wären heute in dieser Frage viel weiter, und wir wären auch viel schneller vorangekommen, wenn der damalige SPD-Bundesverkehrsminister Tiefensee den Feuerwehrführerschein nicht so lange strikt abgelehnt hätte.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Waschke.

**Sabine Waschke (SPD):**

Herr Minister, wie sind in der von Ihnen angekündigten Verordnung die noch offenen, von der Feuerwehr kritisierten Haftungsfragen geregelt?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Innenminister Rhein.

**Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:**

Ich empfehle Ihnen, die Kabinettsbefassung abzuwarten. Dann werden Sie auch erfahren, wie die einzelnen Fragen geklärt sind.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Franz, Sie dürfen keine Frage mehr stellen, da Sie bereits eine hatten. Aber Herr Kollege Warnecke darf eine Frage stellen. Bitte schön.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Herr Staatsminister Rhein, Sie können uns sicherlich sagen, wann Bundesverkehrsminister Tiefensee im Amt war und wie der direkte Zusammenhang zwischen ihm und dem gerade von Ihnen beschriebenen Doppelpedalierungsgebot aussieht, das in Hessen zur Diskussion stand?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister Rhein.

**Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:**

Ich kann Ihnen in der Tat sagen, worin der Zusammenhang zwischen Bundesverkehrsminister Tiefensee und der Tatsache, dass das Verfahren länger gedauert hat, besteht. Bundesverkehrsminister Tiefensee hat sich jahrelang geweigert, eine Regelung bezüglich eines Feuerwehrführerscheins umzusetzen – so lange, bis die Landesregierungen von Bayern und Hessen entsprechend gehandelt haben. Man wird diesen Feuerwehrführerschein deswegen machen können, weil es – wie in Hessen und in Bayern – Landesregierungen gegeben hat, die das umgesetzt haben, statt es wie der damalige Bundesverkehrsminister Tiefensee zu blockieren.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Waschke.

**Sabine Waschke (SPD):**

Herr Minister Rhein, welche Gründe gab es dafür, dass die Abstimmung mit dem hessischen Wirtschaftsministerium so lange gedauert hat und wir heute immer noch auf den großen Feuerwehrführerschein warten?

(Zuruf von der SPD: Tiefensee!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Innenminister Rhein.

**Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:**

Wir warten jetzt nur noch bis Montag. Also warten wir gar nicht mehr so lange. Am Montag wird die Kabinettsbefassung stattfinden. Aber das ist eine komplexe Materie, die auch etwas mit Haftungsfragen zu tun hat. Es ist richtig, dass nach einer solch langen Blockade durch den ehemaligen Bundesverkehrsminister Tiefensee, der der SPD an-

gehört hat, durch das hessische Landeskabinett nunmehr endlich eine entsprechende Entscheidung getroffen wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich rufe keine weitere Frage auf. Eine Stunde ist um. Damit schließe ich die heutige Fragestunde.

(Die Fragen 617, 619, 623 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigefügt. Die Fragen 615, 616, 618, 620 bis 622 sollen auf Wunsch der Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Regierungserklärung der Hessischen Ministerin für Wissenschaft und Kunst betreffend „LOEWENstarke Forschung – Nutzen für die Menschen – Lösungen für die Zukunft“**

Die vereinbarte Redezeit beträgt 30 Minuten je Fraktion. Für die Landesregierung hat Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann das Wort. Bitte schön.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es wird schon vorher geklatscht!)

**Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der amerikanische Schriftsteller Mark Twain hat einmal gesagt – ich zitiere –:

Menschen mit einer neuen Idee gelten so lange als Spinner, bis sich die Sache durchgesetzt hat.

So galt die Erfindung des Autos von 125 Jahren als Spinnerei. Das Automobil sei zu laut, zu schnell und zu gefährlich. Carl Benz schreibt in seinen Erinnerungen – ich zitiere –:

Die Menschen sammeln sich an, lächeln und lachen. Das Staunen und Bewundern schlägt um in Mitleid, Spott und Hohn. Wie kann man sich in einen unzuverlässigen, armseligen, laut lärmenden Maschinenkasten setzen, wo es doch genug Pferde gibt auf der Welt?

Wie sieht es heute, 125 Jahre später, aus? Eine Welt ohne Autos ist kaum vorstellbar. Was wäre, wenn die Tüftler und Erfinder in unserem Land angesichts eines solch vernichtenden Urteils Block und Bleistift zur Seite gelegt hätten? Was für fatale Folgen hätte solch ein Handeln für uns gehabt? Das ist unvorstellbar; unsere Welt wäre nicht so bunt und vielseitig geworden. Sie wäre auch nicht so bequem geworden, sodass uns Zeit bleibt, um über neue Ideen nachzudenken und Produkte zu entwickeln. Wir müssen kein Holz mehr sammeln, um es warm zu haben. Geschirrspülmaschine und Waschmaschine sparen Zeit wie nie zuvor. Die Beispiele könnte man endlos fortsetzen.

Hessen ist ein Land mit Zukunftsperspektiven. Deshalb will ich ein paar Zahlen aus den Branchen nennen, in denen Hessen viele Mitarbeiter hat, die uns nicht jeden Tag bewusst sind. Allein in der IT- und Telekommunikationsbranche – der Branche, die am meisten wächst – sind fast 100.000 Mitarbeiter in rund 10.000 Unternehmen be-

schäftigt. In der Chemiebranche sind rund 60.000 Mitarbeiter tätig. Fast 60.000 Menschen sind im Maschinenbau, weitere rund 60.000 Menschen im Fahrzeugbau und der Automobilbranche beschäftigt.

Diese wichtigen Bereiche hätten sich nicht so gut entwickelt und uns Wachstum und Beschäftigung beschert, wenn wir nicht Wissenschaft und Forschung in unserem Land ständig weiterentwickeln würden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Ansiedlung und der Ausbau dieser Bereiche folgen genau den Standorten, an denen Forschung existiert.

Erfindergeist und Innovationen finden wir an unseren zwölf staatlichen Hochschulen, an rund 20 privaten oder kirchlichen Hochschulen sowie an fast 30 außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie denen von Max Planck, Fraunhofer, Helmholtz oder der Leibniz-Gemeinschaft. Diese Liste ist nicht abgeschlossen, sondern wir haben im Haushalt 2012 Ende letzten Jahres als eines der wenigen Länder dank CDU und FDP beschlossen, weitere Institute – Max-Planck-Institute und Fraunhofer-Institute – in Hessen einzurichten. Dafür bedanke ich mich bei den Abgeordneten sehr.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das zeichnet die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft aus. Wir in Hessen stehen für Innovationen, für technischen Fortschritt und dafür, unsere Chancen zu nutzen.

Ein attraktiver und innovativer Wissenschaftsstandort wird man nicht über Nacht. Das kann man nicht verordnen. Das braucht Zeit, Kontinuität und Vertrauen. Und man braucht dafür einen langen Atem. Man kann positive Impulse setzen und attraktive Rahmenbedingungen schaffen. Das tun wir auch in der Politik. Aber ob sie angenommen werden, das entscheiden die Beteiligten, insbesondere die Wissenschaftlerwelt.

Mehr Autonomie, die wir den Hochschulen gegeben haben, führt zu mehr Selbstbewusstsein, mehr Eigenverantwortung und besseren Ergebnissen in Forschung und Lehre.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Forscherteams in Hessen schätzen diese Freiheit, die sie haben. Das eine oder andere Mal ist versucht worden, durch mehr Geld ganze Teams abzuwerben. Wir haben bisher alle in Hessen halten können – nicht allein durch mehr Geld, sondern durch mehr Freiheit und Innovationen. Ich glaube, das ist ein Erfolg der Politik.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

CDU und FDP haben von 1999 an eine Trendwende in der Hochschulfinanzierung des Landes eingeleitet, aber auch in der gesamten Hochschulpolitik. Es gibt zum ersten Mal für die hessischen Hochschulen Planungssicherheit über mehrere Jahre. Dazu gehört nicht nur die Garantie des Hochschulbudgets, über die wir hier im Plenum schon oft geredet haben, nämlich die 1,42 Milliarden €, sondern wir garantieren auch gemeinsam mit dem Bund 560 Millionen € für die Schaffung zusätzlicher Studienplätze bis 2015, 92 Millionen € für die Verbesserung der Studienstruktur und der Lehre. Und wir garantieren mit HEUREKA und LOEWE Milliardeninvestitionen.

Deshalb will ich zwei konkrete Zahlen nennen, die über einen kurzen Zeitraum bewusst machen, wie viel Geld da

investiert wird. 2011 haben wir für HEUREKA 436 Millionen € alleine in den Hochschulbau investiert. Meine sehr geehrten Damen und Herren, kein anderes Bundesland investiert derzeit so viel in den Hochschulbau wie wir.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Im Jahr 2012 stehen weitere 315 Millionen € bereit. Daran kann jeder sehen, wie viel da noch zu tun ist und wie viel von dem noch wächst, was wir jetzt schon an jedem Standort sehen. Die Landesregierung steht zu ihrem HEUREKA-Programm, das bis 2020 ein Investitionsvolumen von 3 Milliarden € für den Hochschulbau vorsieht. Im Vergleich dazu will ich daran erinnern, dass 1998 unter Rot-Grün die Hochschulbaumittel bei 66 Millionen € lagen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist ja unglaublich! Ein Skandal!)

Das ist eine Summe, die mit dem, was ich eben vorgetragen habe, überhaupt nicht zu vergleichen ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir stehen dazu, die hessischen Hochschulen fit zu machen für den internationalen Wissenswettbewerb, fit zu machen für den Wettbewerb um die besten Köpfe. Dazu zählen exzellente Angebote für Forschung und Lehre mit einem attraktiven, modernen Campus. Dazu zählt, dass beispielsweise in Offenbach, Wiesbaden, Geisenheim, Frankfurt oder Fulda neue Mensen an den Hochschulstandorten gebaut werden. Das ist nicht das Erste, woran man denkt, wenn man an Hochschulbau denkt. Sie haben sich alle zu kommunikativen Zentren entwickelt, an denen die jungen Menschen miteinander ins Gespräch kommen. Nicht nur die gute Qualität und der gute Service an den Einrichtungen sind in Hessen bedeutend. Ausgezeichnet worden ist gerade die Mensa der Universität Kassel. Im bundesweiten Vergleich der Zeitschrift „Unicum“ hat sie Platz 2 belegt.

Das alles sind Einrichtungen in Hessen, die auch dazu führen, dass Studierende und Lehrende in diesen Bereichen gut versorgt sind.

Dazu gehören nicht nur die Mensen und die Kapazitäten der Räume, in denen gelehrt wird, sondern da sind auch die Bibliotheken von ganz entscheidender Bedeutung. Da gibt es moderne Arbeitsplätze, deren Anzahl wir durch Neu- und Umbauten massiv gesteigert haben. Ich will daran erinnern, dass der Neubau der Universitäts- und Landesbibliothek in Darmstadt über 500 neue Lese- und Arbeitsplätze bietet und durch den Neubau der Zentralbibliothek in Marburg 700 Lese- und Arbeitsplätze geschaffen werden, wo es vorher fast 70 einzelne Kleinbibliotheken gegeben hat, wo es Bibliotheksräume gab. Jetzt bekommen wir zum ersten Mal ein Gesamtgebäude, das es den Studierenden leichter macht, ihre Arbeiten zu schreiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zu der Attraktivität der Mensen und der Bibliotheken gehört aber auch für die studierenden Eltern ein Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen. Dieser ist deutlich vorangetrieben worden. Allein in den letzten beiden Jahren wurde die Zahl der Kinderbetreuungsplätze um 20 % auf fast 900 gesteigert. Weitere fast 400 Plätze sind in Planung. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, dass gerade diese Kinderbetreuungseinrichtungen auch für den wis-

senschaftlichen Nachwuchs ein Kriterium sind, ob er an die Standorte nach Hessen oder woanders hingeht. Dort, wo diese Einrichtungen vorhanden sind, kommen sie nach Hessen. Genau diese Nachwuchswissenschaftler brauchen wir.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das Thema Frauen in der Wissenschaft ist ein großes Thema, und den Anteil der Frauen in den MINT-Fächern zu steigern, ist keine einfache Geschichte. Der hessische Hochschulpakt sieht eine Förderung vor, die sich für Absolventinnen in MINT-Fächern und für Promotionen sowie Juniorprofessuren einsetzt. Das heißt: Wir haben im Hochschulpakt festgelegt, dass das ein Kriterium ist, das das Budget beeinflusst.

Zum Wohlfühlen am Hochschulstandort gehört auch die Schaffung von günstigem Wohnraum für Studierende, beispielsweise durch die Studentenwerke. Das unterstützen wir. Allein in Frankfurt entstehen weit über 1.000 neue Plätze in Wohnheimen. Laut einer Studie des Deutschen Studentenwerks vom Oktober letzten Jahres zählt Hessen zu den aktivsten Ländern bei der Schaffung neuer Wohnheimplätze. All dies wird an den hessischen Hochschulstandorten realisiert.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Aber es geht nicht nur um den Bau und die besseren Bedingungen, sondern es geht natürlich auch um den Inhalt und die Lehre. Wir wollen bei dem, was an den Hochschulen gelehrt wird, Verbesserungen erzielen. Deswegen haben wir schon vor fünf Jahren ein besonderes Projekt gestartet, das in der Republik einmalig ist. Gemeinsam mit der Hertie-Stiftung haben wir als Erste einen Preis für Exzellenz in der Lehre ausgelobt, lange bevor es ein Exzellenzprogramm für die Lehre von der Bundesregierung gab. Das Land Hessen und die Hertie-Stiftung waren Vorreiter, exzellente Lehre zu fördern und die Besten auszuzeichnen.

Ich sage Ihnen: Es gibt einzelne Beispiele, die vielleicht ein wenig exotisch klingen mögen. Ich will Ihnen vortragen, was da alles prämiert worden ist.

Die Hochschule für Musik ist eine der Hochschulen, die in Hessen eine ganz besondere Bedeutung hat. Da ging es um die Ausbildung der Sänger, die in langer Tradition dort immer wieder im traditionellen Einzelunterricht erfolgte. Die Schüler wurden einzeln von den Meistern ausgebildet. Damit entsteht natürlich in der Ausbildung eine Abhängigkeit, die es in keinem anderen Fachbereich gibt. Sie spielt da eine ganz besondere Rolle.

Die Hochschule für Musik hat deshalb einen Neubeginn gewagt und gesagt: Wir wollen mit dem Gruppenunterricht ein anderes Modell. – Die Gruppenausbildung ist ein einmaliges Modell. Sie hatte riesige Auswirkungen auf die Qualität.

Der Erfolg gibt der Hochschule recht. Alle Studierenden, die jüngst ihr Studium absolviert haben, konnten ein Engagement finden. Vielleicht ist das auch eine Methode, um einen solchen Sängerstreit, wie er in Darmstadt existiert, nicht mehr aufkommen zu lassen, nämlich dann, wenn die Sänger freier und unabhängiger ausgebildet werden und damit selbstbewusster werden, als es in der Vergangenheit der Fall war.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Die praxisnahe Ausbildung in der ebenfalls ausgezeichneten Prozesslernfabrik an der Technischen Universität

Darmstadt bietet angehenden Ingenieuren die Chance, die Produktionsabläufe einer Fabrik an echten Maschinen kennenzulernen und zu trainieren. Auch das geschieht mit großem Erfolg. Dieses Modell entwickelt sich zu einem Exportschlager. In Atlanta, Lyon und Mailand entstehen nach dem Darmstädter Modell vergleichbare Anlagen. Die Lehrmodelle wie in Darmstadt oder Frankfurt stehen für die Attraktivität und Exzellenz unserer Ausbildung.

Inzwischen gibt es ein Bund-Länder-Programm für mehr Qualität in der Lehre. In diesem bundesweiten Wettbewerb hatten wir in der zweiten Runde 170 Mitbewerber. Unsere Hochschulen haben überdurchschnittlich gepunktet. Nahezu alle hessischen Hochschulen haben innovative und zukunftsweisende Konzepte zur Verbesserung der Studienstruktur und Lehre vorgelegt.

Am Ende haben wir rund 69 Millionen € aus diesem Programm bekommen, die nach Hessen fließen. Damit können wir in Hessen die Lehre noch exzellenter voranbringen, als es in der Vergangenheit der Fall war. Auch das ist ein riesiger Erfolg.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Im Jahr 2008 wurde das LOEWE-Programm aufgelegt, über das in diesem Parlament schon viel geredet wurde. Es war damals eine mutige Entscheidung, zu sagen: Wir legen ein eigenes Forschungsförderungsprogramm auf, wir wollen damit die exzellente Forschung in Hessen fördern.

410 Millionen € stehen in dieser Legislaturperiode zur Verfügung. Das ist eine enorme Summe. Damit machen wir die Hochschulen noch fitter.

Jetzt kann man fragen: Was wäre gewesen, wenn wir im Jahr 2010, also zwei Jahre nach Beginn des Programms, nach der Euphorie der Anfangsjahre angesichts der weltweiten Wirtschaftskrise beschlossen hätten, bei LOEWE zu kürzen oder es gar einzustellen? Auf die Idee hätte man kommen können. Was wäre, wenn wir angesichts der Diskussion über die Verschuldung der Landeshaushalte und über die Schuldenbremse beschlossen hätten, LOEWE nach der ersten Runde abzubrechen und die Förderung auslaufen zu lassen?

Wir hätten der Pflanze exzellente Forschung, die sich derzeit prächtig entwickelt, in unserem Land die Wachstumsgrundlage entzogen. Das wäre unverantwortlich gewesen. Ich möchte an dieser Stelle den Abgeordneten dafür danken, dass sie das nicht zugelassen haben. Denn ich werde gleich sagen, welche Erfolge wir damit erzielt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das Geheimnis von LOEWE besteht darin, dass es ein unabhängiges wissenschaftliches Gremium gibt. Ich bin sehr dankbar dafür und stolz darauf, dass wir einen exzellenten Wissenschaftler gewonnen haben, der die exzellenten Qualitäten von LOEWE garantiert und das Verfahren leitet und begleitet. Der Vorstandsvorsitzende der Charité Berlin und ehemalige Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Herr Prof. Einhäupl, hat das übernommen. Ihm möchte ich ganz besonders herzlich danken. Denn ohne ihn hätten das Projekt LOEWE und die Auswahl bei LOEWE nicht die Qualität, die sie haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich will klarmachen, was es für ein Potenzial und eine Innovationskraft aufgrund des Programms LOEWE gibt. Dafür gibt es Zahlen, mit denen man das klar belegen kann. Daneben gibt es Zahlen, mit denen das nur mittel-

bar belegbar ist. Ich will einfach nur die Zahlen nennen, mit denen das klar zu belegen ist.

Wir sind stolz darauf, mit LOEWE zusätzlich über 1.300 hochrangige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gewonnen zu haben. Sie wurden neu eingestellt. Diese vielen jungen Leute sind exzellente Wissenschaftler. Sie sind nach Hessen gekommen, genießen die Lebensqualität und schätzen es, in Hessen zu leben.

Durch die Arbeit der Wissenschaftler konnten Drittmittel eingeworben werden. Durch die LOEWE-Projekte sind es allein rund 200 Millionen €.

Als wir auf die Idee kamen, mit LOEWE nicht nur Grundlagenforschung zu betreiben, sondern dafür zu sorgen, dass auch Forschungsprojekte mit kleinen und mittleren Unternehmen funktionieren, hat uns mancher auch auf der Bundesebene die kalte Schulter gezeigt und gesagt: Das, was die Hessen da vorhaben, wird niemals funktionieren. – Heute können wir sagen: Das ist ein riesiger Erfolg. Es hat nämlich funktioniert. Auch die Kommunen und Landkreise, die keinen Hochschulstandort haben, profitieren erheblich von diesen Projekten und diesem Programm.

Fast 30 neue Projekte wurden allein im letzten Jahr bewilligt. So hat beispielsweise das Kelkheimer Unternehmen Main IT in seinem LOEWE-Forschungsprojekt nicht nur eines der ersten Dokumentenmanagementsysteme für Menschen mit Behinderungen entwickelt. Vielmehr wurde es mit diesem Projekt gleichzeitig Bundessieger im Unternehmerwettbewerb „Gründerchampion 2011“. Es hat über dieses Projekt nationale Bekanntheit und Berühmtheit erlangt. Über LOEWE können am Ende auch wir uns damit schmücken.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Als Weiteres möchte ich Ihnen die kleine Firma Activaero in Gemünden nennen. Sie hat in Zusammenarbeit mit der Justus-Liebig-Universität Gießen ein neues Inhalationsgerät für Atemwegs- und Lungenerkrankungen insbesondere für die Anwendung bei Kindern entwickelt. Das Gerät durchlief mittlerweile erfolgreich die Zertifizierung nach dem Medizinproduktegesetz – das ist nicht ganz einfach – sowie die amerikanische Zulassung. Es wurde von den Krankenkassen im Hilfsmittelverzeichnis gelistet. Dieses Gerät befindet sich inzwischen in der breiten Anwendung. Das ist ein riesiger Erfolg für all die Kinder, die von den entsprechenden Krankheiten betroffen sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Mit LOEWE haben wir das kreative Potenzial der Wirtschaft und der Wissenschaft zur Entfaltung bringen können, das derzeit rund 100 Verbundprojekte mit fast 340 Partnern bieten. Mit LOEWE haben wir in kurzer Zeit den innovativen Geist von mehr als 200 Unternehmen sowie von knapp 80 Hochschulinstituten und Forschungseinrichtungen zusammengebracht.

Dank des Programms LOEWE ist es uns auch gelungen, dass diese gemeinsame Arbeit der Unternehmen und der Wissenschaft durch die Wirtschaft in erheblichem Umfang kofinanziert wird. Wer sich an die letzten Jahre erinnert, weiß, dass es immer wieder Berührungspunkte zwischen Wirtschaft und Wissenschaft gab. Das Programm LOEWE hat an dieser Schnittstelle einen wichtigen Beitrag zur Kommunikation geleistet.

Wir sprechen von rund 26 Millionen €, die die Wirtschaft in die Verbundprojekte einbringt. Wenn das nicht so gut

laufen würde, wäre keiner aus der hessischen Wirtschaft bereit, zu investieren. All die Unternehmer, denen ich begegne – das betrifft auch die mittelständischen –, sagen mir: So gute Projekte haben wir selten gemacht. Wir werden diese Kooperation auch weiterhin unterstützen. – Ich glaube, das ist ein größeres Lob als das, das man sonst theoretisch lesen könnte. Die Unternehmer sind davon überzeugt und bringen das auf vielen Veranstaltungen zum Ausdruck.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen, dass auch in keinem Landkreis in Hessen der Weg an LOEWE vorbeiführt. Jeder profitiert am Ende von LOEWE. Ohne LOEWE wäre es niemals zu den wissenschaftlichen Erfolgen gekommen, für die Hessen heute in vielen Bereichen steht. Die Entscheidung für LOEWE war und ist eine für die Zukunft unseres Bundeslandes.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr richtig!)

In den nächsten Jahren werden junge Menschen attraktive Arbeitsplätze in Hessen haben. Ich will dazu ein paar Beispiele nennen. Die Forschung in der Bio- und Medizintechnologie, der Informations- und Telekommunikationsbranche und in den Bereichen Mobilität und Energie steht stellvertretend für eine Vielzahl zentraler Zukunftstechnologien, bei denen Hessen heute vorne mitspielt.

Der Hessische Ministerpräsident hat vor wenigen Tagen die Bewerbung Hessens abgegeben, um eine von wahrscheinlich fünf Schaufensterregionen Elektromobilität zu werden. Das wollen wir mit aller Kraft. Hierzu ist ein Antrag erarbeitet worden mit über 130 Einzelprojekten, mit über 100 Partnern und einem Gesamtvolumen von fast 160 Millionen €.

Im Zentrum dieses Schaufensters Elektromobilität soll der Frankfurter Stadtteil Gateway Gardens als elektromobiler Stadtteil der Zukunft stehen. Dort lässt sich modellhaft das gesamte Spektrum der Elektromobilität präsentieren, von der Produktidee bis hin zur praktischen Umsetzung, und gleichzeitig werden die Anforderungen untersucht, die die Elektromobilität etwa für die Stadtentwicklung mit sich bringt. Es war möglich, am Ende einen Antrag hinzubekommen, weil viele Partner in Hessen daran mitgearbeitet haben. Durch LOEWE konnte das Darmstädter Fraunhofer-Institut für Betriebsfestigkeit und Systemzuverlässigkeit mit über 40 Millionen € zu einem bundesweiten Kompetenzzentrum für Elektromobilität entwickelt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Im vergangenen Jahr haben die Kollegen von CDU und FDP dafür gesorgt, dass ein Antrag beschlossen werden konnte, um die anwendungsorientierte Spitzenforschung weiter voranzubringen, indem das Deutsche Kunststoff-Institut, DKI, mit einer Investition von 6 Millionen € übernommen werden konnte. Also ist auch das ein Punkt, der am Ende für diesen Standort und für die Elektromobilität Vorteile hat. Wenn wir das nicht gemacht hätten, hätte man in diesem Bereich Nachteile haben können.

E-Mob gibt es aber nicht nur im Rhein-Main-Gebiet, sondern an vielen Stellen in Hessen. Ich will nur darauf hinweisen, dass wir das Fraunhofer-Institut IWES in Kassel haben. 2010 wurde das Test- und Prüfzentrum für E-Mobilität in Betrieb genommen. Ende vorigen Jahres wurde mit Unterstützung des Landes in Fuldatal-Rothwesten für insgesamt 4,5 Millionen € das neue Fraunhofer Testzentrum für intelligente Netze und Elektromobilität fertigge-

stellt. Auch das ist ein Institut, das sich so gut entwickelt, dass wir hoffen, bald zusätzlich ein eigenes, selbstständiges Fraunhofer-Institut in Hessen zu beherbergen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Entscheidung der Hessischen Landesregierung, frühzeitig und nachhaltig in die Elektromobilität zu investieren, war sicherlich ein, wenn nicht der ausschlaggebende Impuls, der die heutigen Entwicklungen ermöglicht hat. Er hat auch dazu geführt, dass unsere Partner in den Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen der Schlüssel zum Erfolg sind, nämlich die Unternehmen, die in Hessen angesiedelt sind. Dazu will ich nur einige Beispiele nennen: Opel in Rüsselheim, VW in Kassel oder Fräger in Immenhausen. Sie versetzen uns in die Lage, Hessen zum Vorreiter dieser Technologie zu entwickeln. Meine sehr geehrten Damen und Herren, drücken Sie alle Daumen, dass wir Schaufensterregion der Elektromobilität in Hessen werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich will noch ein Beispiel nennen, bei dem deutlich wird, dass man es beeinflussen kann, wie die Entwicklungen vorangehen. Das zeigt sich bei den Bewerbungen für die Exzellenzcluster. Die kann man nicht einfach mal schreiben, sondern die haben einen langen Vorlauf. Die Forschungsverbünde, wie das Exzellenzcluster Makromolekulare Komplexe in Frankfurt, um das wir gerade in der zweiten Runde der Exzellenzinitiative kämpfen, stehen für die Vernetzung exzellenter Spitzenforschung an hessischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungen im Bereich der Lebenswissenschaften. Das sind genau die Wissenschaften, die uns täglich am meisten betreffen. Thematische Schwerpunkte des genannten Exzellenzclusters sind die Proteinforschung und ihre Bedeutung für die pharmazeutische Forschung. Durch die Aufklärung von Defekten und Fehlern im molekularen Zusammenspiel der Proteine sollen beispielsweise Erkenntnisse über Alterungsprozesse oder neurodegenerative Erkrankungen wie Parkinson gewonnen werden.

Oder nehmen Sie das im Rahmen von LOEWE geförderte Zentrum für synthetische Mikrobiologie in Marburg. Es geht dort um neue Geräteentwicklungen, in der Elektronenmikroskopie eine besondere Bedeutung haben. Die synthetische Mikrobiologie verspricht ganz neue Einsichten in die Grundlagenforschung und Lösungswege für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, wie die Behandlung von Krankheiten einer alternden Bevölkerung, die Bewältigung des Klimawandels und die nachhaltige Produktion biochemischer Substanzen. Damit ist Synmikro nicht nur innerhalb Deutschlands einmalig. Auch in der internationalen Wissenschaftslandschaft gibt es nur wenig Vergleichbares.

Oder nehmen Sie das ebenfalls im Rahmen von LOEWE geförderte Zentrum für Lungenforschung in Gießen. Ziel des Projekts zur Lungenforschung ist es, Grundlagenforschung mit krankheits- und patientenorientierter Forschung zur Erarbeitung verbesserter diagnostischer und therapeutischer Konzepte bei lungenerkrankten Patienten zu verbinden.

Dank des Sozialministers haben wir in der Kerckhoff-Klinik investiert und haben dort jetzt die Möglichkeit, Lungentransplantationen in anderer Zahl vorzunehmen, als wir das bisher konnten. Mit der Anzahl an Lungentransplantationen sind wir mit dem jetzigen Standort in Hessen auf Platz 5 weltweit und steigen wahrscheinlich ganz schnell auf Platz 3. Durch diese Transplantationen kann

vielen Menschen, die lange Jahre sehr krank waren, sehr geholfen werden. Gießen und Lungenforschung sind zwei Themen, die zusammengehören.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die schwerfälligen Institutsnamen habe ich Ihnen eben genannt. Jedes Mal muss man fragen: Was steht dahinter? Was bringt das eigentlich für uns alle? – Diese exzellente Grundlagenforschung ist aber unerlässlich, um am Ende exzellente anwendungsorientierte Forschung in der Medizin zu erzielen. Die Kompetenz und Leistungsfähigkeit unserer hessischen Wissenschaftler und Unternehmen zeigen sich auch in der jüngsten Entscheidung im Spitzenclusterwettbewerb des Bundes. Die Erforschung von Krebs, Infektionen und Autoimmunerkrankungen steht im Mittelpunkt eines länderübergreifenden Forschungsverbunds, für dessen Arbeit in den kommenden Jahren 80 Millionen € bereitstehen. Alle drei hochschulmedizinischen Standorte in Hessen – Frankfurt, Marburg und Gießen – sind an der Gesundheitsforschung mit den deutschen Zentren für Gesundheitsforschung beteiligt. Einrichtungen, bei denen wir in Hessen sagen: So eine gute Finanzierung bekommen wir sonst nicht. Über Helmholtz finanziert der Bund 90 %, und 10 % muss das Land finanzieren. 50 Millionen € stehen für diese Arbeit in den nächsten fünf Jahren zur Verfügung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht nur das, was wir von staatlicher Seite investieren, ist in Hessen etwas Besonderes, sondern auch dass es private Spender gibt, die große Summen in die Forschung investieren. Dabei will ich die Brüder Strüngmann nennen, die 200 Millionen € aus privaten Mitteln in die Hand genommen haben, um die Arbeit und den Betrieb eines neuen Instituts in Frankfurt, des Ernst Strüngmann Instituts, neu aufzustellen. Wir haben diese privaten Spender nicht zuletzt dadurch dazu bekommen, in Hessen zu investieren, weil wir als Landesregierung bereit waren, 30 Millionen € als Finanzierung für das Institut zur Verfügung zu stellen. Ich sage Ihnen: Es ist nicht leicht, private Spender davon zu überzeugen, solche Beträge zu investieren. Da müssen die Forscher ganze Arbeit leisten, um ihre Innovation deutlich zu machen. Deswegen geht mein ganz herzlicher Dank auch an die Brüder Strüngmann für die Investition.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, die vereinbarte Redezeit ist zu Ende.

#### **Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:**

Wir haben aber nicht nur einen Spender. Ich finde, auch das muss man erwähnen. Wir haben am Universitätsklinikum Frankfurt ein pädiatrisches Zentrum für Stammzelltransplantation und Zelltherapie. Wir hatten eine Finanzierungslücke für die klinische Forschung, sodass die Wissenschaftler den kleinen Patienten nicht weiterhelfen konnten. Da hat eine private Spenderin, die in Frankfurt schon öfter gespendet hat, tief in die Tasche gegriffen. Johanna Quandt hat 6 Millionen € zur Verfügung gestellt, um dieses Zentrum zu einem klinischen Forschungszentrum zu machen. Deswegen will ich das auch erwähnen. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich will einen dritten großen Spender nennen: 6 Millionen € für ein Zentrum für medizinische Lehre. In diesem Zentrum können Wissenschaftler und Mediziner das, was sie am Patienten ausüben müssen, in der Theorie an Puppen ausprobieren. Jeder von uns, der einen Mediziner vor sich hat, der das Blutabnehmen an einer Puppe gelernt hat, ist besser dran als die, an denen es ausprobiert wird. Dieses Zentrum bietet die Möglichkeit dazu. Deshalb bin ich dankbar, dass Dr. Reinfried Pohl 6 Millionen € für dieses Zentrum in Marburg zur Verfügung gestellt hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Diese Beispiele zeigen, dass Wissenschaft und Forschung auch von Privaten unterstützt werden. Ich habe heute die Großen genannt und nicht diejenigen, die solche Projekte mit kleineren Beträgen unterstützen. Auch dies steht für die Exzellenz in diesem Land; denn nur wenn Forscher etwas vorweisen können, erhalten sie auch Mittel.

Ich will noch darauf hinweisen, dass wir gerade in der IT-Forschung in Südhessen ganz besondere Kompetenz besitzen. Dort liegt das „Silicon Valley Europas“, schreibt die sogenannte „Truffle-Studie 2010“ eines Finanzdienstleisters. In Südhessen liegt das „Zentrum der deutschen Softwareindustrie“, schreibt der „Prognos Zukunftsatlas“. Was heißt das konkret? – Bei zwei bedeutenden Exzellenzwettbewerben des Bundes war das LOEWE-Zentrum CASED, ein Forschungsverbund der TU Darmstadt und des Fraunhofer-Instituts, erfolgreich. Dieses Forschungszentrum fördern wir mit 40 Millionen €. Bei der Arbeit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geht es um weltweit nachgefragte Sicherheitslösungen im Bereich IT und Telekommunikation, und zwar in der gesamten Sicherheitskette – vom Schutz der Daten über die Sicherheit eingebetteter Hard- und Softwaresysteme sowie sichere Dienste und Geschäftsprozesse bis hin zum Schutz von Mensch und Umwelt sind diese Wissenschaftler an entsprechenden Projekten beteiligt.

Es kommt natürlich nicht nur darauf an, die Spitzenforschung voranzutreiben. Vielmehr müssen wir auch an die Zukunft denken. Die Investition in die Köpfe und in die Nachwuchsgewinnung ist eine zentrale Aufgabe für die Zukunft. Deswegen bin ich dankbar, dass wir in Hessen in genau diesem Segment viel getan haben. Wir haben erfolgreiche Einrichtungen wie das Mathematikum in Gießen, das Chemikum in Marburg, das Schülerforschungszentrum Nordhessen in Kassel, die Kinderakademie in Fulda, aber auch die Schülerlabore der Unternehmen, die Gesellschaft für Schwerionenforschung, Merck und andere Einrichtungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen junge begeisterte Forscher, damit wir den Standort mit dieser Technik halten können. Man muss von den Schulen bis zu den Forschungseinrichtungen alles daransetzen, dass es uns gelingt, die Kleinen von den großen Fragen zu überzeugen.

MINT-Fächer, auch das ist ein großes Thema bei diesen Kleinen. Deswegen möchte ich noch darauf hinweisen, dass es im Forschungsbereich von LOEWE Geförderte gibt, die so begeistert von diesem Projekt sind, dass sie sich in einer Initiative Pro-LOEWE organisieren und das Ziel verfolgen, dafür zu werben, dass Forschung die Gesellschaft voranbringt und jeder Einzelne etwas davon hat. Sie wollen gemeinsam mit den Forschern in der Gesellschaft dafür werben, dass sich Forschung für die Zukunft lohnt.

Die Forschung ist ein Bereich, bei dem wir sehr schnell immer weitere Innovationen brauchen. Auf diesem Weg müssen wir weitergehen. Forschung und Wissenschaft, Innovationen, der Transfer von Ideen in die Unternehmen sind also offenkundig zentrale Voraussetzungen für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze in unserem Land. Deshalb werbe ich hier bei den Mitgliedern des Parlaments auch dafür, bei den Schwerpunkten weiter auf die LOEWENstarke Forschung und die LOEWENstarken Wissenschaftler zu setzen. Dieses Fundament muss die Entwicklung Hessens weiter bestimmen; denn letztlich gilt die alte Weisheit: Wer nichts im Boden hat, der muss etwas in der Birne haben.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, damit ist Regierungserklärung abgegeben worden. Ich eröffne die Aussprache. Zu der Aussprache rufe ich **Tagesordnungspunkt 51** auf:

**Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Hochschulstandort Hessen ist innovativ und dynamisch – Drucks. 18/5226 –**

Die erste Wortmeldung zur Aussprache kommt von Herrn Kollegen Grumbach für die Fraktion der SPD. Ich weise darauf hin, dass die Oppositionsfraktionen 31 Minuten und nicht 30 Minuten Redezeit haben.

**Gernot Grumbach (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es spricht für sich: Wir diskutieren im Abstand von zwei Monaten zum zweiten Mal über das gleiche Thema; am 17.11.2011 von den Regierungsfractionen als Setzpunkt, heute von der Landesregierung selbst. Wenn man zeigen möchte, dass man im Hochschulbereich nichts oder nur wenig vorzuweisen hat, behandelt man das Einzige, was man hat, möglichst oft. Das haben Sie heute ganz „elegant“ gemacht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Das ist wirklich unter Ihrem Niveau! – Gegenruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): „Elegant“ ist doch ein Lob!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Grumbach.

**Gernot Grumbach (SPD):**

Am Anfang Ihrer Rede haben Sie mir eine ganz besondere Freude gemacht. Ich habe mich besonders über das Zitat gefreut, mit dem Sie Ihre Rede eingeleitet haben. Ich will es wiederholen:

Menschen mit einer neuen Idee gelten so lange als Spinner, bis sich die Sache durchgesetzt hat.

Ich habe mich deswegen gefreut, weil ich dieses Zitat zum letzten Mal hörte, als ich mit Hermann Scheer auf einer Pressekonferenz saß, auf der er sich mit der Position der Hessischen Landesregierung zur Energiepolitik auseinandersetzte. Dass diese Einsicht bei Ihnen angekommen ist, freut mich ganz ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU)

Ich finde einige Dinge sehr spannend. Sie schreiben voller Begeisterung, Hessen sei ein Land mit Zukunftsperspektiven, von 60.000 Menschen im Maschinenbau und von 60.000 Menschen im Fahrzeugbau. Meine Frage ist: Was kann die Landesregierung dafür? Erfindergeist und Innovationen an staatlichen Hochschulen, an privaten und anderen Hochschulen. Meine Frage ist: Was kann die Landesregierung dafür? Ich komme gleich noch im Detail darauf.

Als ich viel jünger war, gab es unter ganz jungen Menschen ein beliebtes Spiel, das in einer Großstadt leicht möglich ist. Man stellt sich an eine Ampel und wartet, bis sie rot geworden ist. Dann zählt man bis 15. Wenn sie wieder auf Grün schaltet, ruft man laut: Ich habe die Ampel umgeschaltet! – Das ist die gleiche Art von Politik, die Sie hier ausüben. Sie gucken auf die Wirtschaft in Hessen, beschreiben, was passiert und sagen, Sie seien dafür verantwortlich.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU)

Wie groß die Not ist, sehen Sie an den Details. Haben Sie schon einmal erlebt, dass die Auszeichnung einer Mensa in einer Zeitschrift, die fast keiner liest, mit Platz 2 zum Bestandteil einer Regierungserklärung wird? Ich jedenfalls habe das in diesem Landtag noch nicht erlebt.

Wir haben andere Zahlen erlebt: Die Anzahl der Kinderbetreuungsplätze sei auf fast 900 gestiegen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben 210.000 Studierende mit einem relativ breiten Altersquerschnitt in Hessen. Jedem, der diese Rede gelesen oder der sie geschrieben hat, müsste also aufgefallen sein, dass das ein Problem und keine Lösung beschreibt.

(Beifall bei der SPD)

Die 1.000 neuen Wohnheimplätze in Frankfurt sind löblich. Dass dort allerdings mehrere Tausend fehlen, ist der Satz, den Sie nicht sagen. Genau das ist das Problem. Diese Rede versucht sozusagen so zu tun, als gäbe es nur einen Ausschnitt von Wissenschafts- und Hochschulpolitik; das Spannende aber ist, worüber Sie nichts sagen. Sie sagen nichts über fehlende Studienplätze, Sie sagen nichts über fehlende Ausbaumöglichkeiten, Sie sagen nichts über fehlende Professuren, Sie sagen nichts über Institutsschließungen, weil Sie das alles nicht wahrhaben wollen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt komme ich zu einem Punkt, der durchaus selbstkritisch ist und bei dem man sehr genau darauf schauen muss, was eigentlich passiert, nämlich die berühmten Exzellenzinitiativen. Fangen wir historisch an.

Diese Exzellenzinitiativen sind ein Konzept, das in einem anderen Land Europas erfunden worden ist, in Großbritannien. Verantwortlich dafür war der Kommunikationsberater des früheren britischen Premierministers Blair, Peter Mandelson. Da die englische Labour-Regierung trotz aller Anstrengungen nicht genug Geld für den Bildungsbereich mobilisieren konnte, hat er versucht, dies durch sogenannte Leuchtturmprojekte zu kompensieren, die er ins Schaufenster gestellt hat. Diese waren im Prinzip besser ausgestattet als der Durchschnitt, während gleichzeitig die Ausstattung des Rests deutlich gesunken ist. – Das ist die Technik der Exzellenzinitiativen; das muss man so hart sagen. Wer sich das in Deutschland anschaut, wird feststellen, dass diese Strategie 2004 durchaus von der rot-grünen Bundesregierung kopiert worden ist.

Mit den Mitteln für die Exzellenzinitiative sind nämlich gleichzeitig im Hochschuletat andere Bereiche, die der Hochschulfinanzierung dienen, abgesenkt worden. Das ist der selbstkritische Teil. Dass Sie das jetzt alles nach dem gleichen Rezept noch einmal machen und sich dafür loben, das ist der kritische Teil. Leuchttürme bedeuten, Sie stellen im Wissenschaftsbereich bestimmte Bereiche exzellent aus – das ist völlig unbestritten –, aber gleichzeitig sorgen Sie dafür, dass im Forschungsbereich die allgemeine Forschung an den Hochschulen zurückgeht, weil sie mit den Mitteln nicht zurechtkommt.

(Vizepräsident Lothar Quanz übernimmt den Vorsitz.)

Genau das ist der Fehler, den Sie bei Labour, bei Sozis abgesehen haben, aber es ist falsch. Statt sich an der Stelle zu loben, sollten Sie die gleiche Selbstkritik üben, die wir üben können. Wer sich die Ergebnisse anschaut, kommt zu keinem anderen Ergebnis.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die dritte Auflage ist schön, weil die Verpackung gut und der Inhalt mittelmäßig ist. Ich wiederhole, was ich im November gesagt habe, weil man es nicht oft genug sagen kann. Der Durchschnitt der Ausgaben für Forschung an Hochschulen in Deutschland ist 1,2 % vom Bruttoinlandsprodukt in den Bundesländern. In Bayern und Baden-Württemberg betragen die Ausgaben 1 % vom Bruttoinlandsprodukt. Ich habe extra die zwei Länder genommen, die von der Fläche, der Einwohnerzahl usw. nicht kleiner als Hessen sind. Nebenbei sind in Berlin – berühmt, arm, kleiner – die Ausgaben ebenfalls 1,2 % vom Bruttoinlandsprodukt.

Das heißt, was Sie machen, ist, Mittelmaß mit einer Riesenverpackung zu versehen. Das nennen Sie dann Exzellenz, weil Sie im Prinzip das Geld fokussieren, statt es in eine gemeinsame Struktur von Forschung und Lehre zu stellen. An der Stelle werden wir – darauf komme ich zurück – über Hochschulpolitik und die Frage, welche Hochschulpolitik Sie wollen, reden müssen.

Ich komme zu einem kleineren Punkt. Ich will einmal etwas loben. In der Tat ist die Förderrichtlinie der Verbundprojekte eine kluge Idee. Sie ist auch klug ausgeführt. Wer sich die regionale Verteilung anschaut, wird feststellen, das hat in dem Vergleich zwischen den Regionen, in der Verteilung auch zwischen den Inhalten halbwegs funktioniert.

Was noch ein Stück unterbelichtet ist, ist der Umgang mit den Fachhochschulen. Sie haben inzwischen zwar dort eine Öffnung. Aber es ist Tatsache, dass es gerade die Fachhochschulen sind, die in die Verbundprojekte etwas Besonderes einbringen könnten, weil ihre Forschungsleistungen und Möglichkeiten sehr viel dichter an der betrieblichen Realität sind. Das haben Sie bisher nicht begriffen. Sie haben an der Stelle noch ein Bild von Forschung, das genau diese praktische, diese wirtschaftliche Ebene nicht so deutlich sieht, wie Sie es in Ihrer Rede versucht haben anzudeuten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Besonders nett finde ich allerdings Formulierungen wie: „Die Entscheidungen der Hessischen Landesregierung, in die Elektromobilität zu investieren, war sicherlich ein, wenn nicht der ausschlaggebende Impuls, der die heutigen Entwicklungen ermöglicht hat, der unsere Forschungseinrichtungen, unsere heimischen Unternehmen wie Opel in

Rüsselsheim usw. in die Lage versetzt, sich zu Vorreitern zu entwickeln.“

Mit Verlaub, Sie haben hier noch nicht regiert, da war Opel in Rüsselsheim Vorreiter in der Frage der Elektromobilität. Sie haben mit dem Wasserstoffauto auf der einen und mit dem batteriegetriebenen Auto auf der anderen Seite schon längst serienreife Modelle präsentiert, wo Sie sich mit den Kosten herumgeschlagen haben. Dass Sie irgendetwas dazugetan haben, ist genauso spannend wie Ihre Anfangspassage, wo Sie ein Stück den Eindruck erweckt haben, als seien Sie für die Erfindung des Autos verantwortlich. Das wären Sie vielleicht gerne, aber im Prinzip haben Sie nichts anderes als das, was andere tun, auf Ihre Fahnen geschrieben. Das werden wir noch an ein paar Stellen finden.

(Beifall bei der SPD)

Nächster Punkt: die Frage der Zukunftsinvestitionen an bestimmten Orten. Kommen wir zu einem Ihrer kleineren Punkte, wo das mit der Innovation ein Problem war. Sie haben in Mittelhessen zwei Universitätskliniken privatisiert. Sie haben in das Privatisierungsabkommen geschrieben: Dort muss Innovation herrschen, und zwar ein teures, gutes, in Darmstadt wohlgeprobtes Heilverfahren für Krebskranke, nämlich Strahlentherapie. – Sie müssen jetzt feststellen, Sie haben die Fusion bekommen, aber nicht die Innovation, weil Sie die Bedingungen der Innovation nicht so hart festgeschrieben haben, dass keiner mehr herauskommt. Sie haben die Türen offen gelassen, weil es im Kern um etwas anderes ging. Wenn Sie das jetzt als Innovation verkaufen, sind Sie ein Stück zu mutig in Ihrer Rede.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Oder die vielen netten Einrichtungen: Mathematikum in Gießen, Chemikum in Marburg, Schülerforschungszentrum, die Experimenta. Die, von denen Sie nicht wissen, ob sie ankommen, lassen Sie immer weg. Aber alle haben eines gemeinsam: Sie sind nicht von Ihnen initiiert worden.

Andere vor Ort haben angefangen, etwas zu tun, und haben viel Geld und Zeit hineingesteckt, bis Sie auf die Idee gekommen sind, man könnte das auch unterstützen. Wir erleben es in Frankfurt, wo es gerade passiert. Wenn Sie nicht schnell genug handeln, haben Sie eine kaputt gemacht.

Ich sage an der Stelle: Die Experimenta ist das Beispiel, wie man das richtig und falsch machen kann. Sie können entscheiden: Machen Sie es da richtig, und unterstützen Sie die Initiative von unten, oder nicht? Dass Sie nachher die Lorbeeren an Ihren Hut heften, ist Ihr Problem. Ich glaube, an der Stelle können die anderen auch damit leben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann über viele Sachen nicht reden, weil Sie sie nicht gesagt haben, obwohl sie in Ihrer ausgedruckten Rede standen. Das erspart Ihnen ein paar Spitzen. Ich nenne trotzdem eine nette Geschichte aus dem Text – es macht einfach so viel Spaß –: „... weil es diese Hessische Landesregierung unter Führung von Ministerpräsident Bouffier war, die nicht zuletzt die Beteiligung des Landes von 100 Millionen € an diesem FAIR-Projekt in Darmstadt ermöglicht hat.“ – Der Punkt ist, es war die Landesregierung, aber das Abkommen ist 2003 geschlossen worden.

Man sollte an der Stelle einfach in den Kleinigkeiten genauer sein.

Ich will auf den Punkt kommen, wo ich glaube, dass Sie an einer Stelle nachlegen müssen. Das ist die Frage, Eigenlob verhindert das Nachdenken. Das ist eine alte chinesische Weisheit, wie alle chinesischen Weisheiten erfunden von irgendwem, im Zweifel von mir. Die erste Frage, worüber Sie nicht nachdenken, ist die Frage: Welche Folgen hat die heutige Aufstellung der Forschung an den Hochschulen zwischen außeruniversitärer Forschung, Exzellenzinitiativen und der übrig bleibenden Hochschulforschung?

Wir haben eine Situation – Kollege Müller hat das in seiner Rede faktisch schon einmal angedeutet –, dass jedenfalls die CDU und viele Bildungspolitiker in Deutschland Abschied von einer Hochschule nehmen, in der Forschung und Lehre ineinander so verflochten sind, dass sie nicht aufzulösen sind. Die Hochschulfinanzierung – das ist eine Geschichte, die nicht einmal parteipolitisch zuordenbar ist –, die im Prinzip die Finanzierung von Forschung immer stärker außeruniversitär steuert, die die außeruniversitären Institutionen stärker macht als die Hochschulinstitutionen und dann an den Hochschulen noch forschungsintensive Einrichtungen mit wenigen Studierenden stärker fördern als die normalen, führt dazu, dass der Zugang von Studierenden zur Forschung abnimmt.

Das ist das Bild von einem Studium, das die Qualität der deutschen Hochschulen ruiniert. An der Stelle sollten Sie einen Moment über Qualität statt über ausgegebene Begeisterungsmillionen nachdenken, weil Sie an der Stelle einen Keil und eine Axt an die Wurzel dessen legen, was deutsche Hochschulbildung ein Stück ausgezeichnet hat: dass Studierende und Lehrende gemeinsam Wissen erarbeiten und damit eine stabilere und qualitätsvollere Wissenserarbeitung haben. Sie setzen auf ein Konzept, das langfristig dazu führt, dass Forschung und Lehre getrennt werden. Kollege Müller hat es mit seiner Absage an Humboldt schon einmal angedeutet.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Ich komme darauf zurück!)

An der Stelle werden wir uns im Landtag darüber streiten müssen. Ich gehe hart davon aus, dass wir es uns als ein Land, in dem die Qualifikation an Hochschulen wichtig ist, nicht leisten können, eine solche Dequalifizierung des Studiums zuzulassen.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Was für ein Unsinn!)

Ich fordere Sie auf, an der Stelle darüber nachzudenken. Das gemeinsame Erarbeiten von Wissen ist ein zentraler Punkt von Qualität, und den müssen wir durchsetzen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Sie halten die Zeit nicht auf!)

Beispiel zwei. Wenn in Hessen die Forschungsausgaben im Vergleich in Deutschland Durchschnitt sind, was sie sind, weil die gesamten Ausgaben für die Hochschulen auf Platz 12 oder 13 sind – ich weiß nicht, was der Stand 2011 ist, 2010 war es Platz 13 –: Was bedeutet es denn für die Ausgaben für die Lehre? – Im Kern heißt das, dass wir in Hessen bereits eine Situation haben, in der die Ausgaben für die Lehre im Prinzip dadurch abgesenkt werden, dass die Hochschulmittel anders verteilt werden, dass die Forschungsschwerpunkte stärker als die Lehre gewichtet werden.

Angesichts der Studierendenzahlen, über die Sie sehr bewusst nichts gesagt haben, ist das eine sträfliche Politik, weil Sie die Qualifikation von Hunderttausenden von Studierenden im Prinzip einer Struktur opfern, die nicht in der Lage ist, denen wenigstens die angemessene Ausstattung zu bieten. Das ist dann der Punkt, wo ich sage: Das ist eine reine Ablenkungs-Regierungserklärung. Die Hälfte der Hochschulwelt, die Lehre, haben Sie in dieser Regierungserklärung nicht behandelt, und Sie wissen genau, warum. Denn Sie haben dort nichts vorzuweisen. Ich wäre nicht einmal in der Lage, Sie da wenigstens ein bisschen zu loben.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Und das Nette ist: Die CDU hat es in ihrem eigenen Antrag, in ihrer berühmten Rede auf sich selber, geschafft, die Lobrede über die gigantischen Steigerungen der Hochschulausgaben ad absurdum zu führen. Sie schreiben, dass 1999 967 Millionen € für die Hochschulen zur Verfügung standen und es jetzt 1,4 Milliarden € sind. Das steht in Ihrem Antrag. Das können Sie nachlesen. Wenn Sie die Zahl der Studierenden vergleichen – 1999 150.000, jetzt über 210.000 –, dann werden Sie feststellen, dass Sie allein dadurch auf 1,35 Milliarden € kommen. Das heißt, das, wofür Sie sich loben, sind 50 Millionen €. Von diesen 50 Millionen € gehen noch einige ab, weil Sie bestimmte Baukosten und andere Kosten in die Hochschuletats hineingenommen haben.

Das heißt also, was Sie als CDU hier selbst vorlegen, ist: Wir haben genau das getan, was wir mindestens tun mussten – wir haben den Hochschuletat genau so gesteigert wie die Zahl der Studierenden. Mehr haben wir nicht getan. Die schlechte Ausstattung der Hochschulen ist unverändert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist Ihr Offenbarungseid, und der steht in Ihrem eigenen Antrag. Ich finde es ganz spannend, dass sich niemand von Ihnen die Mühe gemacht hat, Ihren Antrag wenigstens einmal mit dem Taschenrechner nachzurechnen; denn dann wäre Ihnen das aufgefallen.

Das nächste Beispiel. Sie reden von Planungssicherheit. Damit reden Sie von Planungssicherheit auf Magersuchtniveau. Institute werden geschlossen. Sie kennen die Debatte über Vorlesungen an interessanten Orten. Sie kennen die Debatte darüber, dass statt Professoren Hilfskräfte eingestellt werden. Ob das die Qualität der Lehre hebt, daran habe ich heftige Zweifel.

Sie loben die Hochschulen dafür – und das finde ich besonders zynisch –, dass sie die Zahl der zusätzlichen Studienanfänger über die vereinbarte Zahl hinaus verdoppelt haben. Aber Sie sagen nicht dazu, dass Sie sie auf den Kosten für diese Verdoppelung schlicht haben sitzen lassen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

An diesem Punkt geht es um die Qualität, und das ist, mit Verlaub, blanker Zynismus. Das ist wie die Sonntagsreden, die Sie immer auf das Ehrenamt halten. Von Ihren Sonntagsreden, von Ihrem Lob kann sich keiner etwas kaufen, wird kein zusätzlicher Lehrbeauftragter und kein Professor bezahlt, kein Seminarraum eingerichtet. Sie werden Ihrer Verantwortung für Hessens Hochschulen nicht gerecht, weil Sie sie nicht so ausstatten, wie sie ausgestattet werden müssen. An dieser Stelle sollten Sie noch einmal nachdenken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der dritte Punkt – ebenfalls mangelndes Nachdenken – ist, dass Sie sich nicht mit den systemimmanenten Allokationsproblemen von Wettbewerben befassen. Die Struktur von Exzellenzwettbewerben ist aus Tausenden von Beispielen aus Tausenden Regionen bekannt. Das ist keine Idee der Wissenschaft. Solche Wettbewerbe haben zwangsläufig zur Folge, dass die Mittel, die darüber vergeben werden, bis auf wenige Ausnahmen bei denen landen, die ohnehin sehr stark sind, und dass im Kern diejenigen diese Mittel nicht bekommen, die weniger stark sind. Das heißt, der Abstand zwischen den Hochschulen wird vergrößert. Damit wird die Gesamtlage der Hochschulen nicht verbessert, jedenfalls nicht im Durchschnitt, sondern das geht zulasten der anderen.

Frau Ministerin, Sie haben Ihre Rede so aufgebaut, dass Sie auch die wirtschaftlichen Folgen beschrieben haben. Ich frage mich: Wo bleibt denn Ihre Antwort auf dieses Problem? Wo bleibt Ihre Antwort auf die Tatsache, dass die Mehrheit dieser Exzellenzmittel in Frankfurt und Darmstadt landet, während Mittel- und Nordhessen – obwohl sie etwas abbekommen haben – hier abgehängt werden, und das, obwohl dort der Anteil der Hochschulen an der Wirtschaftsentwicklung viel größer ist als in Frankfurt. Wo bleibt dieses Thema?

Ja, natürlich haben die etwas bekommen. Das weiß ich auch. Aber im Kern ist es so: Wenn Sie das Gesamtbild betrachten, dann stellen Sie fest: Die starken Universitäten werden gestärkt, aber dort, wo wir Universitäten brauchen, die noch mehr Impulse in das Land geben können, werden sie nicht gestärkt. Ihnen fällt letztendlich keine Kompensation für das ein, was sie wirklich leisten. Sie haben keine Idee, dass so etwas nötig ist. Sie sehen immer nur: Wenn der Wettbewerb zu Ende ist, dann sind die Mittel gerecht verteilt. – Das mag vielleicht gerecht sein, aber für die Landesentwicklung ist das manchmal ein Albtraum. An dieser Stelle müssen Sie einfach nachdenken. Das würde vielleicht schon helfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Beispiel vier. Sie haben Wirtschaftsentwicklung und Hochschulentwicklung zu verknüpfen versucht. Ich frage Sie zu Ihrer riesigen Projektliste: Wo ist denn da die Struktur? Haben Sie irgendeine? Das ist eine lange Liste völlig disparater Vorschläge. Sie haben sie nicht zusammengefasst.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Ihr Leut!)

In der Wirtschaftspolitik haben wir eine lange Debatte darüber, wie man mit Clustern umgeht, wie man sie identifiziert, wie man sie stärkt, welche Rollen Hochschulen dabei haben können. Damit hätten Sie sich auseinandersetzen können. Aber auch hier geben Sie keine Antworten. Wirtschaftspolitik – die Sie, so Ihre Rede, ein Stück mit betreiben wollen – haben Sie hier nur gemacht, indem Sie Anträge entgegengenommen und beschieden haben.

Das geht nicht. Wir haben in Hessen die Situation, dass unsere wirtschaftliche Entwicklung Impulse benötigt. Solche Impulse bestehen nicht einfach darin, denen, die irgendwo geschrien haben, etwas zu geben, sondern diese Impulse bestehen auch darin, darauf zu schauen, wo sich etwas entwickelt und wo es Lücken in solchen Entwicklungen gibt – ob wir als Land Hessen dort über Wissenschaft oder über Wirtschaft Hilfestellung leisten können. Mit dieser Frage setzen Sie sich gar nicht auseinander. Denn Sie haben dafür im Prinzip kein Konzept.

Das Land Hessen braucht aber eine solche Konzeption. Ich nenne einmal das berühmte verzeigte Beispiel der Optoelektronik in Mittelhessen, um Gießen herum. Es gab dort gute Unternehmensansätze, aber wir haben es nicht geschafft, Sie haben es nicht geschafft, als Land Hessen die Clusterstrukturen so zu stärken, dass das funktioniert hat.

Wir können beschreiben, wohin es führt, wenn man das nicht tut. Man könnte aber auch einmal darüber reden, wie man es macht. Dafür hätte ich mir eine solche Regierungserklärung gewünscht.

(Beifall bei der SPD)

Dafür haben Sie ziemlich lange gebraucht. Wenn ich die ganzen Aufzählungen weglasse, werde ich nicht so lange brauchen. Einen Punkt will ich hier nochmals sehr hart machen: Wir als Sozialdemokraten gehen davon aus, dass die Studierendenzahlen nicht zurückgehen werden. Wir gehen davon aus, dass wir den jetzigen Berg dauerhaft durchfinanzieren müssen. Wir gehen davon aus, dass sich das bereits in den nächsten Haushalten deutlich machen muss.

Ich sage das so klar, weil das die harte Ansage ist, mit der Sie sich auseinandersetzen müssen. Dieser Debatte müssen Sie sich auch in Hessen stellen. Wir können uns nicht vorstellen, dass eine Landesregierung im Taumel ihrer Forschungseuphorie in der Lage ist, Zehntausende von Studierenden einfach durchrutschen zu lassen. Um diesen Punkt geht es.

Sie versuchen, dieses Thema immer zu vermeiden. Ich fordere Sie an dieser Stelle auf, noch eine zweite Regierungserklärung abzugeben, die sich mit den Problemen an den Hochschulen auseinandersetzt.

(Beifall bei der SPD)

Dann kommt die Frage: Wie werden die Hochschulen finanziert? Sie setzen auf Wettbewerb und Exzellenz. Wir sagen: Wenn die Grundfinanzierung nicht stimmt, dann bedeutet das, dass die Hochschulen im Schnitt schwächer werden. Grundfinanzierung heißt, dass der normale Betrieb durchfinanziert werden muss, ohne dass es Einschnitte im Lehrbetrieb gibt, und dass das, was Exzellenz ist, dann obendrauf kommt.

Sie finanzieren die Exzellenz aus dem Normalbetrieb. Sie finanzieren Wissenschaft und Forschung auf Kosten der Studierenden. Das halte ich für einen Punkt, der nicht verantwortlich ist. Wir werden das Gleichgewicht zwischen beiden finden müssen. Dieses Gleichgewicht kann aber nicht darin bestehen, bei dem einen die Augen zu schließen und das andere durchzufinanzieren.

Wenn ich das Ganze zusammenfasse, dann passt Ihre Rede irgendwie in die fünfte Jahreszeit: Hochschulpolitik wird bunt geschminkt, mit vielen fremden Federn geschmückt.

(Zurufe von der CDU und der FDP – Holger Bellino (CDU): Helau!)

Am Aschermittwoch ist alles vorbei, und übrig bleibt der Titel der blassen Frühstücksdirektorin der hessischen Wissenschaftspolitik. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Herr Grumbach. – Als Nächster spricht Herr Dr. Bürger für die Fraktion der FDP.

**Dr. Matthias Bürger (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Staatsministerin, zuerst möchte ich mich ganz herzlich für diese Regierungserklärung bedanken. Die hat nämlich nicht – wie Herr Grumbach gesagt hat – von wichtigen Fragen abgelenkt. Nein, sie lenkt unsere Aufmerksamkeit hier auf ein ganz wichtiges und wesentliches Thema.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben es auch in Ihrer Schlussbemerkung gesagt: Letztendlich ist Wissen der Rohstoff des 21. Jahrhunderts. Der Wohlstand unseres Landes hängt davon ab, wie wir uns im Wettbewerb als Wissensregion behaupten – im Wettbewerb in Deutschland, in Europa und weltweit.

Dabei ist starke Forschung das Fundament der wirtschaftlichen Entwicklung und des Wohlstands. Dazu gibt es ein treffendes Wort. Es wird Dr. Oberholz, dem Vorsitzenden des Verbandes der Chemischen Industrie, und auch manch anderen zugeschrieben und lautet so: Forschung ist die Umwandlung von Geld in Wissen, und Innovation ist nachher die Umwandlung von Wissen in Geld.

Damit sieht man auch, dass Forschung und Innovation letztendlich zwei Seiten derselben Medaille sind und dementsprechend zusammengehören. Wir brauchen Forschung genauso wie Innovation. Wir brauchen Grundlagenforschung, damit Innovation überhaupt ermöglicht wird und Wohlstand generiert werden kann.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vor diesem Hintergrund haben wir in Hessen ein ganz klares politisches Ziel: nämlich Hessen zur zentralen Wissensregion Deutschlands und Europas zu machen.

Festhalten muss ich an dieser Stelle, dass wir uns auf den Weg dorthin gemacht haben. Die positive Botschaft auch aus dieser Regierungserklärung ist, dass wir diesem Ziel heute näher sind denn je.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Diesen Weg haben wir im Jahr 1999 begonnen. Damals hatten wir, wie wir wissen, eine andere Regierung. Seit der Zeit haben wir auch andere Erfolge. Dann kann man immer behaupten, Herr Grumbach, wie Sie sagen: Das ist eine rein zufällige Koinzidenz. – Sehen Sie doch einmal, wo Länder, die andere Rahmenbedingungen haben, heute stehen. Dann wissen Sie, welches politische Handeln dahintersteckt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Damit möchte ich drei Punkte inhaltlich klären. Ich möchte fragen: Wo stehen wir? Wo kommen wir her? Und am Ende möchte ich die Frage stellen: Wo wollen wir hin?

Wo stehen wir beim Wissenschaftsstandort Hessen?

(Andrea Ypsilanti (SPD): Wenn Sie das wissen!)

– Hören Sie zu. Sie werden ein paar Informationen bekommen.

Noch nie hatten wir so viele Forschungsinstitute in Hessen wie zum heutigen Zeitpunkt. Wir haben gerade für die Investitionssumme von 141 Millionen € – und das in einer Zeit, in der jeder Euro durchaus wehtut und genau überlegt werden muss, wofür er ausgegeben wird – neue Forschungsinstitute in Hessen geplant. Das sind das Max-Planck-Institut für Empirische Ästhetik in Frankfurt, die Integration des Deutschen Kunststoff-Instituts in Darmstadt in das Fraunhofer-Institut, die Gründung der neuen Fraunhofer-Projektgruppe für Werkstoffkreisläufe in Hanau mit dem mittelfristigen Ziel der Einrichtung eines Fraunhofer-Instituts und nicht zuletzt das Ernst Strüngmann Institut in Frankfurt am Main. Ich könnte die Liste durchaus noch fortsetzen.

All das, was wir gemacht haben, ist nicht selbstverständlich. Im Übrigen geht es um mehr als das Geld. Am Ende geht es auch darum, Verhandlungen zu führen und politisches Geschick zu beweisen, damit diese Institutionen, die auch woandershin gehen könnten, zu uns nach Hessen kommen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deswegen bedanke ich mich ganz ausdrücklich bei der Landesregierung. Ich bedanke mich bei Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann, aber auch – weil ich weiß, dass sie maßgeblich mitgewirkt haben – bei unserem Ministerpräsidenten Volker Bouffier und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Jörg-Uwe Hahn. Vielen Dank an dieser Stelle.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Neben den bundesweiten Initiativen, an denen wir maßgeblich partizipieren, haben wir auch eigene hessische Initiativen. Zunächst ist das LOEWE-Programm mit über 400 Millionen € für diese Legislaturperiode zu nennen. Das sind rund 90 Millionen € jedes Jahr. Gleichzeitig fördert LOEWE gezielt Forschungcluster in einem Umfang, wie wir ihn noch nie hatten. Der Vorwurf, LOEWE sei regional nicht ausgeglichen, ist völlig verfehlt. Schauen Sie doch einmal nach Mittelhessen, Herr Grumbach – ich bin da sehr viel häufiger als Sie –, dann werden Sie feststellen, wie viele LOEWE-Mittel auch aufgrund guter Forschung nach Mittelhessen geflossen sind.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

LOEWE ermöglicht eine klare Profilbildung der Hochschulen. Das Programm ermöglicht im Übrigen in der Förderlinie 3, die auch erwähnt worden ist, eine Zusammenarbeit mit Unternehmen und damit einen klassischen Technologietransfer. Genau das ist die Innovation, von der ich am Anfang sprach. LOEWE ist ein Alleinstellungsmerkmal von Hessen, um das uns nahezu alle Länder – das merke ich, wenn ich auf der Bundesebene unterwegs bin – beneiden.

Herr Grumbach, Sie haben vorhin Bayern und Baden-Württemberg als Peergroup genannt. – Ja, das ist richtig. Bayern und Baden-Württemberg waren uns insbesondere vor zehn Jahren ganz deutlich voraus. Sie können einmal überlegen, wer in Bayern und Baden-Württemberg viele Jahrzehnte lang regiert hat. Man muss aber auch festhalten, dass wir in den letzten zehn Jahren deutlich aufgeholt haben und der Spitzengruppe jetzt sehr nahe sind. Das ist ein Verdienst dieser Landesregierung und aller Landesregierungen, die hier seit 1999 Verantwortung getragen haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, Bilder sprechen mehr als Worte: Wir bestellen schlicht die Felder der Wissensgesellschaft und säen an den Stellen, wo noch Generationen nach uns säen werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Günter Rudolph (SPD): Geht es nicht auch eine Nummer kleiner?)

Wo stehen wir bei den Hochschulen? Herr Grumbach, Sie sind deutlich darauf eingegangen, und ich möchte ein paar Worte erwidern. Wer einen vertieften Blick auf die hessischen Hochschulen als eine der Keimzellen der Forschung – neben den erwähnten Forschungseinrichtungen – wirft, der muss schlicht feststellen, dass unsere Hochschulen hervorragend aufgestellt sind. Das ist nicht nur ein Verdienst der Politik. Richtig, Politik setzt den Rahmen, unter dem die Forscher arbeiten können. Aber dazu ist auch eine Struktur extrem wichtig; denn nur in der richtigen Struktur kann sich Forschung entwickeln.

Was gehört zu dieser Struktur? – Dazu gehört zuallererst Autonomie, denn Autonomie spiegelt den Geist der freien Wissenschaft wider. Die Autonomie, die viele in diesem Haus durchaus loben, ist – das muss man auch festhalten – mit der CDU und der FDP verbunden, weil wir sie 1999 eingeführt haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

In dieser Periode haben wir sie weiterentwickelt. Wir haben die Rückkopplung der Hochschule mit der sie tragenden Gesellschaft – durchaus kontrovers – über den Hochschulrat realisiert, er beteiligt sich an der Ausrichtung der Hochschule im Sinne von Entwicklungsplanung. Man kann schlicht festhalten: Nach allem, was wir vor zwei Jahren beim Hochschulgesetz erlebt haben, sind die Hochschulräte hervorragend angekommen. All die Bedenken, die wir vorher hatten, sind nicht eingetreten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die Hochschulen sind landauf, landab in ihrer Struktur sehr gut aufgestellt und zufrieden. „Sind Hochschulen immer mit Landesgesetzen zufrieden?“, könnte man fragen. An der Stelle muss ich gestehen: Es gibt auch kritische Fragen.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha!)

Zum Hochschulrahmengesetz, zur Finanzierung und zur Studentenzahl liegt mir – es ist mir aktuell in die Hände gefallen – ein Schreiben der Justus-Liebig-Universität Gießen vom 6. Mai vor, das besagt – mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich aus dem Schreiben –:

Wir sind davon überzeugt, dass das Gesetz eine sachgerechte Erfüllung der außerordentlich schwierigen Aufgaben der Universität und ihrer Angehörigen angesichts einer wachsenden Überfüllung und nach wie vor unzureichenden Ausstattung nicht fördern, sondern erschweren wird.

Ich höre Stille. Ja, ich habe gesagt, das Schreiben ist vom 6. Mai. Interessanterweise ist es aber nicht vom 6. Mai 2011, sondern vom 6. Mai 1970, als Sie, meine Damen und Herren von der SPD, hier mit absoluter Mehrheit regiert haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Günter Rudolph (SPD): Jetzt bin ich aber erschrocken! Absolute Mehrheit!)

– Ich sehe, Sie sind aufgewacht. Das freut mich.

Das zeigt, dass eine von außen verordnete Struktur, so wie sie die SPD damals umgesetzt hat, viel weniger akzeptiert wird als eine Autonomie, wie wir sie gegeben haben. Unser Bildungsbegriff von Hochschulfreiheit und Autonomie ist ein ganz anderer als der, den Sie umgesetzt haben.

Das zeigt auch, dass hohe Studentenzahlen und Klagen über die Unterfinanzierung nicht ein Thema unserer Zeit sind, sondern das haben wir schon sehr lange, und es lief unter der SPD-Führung deutlich schlechter.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Verbinden will ich es noch damit, dass die Lage 1970 so dramatisch war, dass in demselben Schreiben – ich kann es Ihnen in Kopie geben – sogar das gesamte Präsidium der Universität seinen Rücktritt angeboten hat.

Werfen wir einen Blick auf die Hochschulfinanzen – Herr Grumbach, Sie haben das auch getan –: Wo kommen wir her? Seit Anfang der Siebzigerjahre – unter SPD-Ägide – herrschte chronischer Mangel; das ist durch das Schreiben sehr schön belegt. Dann hatten wir von 1987 bis 1991 unter Gerhardt und Wallmann erstmals einen deutlichen Aufbau im Wissenschaftsbereich, zugegebenermaßen trotzdem begleitet durch den einen oder anderen Protest an der Hochschule.

1991 bis 1998 – ich möchte keine Zwischenfragen zulassen – hatten wir eine Zeit der Resignation – die habe ich selbst erlebt, in dieser Zeit war ich an einer hessischen Hochschule –, weil sich eine Mehrheit der Studenten die damalige Regierung durchaus gewünscht hatte, aber dann gemerkt hat, dass sich die finanzielle Lage beständig verschlechtert.

Ich will an einem konkreten Beispiel festmachen, was ich selbst erlebt habe – ich habe damals dem Akademischen Senat angehört –: Es wurde die Klage geäußert, dass sich die Anzahl der Studierenden im juristischen Fachbereich der Justus-Liebig-Universität Gießen von einem Jahr auf das andere verdoppelt hat. – Herr Grumbach, wenn Sie die Mittel verdoppelt hätten, dann hätten Sie an der Stelle nichts getan. So haben Sie es gerade gesagt. Interessant war, dass damals Frau Evelies Mayer,

(Zuruf von der FDP: Oh! Das waren noch Zeiten!)

Mitglied der Landesregierung und SPD, sagte: Der liebe Hans Eichel gibt mir leider nicht mehr. Sie müssen mit genau demselben Betrag auskommen. Jede Art von Zulassungsbeschränkung wollen wir aus politischen Gründen nicht, aber irgendwie werden Sie das schon schaffen. Dann können ja auch zwei Leute in dasselbe Buch hineingucken. – Das war die Realität unter SPD und GRÜNEN in diesem Land.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deswegen ist es eine ganz enorme Leistung, wenn der Betrag je Student nicht nur so geblieben, sondern mitgewachsen ist. Das, was Sie vorher kritisiert haben, geht völlig am Thema vorbei.

Auch die 66 Millionen € für den Hochschulbau, die wir 1998 nur hatten, die bereits erwähnt worden sind, sind ein deutliches Zeichen. Der Gesamtetat für die Hochschulen betrug 964 Millionen €. Im Jahr 1999 begann dann der große Aufbau der Hochschulen unter der ersten neuen Regierung Koch/Wagner. Heute haben wir über 2.200 Millionen € im Wissenschaftsbereich – das kann man den 964 Millionen € so schön gegenüberstellen –, davon gehen über 2.000 Millionen € an die Hochschulen.

Das sind im Übrigen viel mehr als nur die Grundmittel im Hochschulpakt, die Sie erwähnen. Ja, der Hochschulpakt hat rund 1,42 Milliarden €. Das ist der zweithöchste Betrag, den wir je im Land Hessen hatten. Dazu haben wir zusätzlich noch die QSL-Mittel von 92 Millionen €. Die hatten wir 1998 auch nicht. Wir haben den Hochschulpakt 2020 mit rund 150 Millionen € – das hatten wir damals auch nicht –, im Übrigen zur Hälfte kofinanziert vom Land Hessen. Die Hochschulbaumittel betragen 436 Millionen € im letzten Jahr, 315 Millionen € in diesem Jahr. Das sind zusammen rund 750 Millionen €.

(Florian Rentsch (FDP): Aha!)

Damit bauen wir den Sanierungsstau ab, den Sie in den Jahren Ihrer Regierungszeit geschaffen haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Günter Rudolph (SPD): Ich kann mich gar nicht mehr erinnern! Das ist schon so lange her!)

Sie sehen, der Wissenschaftsstandort Hessen ist heute besser finanziert denn je. Sie sehen auch, dass unter Schwarz-Gelb Wissenschaft stets eine höhere Priorität in diesem Lande Hessen hatte als unter Rot oder Grün.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Grumbach, deshalb muss ich schlicht sagen: Es ist ein bisschen sonderbar, wenn gerade diejenigen, die in ihrer Regierungszeit regelmäßig die Axt an die Hochschulbildung gelegt haben, sich heute beim Förster beschweren, dass die Aufforstung nicht schnell genug geht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Aber da ich weiß, dass Sie die historischen Ausflüge nicht gerne haben, schauen wir doch einmal aktuell auf andere Länder in Deutschland, wo die SPD regiert. Ich bin in meiner letzten Rede schon auf Brandenburg eingegangen – ich glaube, die LINKEN regieren dort mit –, wo man ganz am Schluss ist bei den Mitteln pro Einwohner. Bei den Mitteln pro Student ist man auch relativ weit hinten. Jetzt behauptet man dort noch einmal, dass man den Hochschulen Priorität einräumt, hat aber den Wissenschaftsetat um 5 % gesenkt, während wir ihn um ungefähr 5 % angehoben haben. Das ist Realität.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

In Nordrhein-Westfalen wird von Forschungspolitik überhaupt nicht mehr geredet. Wenn überhaupt, ist es nur noch das Thema Lehre. Dort ist man auf diesem Auge blind geworden.

Meine Damen und Herren von der SPD, in Hamburg regieren Sie jetzt mit absoluter Mehrheit. Da heißt es, dass der Gesamthochschuletat im Durchschnitt um maximal 0,88 % steigen darf. Wir haben hier 5 %. Das ist ungefähr das Sechsfache an Steigerung.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich habe aus dem Pressespiegel der Hamburgischen Bürgerschaft interessante Berichte vorliegen. Da steht z. B. in der Überschrift: „Hochschul-Chefs schlagen Alarm – Präsidenten befürchten einen massiven Abbau von Studienplätzen“. Dann heißt es, dass die Hochschulen gezwungen seien, ähnliche Verträge zu unterschreiben – ich denke an das, was hier angebliche Erpressung genannt wurde – wie beim Hochschulpakt. Darunter steht schön, dass ab 2014 mehr als 8 Millionen € jährlich allein für eine Hochschule fehlen.

In einem Kommentar schreibt die „Welt“ vom 26.01. unter der Überschrift „Abstieg ins Mittelmaß“:

... Dorothee Stapelfeldt forderte als Oppositionspolitikerin lautstark eine Besserstellung der Hochschulen

– Herr Grumbach, das ist ganz ähnlich wie in Ihrer Rede – und zeichnet sich seit ihrem Start als SPD-Wissenschaftssenatorin kaum als Retterin aus.

Genau so ist es.

(Wolfgang Greilich (FDP): Der Unterschied ist, dass er hier nicht regieren wird!)

– Wir werden dafür sorgen, dass das auch weiterhin so bleibt.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit kommen wir zu den weiteren Fakten in Hessen. Bei den Hochschulausgaben pro Einwohner, die Sie mehrfach zitiert haben, liegen wir im Übrigen gemeinsam mit Baden-Württemberg an der Spitze aller Flächenländer; wir haben gerade den Bericht der Hochschulstrukturkommission bekommen. Die Betrachtung pro Einwohner – auch das will ich hier klarmachen – ist ganz wesentlich, weil sie die politische Priorität zeigt, die wir im Landtag und die die Landesregierung tragenden Fraktionen in unserem Haushalt entsprechend setzen. Hier liegen wir deutlich über dem Schnitt. Wir liegen im Übrigen bei den Ausgaben für die Lehre, wo immer behauptet wird, die Lehre würde hier in irgendeiner Form zurückpriorisiert, sogar an der Spitze aller Flächenländer.

Natürlich ist es zutreffend – Herr Grumbach, Sie haben es gesagt –, dass in den letzten zehn Jahren die Studentenzahl in Hessen gestiegen ist. Das ist aufgrund der Tatsache, dass viele Menschen in Hessen Abitur machen. Das wollen wir alle nicht negativ bewerten. Das liegt auch an ganz massiven Wanderungsgewinnen. Was heißen aber Wanderungsgewinne? Das heißt, dass wir attraktive Hochschulen haben und dass wir offensichtlich eine gute Politik machen; denn sonst hätten sich die Studierenden von uns abgewandt. Sie würden dann woandershin gehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Mir ist durchaus bewusst – deswegen sehe ich beide Seiten –, dass für die Hochschulen die Betrachtung pro Studierenden ganz wesentlich ist und der Mittelbedarf natürlich mit der Anzahl der Studierenden steigt, wobei wiederum klar ist, dass er damit nicht absolut linear steigt; denn der Clusterpreis enthält insbesondere für die Universitäten neben den Mitteln für die Lehre auch ganz klar Mittel für die Forschung. Jedem ist klar, dass ein Hochschuldozent, wenn er die doppelte Anzahl von Studierenden hat, zwar mehr, aber nicht automatisch doppelt so viel Forschung machen kann. Insbesondere in Zeiten des Studentenberges gilt es vielmehr, die Grenzkosten zu betrachten. Insoweit ist eine sehr gute und deutliche Finanzierung des Studentenberges vorgesehen.

Das erklärt auch die sich zum Teil verändernden Clusterpreise während des Studentenberges. Man muss aber auch festhalten, dass, selbst wenn man pro Student rechnet, die Mittel seit 1999 weiterhin gestiegen sind. Selbst wenn Sie es inflationsbereinigt sehen, sind wir bis ins Jahr 2010 immer noch deutlich im Plus. Erst zur Spitze des Studentenberges wird sich diese Kurve aufgrund des Grenzkosteneffekts etwas abflachen. Das zeigt: Die Finanzsituation

der hessischen Hochschulen hat sich gegenüber 1999 ganz deutlich und nachhaltig verbessert.

Hinzu kommt etwas, um das viele Hochschulen beneidet werden, nämlich eine Planungssicherheit für fünf Jahre und ein Hochschulpakt in Hessen, um den uns viele Hochschulen in anderen Ländern beneiden. Um es als ein Schlaglicht zu machen: Bei meinem letzten bildungspolitischen Treffen in Berlin bin ich begrüßt worden: Herr Bürger, Sie kommen aus Hessen. Das ist eines der Länder, in denen es den Hochschulen noch wirklich gut geht.

(Lachen der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

So etwas freut uns zu hören.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Sehr wichtig!)

Es zeigt aber auch, auch wenn es stimmt, dass wir in einem Wettbewerb stehen. Wir müssen natürlich auch als Land dafür sorgen, dass dieser Wettbewerb fair bleibt. Damit komme ich zu einem Punkt, der auch ein Punkt in unserem Antrag ist. Grundsätzlich ist es positiv, dass so viele Studierende nach Hessen wollen. Das zeigt, dass wir im Wettbewerb erfolgreich sind.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wir haben ja keine Studiengebühren!)

Aber wenn in Hessen nicht noch mehr Geld pro Studierenden übrig bleibt, dann ist es doch deshalb, weil wir in Hessen so attraktiv sind und offensichtlich von etlichen Studierenden aus anderen Ländern überlaufen werden. Sprich: Was positiv ist, im Wettbewerb eine attraktive Hochschule zu sein, das führt auch zu einer gewissen Problemstellung. Es führt zu einer Benachteiligung erfolgreicher Länder; denn sie tragen ganz alleine die Kosten der Studierenden, die zu ihnen kommen.

Das Ganze hat im Föderalismus ein Risiko; denn die Länder können Geldmittel an dieser Stelle nicht beliebig erhöhen, und sie könnten dann dazu gezwungen sein, was wir auf keinen Fall wollen, Studienbedingungen zu verschlechtern oder gar Plätze zu reduzieren.

Eine Lösung kann es hier nur geben, indem man die Finanzierung insoweit grundsätzlich umbaut, dass mehr das Subjekt, der Studierende, in den Mittelpunkt gestellt wird, dass die Leistung, die an dem Studierenden erbracht wird, in den Mittelpunkt gestellt wird und es deswegen letztlich egal ist, wo der Studierende diese Leistung abrufen, also schlicht das Geld dem Studierenden folgt.

Dieses Prinzip haben wir in Hessen 1999 mit der Regierung Koch/Wagner als Grundprinzip eingeführt. Es ist heute ein Grundprinzip des hessischen Hochschulpaktes, der Grundmittel darin. Wir sollten uns alle dafür einsetzen – wenn das alle Parteien hier im Hause tun würden, hätten wir sicherlich bessere Chancen, dass wir es schnell umsetzen können –, dass wir so etwas auch bundesweit einführen, einen solchen Erfolgsausgleich im Hochschulbereich, damit die erfolgreichen Länder nicht auf den Kosten sitzen bleiben und die Dummen sind.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Damit es klar ist: Es geht uns dabei nicht um einen, wie es Herr Zöllner einmal gesagt hat, reinen Länderfinanzausgleich, wo das Geld in anderen Kanälen versickern mag, sondern es geht darum, dass dieses Geld, das den erfolgreichen Ländern zusätzlich zufließt, ganz zielgerichtet an die Hochschulen geht. Dazu würden wir uns auch ver-

pflichten und, ich hoffe, auch alle anderen Länder, die es entsprechend bekommen.

Der faire Wettbewerb – diesen Aspekt will ich an dieser Stelle erwähnen – besteht nicht nur zwischen den Hochschulen und den Ländern, sondern er sollte klugerweise auch zwischen den unterschiedlichen Trägerschaften bestehen. Deswegen ist es klug – wir tun es im Rahmen der teilweisen Anerkennung von Clusterpreisen –, dass wir den privaten Bereich in eine solche Finanzierung einbeziehen und die Frontstellung aufheben sollten, die wir oft in diesem Hause haben, wo wir private Bereiche nicht als sinnvolle Ergänzung sehen, sondern sie gegeneinander stellen.

Ganz wichtig ist doch der Studierende, der selbst entscheidet, wo er die Leistungen abrufen, der sich selbst nach der Qualität entscheidet und der selbst wählt, welche Modelle, die wir parallel aufrechterhalten werden und wollen, er wählt. Deswegen ist es in jedem Fall klug, unterschiedliche Modelle nebeneinander zu haben und keine ideologischen Grabenkämpfe zu führen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Hier wurde auch das Thema Mensa angesprochen. Herr Grumbach, Sie sind schön darüber hinweggegangen, das seien nur Lappalien und Kleinigkeiten. Ich glaube, für die Lage der Studierenden ist die Mensa ein kleiner Aspekt, ein Baustein, der aber wesentlich ist. Deswegen will ich eine Minute darauf eingehen. Es ist extrem wichtig, dass man als Land für die Studierenden attraktiv ist. Dass das so ist, zeigt deren Zuzug nach Hessen.

Um Hessen attraktiv zu machen, bedarf es unterschiedlicher Schritte. Die Themen Studentenwerke und Mensa sind schon angesprochen worden.

Aber auch die Wohnheimplätze sind ein Thema. Wir wissen, dass es, was die absoluten Zahlen betrifft, Länder gibt, die mehr Wohnheimplätze zur Verfügung stellen. Dorthin kommen aber auch weniger Studenten. Die haben es nicht mit einem solchen Studentenberg wie wir zu tun. An dieser Stelle gehört es auch zur Wahrheit, zu sagen, dass es kaum ein Bundesland gibt, das mehr Wohnheimplätze schafft, als es in Hessen aktuell der Fall ist. Auch das muss an dieser Stelle gesagt werden. Auch dort sind wir auf dem richtigen Weg.

Wir – eine Regierung, die von CDU und FDP getragen wird – haben bundesweit dafür gesorgt, dass es mit dem Deutschlandstipendium ein weiteres Programm gibt, das das BAföG nachhaltig ergänzt, elternunabhängig ist und eine Leistungskomponente einführt. Das ist genau der richtige Weg. Im Übrigen haben wir beim BAföG immer alle Kofinanzierungen geleistet, ohne das Geld an irgendeiner anderen Stelle einzusparen. Schauen Sie sich z. B. einmal das Land Brandenburg an. Dort ist die Kofinanzierung für den Hochschulpakt 2020 nicht durchgesetzt worden.

(Beifall bei der FDP)

Wohin wollen wir? Das ist unser Blick in die Zukunft: Natürlich ist uns die innere Organisation der Hochschulen wichtig. Wir sehen Forschung und Lehre als zwei wichtige und gleichwertige Säulen unserer Hochschullandschaft an. Wenn man einen Blick auf Nordrhein-Westfalen wirft, sieht man, dass unter Rot-Rot-Grün durchaus das eine oder andere aus dem Lot gerät. Unser Ziel ist es jedoch, in beiden Bereichen die höchste Qualität zu erreichen.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Mit dem Programm LOEWE haben wir in der Forschung bereits ein ganz wichtiges Instrument. Dort werden wir auch in Zukunft die Qualität messen und die Leistungen entsprechend honorieren.

Genauso fördern wir auch die Qualität der Lehre. Als Beispiel nenne ich nur die QSL-Mittel. Wir messen die Qualität, und wir honorieren die Leistungen. Die Frau Staatsministerin hat den Lehrpreis erwähnt. Das ist im Übrigen der höchstdotierte Lehrpreis, den es in einem Bundesland gibt.

(Beifall bei der FDP)

Beide Bereiche werden schon heute bei der LOMZ, der leistungsorientierten Mittelzuweisung, berücksichtigt. In der Zukunft werden wir die LOMZ genau in diese Richtung weiterentwickeln und die Kriterien dafür erarbeiten. Eines ist uns nämlich klar: Der Hochschulpakt ist am Ende ein Pakt für die Forschung und ein Pakt für die Lehre, und wir sollten es auf jeden Fall unterlassen, hier einen Gegensatz, auch zwischen unterschiedlichen Hochschulen mit angeblich unterschiedlichen Ausrichtungen, zu konstruieren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ein ganz wichtiger Bereich, der in der Regierungserklärung ebenfalls erwähnt wurde, ist der Technologietransfer. Denken Sie an meine Eingangsworte, wonach Innovation die Umwandlung von Wissen in Geld ist: Ich habe das Wissen, und ich habe die Innovation. – Um beides zu ermöglichen, sollte man die Hochschulen und die Wirtschaft klugerweise miteinander verzahnen. Dies machen wir, sowohl in der Lehre als auch in der Forschung, in unterschiedlichen Bereichen.

Ein Leuchtturm in der Lehre ist das Studium plus. Hierbei werden die Bedürfnisse lokaler Unternehmen einbezogen. Jungen Menschen, die bereits in Unternehmen arbeiten, wird die Chance gegeben, Beruf und Studium miteinander zu verbinden. Die Zusatzkosten, die hierdurch entstehen, werden von den eingebundenen Unternehmen getragen. Dieses Modell, das im Übrigen in Wetzlar seinen Ausgang genommen hat, ist jetzt an ganz viele andere Standorte exportiert worden. Als neue wichtige Standorte möchte ich nur Bad Hersfeld und Waldeck-Frankenberg nennen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Solche Modelle wollen wir in Hessen überall dort schaffen, wo es möglich und gewünscht ist.

Genauso werden wir in der Forschung den Technologietransfer stärken. Wir haben den Technologietransfer bereits in der LOMZ verankert. In den Hochschulen wächst das Bewusstsein dafür, dass der Technologietransfer etwas Wesentliches ist. Wir wollen von dem weg, was Prof. Bullinger, Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, vor einigen Jahren einmal so charakterisiert hat – ich zitiere –:

Erfinden allein nützt nichts. Wir haben in Deutschland viel erfunden, aber nichts daraus gemacht.

Man könnte das Faxgerät und noch einiges andere aufzählen.

(Holger Bellino (CDU): Telefon!)

Genau von diesem Zustand müssen wir wegkommen. Ich glaube, wir sind in Hessen auch auf dem besten Weg, davon wegzukommen. Wir müssen zusehen, dass dem ersten Schritt, den wir getan haben, konsequent weitere folgen.

Aber zum Technologietransfer gehören auch die entsprechende Mentalität und die Offenheit gegenüber neuen Technologien. Man muss neuen Entwicklungen eine Chance geben. Das Glas muss als halb voll betrachtet werden; man darf es nicht immer als halb leer ansehen.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Ganz voll ist besser!)

Sie wissen vielleicht noch, dass die GRÜNEN vor 25 Jahren – das Flugblatt kann ich Ihnen gern zugänglich machen, wenn Sie es nicht mehr haben – die angebliche Aufrüstung der Computer in den Schulen bekämpft haben.

(Wolfgang Greilich (FDP): Schreckliche Vorstellung! – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Al-Wazir, heute bekämpfen die GRÜNEN alle Formen von Gentechnik, im Übrigen auch Pflanzenzüchtungen, die den Ärmsten der Welt bessere Anbaubedingungen bieten und somit helfen könnten, den Hunger zu besiegen.

(Beifall bei der FDP)

Wir wissen – das ist sehr bedauerlich –, dass BASF nun einen Teil seiner Forschung aus Deutschland abzieht. In Deutschland wäre eine verantwortungsvolle Forschung möglich gewesen. Jetzt befindet sich das alles außerhalb unseres Einflussbereichs. Ich finde das extrem schade.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Um es mit dem österreichischen Kabarettisten Qualtinger so schön zu sagen: Wer auf frischen Wind wartet, darf nicht verschnupft sein, wenn er kommt. – Nur wer für das Neue offen ist, bleibt nicht stehen. Deswegen brauchen wir eine Kultur der Offenheit, und wir brauchen eben keine Kultur der Verhinderung und der Verbote.

Damit will ich ein Resümee ziehen. Hessen ist, was die Forschung und die Hochschulen betrifft, ganz hervorragend aufgestellt. Die Forschungsfinanzierung ist hier besser als je zuvor. Sie ist besser, als sie es unter Rot-Grün – hier wie auch in anderen Bundesländern – je war und noch ist.

Wir wissen, dass das Land als Wissensregion im Wettbewerb mit anderen steht. Wir wissen, dass sich der Reichtum des Landes weniger unter unseren Füßen, sondern eher in den Köpfen befindet. Frau Kühne-Hörmann, ich greife Ihr Bild gern auf. Deswegen wollen wir uns in diesem Wettbewerb bewähren. Wir sind zuversichtlich, dass wir in diesem Wettbewerb nach vorne kommen. Aber wir werden auch darauf achten, dass dieser Wettbewerb an jeder Stelle fair durchgeführt wird. Der Baustein „Geld folgt Student“ ist wichtig, um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Hessen ist eine Wissensregion. Aber das Ganze ist so ähnlich wie beim Marathonlauf: Wer in der Spitzengruppe ist – das sind wir –, kann dort nur bestehen, wenn er nicht stehen bleibt. Deswegen müssen wir an dieser Stelle weitere Schritte machen.

Darum nehmen wir Neues an. Wir nehmen es an, indem wir uns an die Kultur des halb vollen und nicht an die des halb leeren Glases halten. Wir geben dem Neuen die entsprechenden Chancen. Wir heißen das Neue willkommen.

Wir freuen uns, dass wir in Hessen eine solche Forschungslandschaft haben. Wir freuen uns auf die Ergebnisse, die aus dieser Forschungslandschaft kommen werden – die Ergebnisse der Grundlagenforschung –, und wir sind zuversichtlich, dass die Innovationen auch einen Schub für den Wohlstand unseres Landes bedeuten, der uns in dieser Spitzengruppe hält. Wir gehen die richtigen Schritte in die Zukunft, damit Hessen dort bleibt, wo es jetzt ist, nämlich vorne. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Dr. Bürger. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt Frau Kollegin Sorge.

#### **Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Frau Ministerin, Sie haben am Ende Ihrer Rede davon gesprochen – einige erinnern sich vielleicht daran, inzwischen ist fast schon eine Stunde vergangen –, dass Sie die Kleinen von großen Fragen überzeugen wollen. Das klingt sehr schön. Ich unterstütze es auch, weil das ein Spruch ist, mit dem sehr gut ausgedrückt wird, wo wir ansetzen müssen, wenn wir den Forschergeist wecken und die Entwicklung von Innovationen unterstützen wollen.

Sie haben es weiterhin so dargestellt, als ob die Landesregierung Erfindergeist, Wissensdrang und Innovation auf ihre Fahnen geschrieben hätte. Ich habe nicht den Eindruck, dass das in der Landesregierung überall der Fall ist. Sie haben nämlich nicht nur das Beispiel mit dem Auto gebracht, sondern auch davon gesprochen, dass Spülmaschinen und Waschmaschinen zu den hervorragenden Innovationen gehörten, von denen wir heute alle Gebrauch machen. In diesem Zusammenhang möchte ich nur ganz kurz an das legendäre Interview des Ministerpräsidenten Bouffier in der „Bild“-Zeitung erinnern, in dem er sagte:

Die Waschmaschine ist ein hochkompliziertes elektrisches Wunderwerk. Das sollte man nicht stören.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Frau Ministerin, ich glaube, es wäre ganz gut, wenn Sie Ihren Kollegen, Herrn Ministerpräsidenten Bouffier, auch im Kleinen von großen Fragen überzeugen könnten. Dann hätten wir nämlich nicht nur einen erkenntnispolitischen, sondern sehr wahrscheinlich auch einen frauenpolitischen Gewinn daraus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Der Herr Kollege Al-Wazir wird wahrscheinlich in Rumpenheim noch mit der Hand waschen.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, ich habe das hier an dem Pult schon öfter gesagt. Wir GRÜNEN loben die steigenden Hochschulmittel. Wir GRÜNEN loben auch das Forschungspro-

gramm LOEWE, und wir loben auch die baulichen Investitionen in die Hochschulen mit dem Programm HEUREKA. Es ist unbestritten, dass LOEWE wichtige Impulse für die Wissenschaft und natürlich auch für die Wirtschaft bringt.

Aber diese Regierungserklärung ist auch irgendwie sehr erstaunlich gewesen. Die Hochschulen sind überfüllt. Die Studierendenzahlen steigen weiter, und die Wissenschaftslandschaft ist seit über zehn Jahren in einem enormen Umbruch. In Hessen warten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die Präsidien der Hochschulen, die Studierenden und alle, die sich für die Wissenschaftslandschaft interessieren, seit Jahren auf die Vorstellung und auf Impulse zu den zahlreichen Herausforderungen im Wissenschaftsbereich.

Wir haben einen wahnsinnigen Studierendenansturm, der weiter steigt. Herr Kollege Grumbach hat auch darauf hingewiesen, dass inzwischen davon auszugehen ist, dass da eben nicht nur ein Studierendenberg ist, der wieder abnehmen wird, sondern dass es neue Prognosen gibt, die davon ausgehen, dass dieser Studierendenberg noch eine ganze Weile weiter ansteigen wird. Wir haben die große Frage nach der Gerechtigkeit in der Hochschulfinanzierung. Wir haben die Umstellung auf Bachelor und Master und damit verbunden die Diskussion um das sogenannte Bulimielernen. Wir haben die Anforderungen der Wirtschaft an die Studierenden und die Diskussion darüber, ob über Bachelor und Master die Studierenden noch so ausgebildet werden, dass sie diesen Anforderungen gerecht werden. Wir haben auch einen Bildungsauftrag von Hochschulen. Wir wollen schließlich verantwortliche Menschen und verantwortliche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ausbilden, die gesellschaftliches Gespür für das haben, was sie tun – siehe Finanzkrise, siehe Ehrenkodex EBS und siehe generell die Herausforderungen dieser Gesellschaft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben neben dem Ansturm der Studierenden auf die Hochschulen eine Diskussion, wie wir das Bildungssystem generell chancengerechter gestalten können. Dazu gehört ganz sicher auch die Frage, wie wir den Zugang zu den Hochschulen weiter chancengerechter gestalten können. Und wir haben natürlich gerade jetzt noch einmal mit der immer weiter steigenden Zunahme an Studierenden die Frage, wie wir bessere Studienbedingungen und eine bessere Lehre unter diesen Bedingungen erreichen können.

Dies alles sind erst einmal im Groben die Herausforderungen in der Wissenschaftslandschaft. Jetzt haben wir die erste Regierungserklärung dieser Ministerin zum Thema Wissenschaftspolitik überhaupt. Sie begnügt sich, obwohl wir alle von diesen Herausforderungen in der Wissenschaftslandschaft wissen, einfach nur mit Eigenlob. Sie begnügt sich mit Eigenlob, statt auf all die grundlegenden Probleme an den hessischen Hochschulen auch nur mit einem kleinen Satz einzugehen. Wir haben zahlreiche Baustellen und Problemlagen, auf die mit wissenschaftspolitischen Konzepten zu reagieren wirklich nötig wäre.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Diese Regierungserklärung der Ministerin hat wieder einmal erschreckend dokumentiert, dass sie meilenweit von der Realität an den hessischen Hochschulen entfernt ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Frau Kühne-Hörmann, den zahlreichen Menschen, die nicht in Exzellenzprogrammen forschen, sondern die in überfüllten Hörsälen oder sogar in Kinos lehren oder lernen oder auch dem wissenschaftlichen Mittelbau, der sich mit immer unsichereren Arbeitsverträgen abfinden muss, diesen Menschen kann diese Regierungserklärung sicher nur wie eine Verblendung und eine Verhöhnung der realen Verhältnisse an den Hochschulen vorkommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verstehen Sie mich nicht falsch. Zu dem Zeitpunkt, zu dem LOEWE erfunden wurde, nämlich in der Hochphase der Exzellenzinitiative – nebenbei erwähnt, weil die Ministerin sich hier so mit Eigenlob bedeckt, wurde es von dem ehemaligen Wissenschaftsminister Udo Corts erfunden –, war das hessische Forschungsprogramm LOEWE eine strategische Antwort auf ein erkanntes Problem. Zu diesem Zeitpunkt war es eine strategisch richtige Antwort. Es war eine gute und nach vorn weisende Antwort.

Das Problem, mit dem wir es heute zu tun haben, ist, dass die Wissenschaftsministerin aus meiner Sicht genau diese Aufgabe, nämlich die Lage an den Hochschulen und der Wissenschaftslandschaft erst einmal genau zu analysieren und dann auf diese Analyse die passende Antwort zu setzen, hier nicht erfüllt hat. Das ist mit dem aktuellen Selbstlobhudeln dieser aktuellen LOEWE-Staffel aus meiner Sicht nicht geschehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Ministerin führt hier einfach eine Idee ihres Vorgängers weiter und erhofft sich dadurch, den gleichen Erfolg, den gleichen Glanz und das gleiche Licht des Leuchturms einzuheimen. Leider aber schaut sie dabei weder rechts noch links an diesem LOEWE-Glanz vorbei auf die realen Entwicklungen an den Hochschulen.

Schauen wir uns die Problemlagen doch noch einmal im Einzelnen an. Wir haben mehr Studierende. Das erzählen wir hier seit Jahren. Inzwischen können es vielleicht einige schon nicht mehr hören. Aber das ist durchaus nach wie vor ein großes Problem, mit dem die Hochschulen zu kämpfen haben. Hier haben wir nicht nur dieses Mehr an Studierenden durch die Umstellung auf G 8 und die teilweise doppelten Jahrgänge sowie durch die Abschaffung der Wehrpflicht, sondern wir haben es generell mit einer gestiegenen Studierneigung zu tun. Das ist im Prinzip auch gut so, weil wir immer wieder sagen – und das ist auch richtig –, dass wir, um wettbewerbsfähig zu sein, in Zukunft – dieses Stichwort hat die Frau Ministerin in ihrer Regierungserklärung auch wiederholt benannt – Innovationen brauchen, in die Köpfe investieren müssen und einfach in Deutschland gut ausgebildete Leute haben müssen, die diese Anforderungen an immer mehr Fachwissen in Arbeit, aber auch in Wissenschaft erfüllen.

Allerdings haben wir hier noch weitere Problemlagen, und zwar durch diese Fülle. Wir hatten schon über Jahrzehnte hinweg eine viel zu geringe Grundfinanzierung der Hochschulen. Dieses Problem haben wir aber nicht nur fortgetragen, sondern dieses Problem hat sich inzwischen vergrößert – und zwar dadurch, dass die Studierendenzahlen extrem gestiegen sind. Wir haben außerdem das Problem, dass wir durch diese Unterfinanzierung am Rande dessen sind, wo man Studierende noch wirklich gut ausbilden kann. Wir müssen uns also dringend Gedanken machen, wie wir gerade durch die Umstellung auf Bache-

lor und Master und eine andere Generation von Studierenden, die durch diese Umstellung auch anders im Studierverhalten erzogen wurde, hier sicherstellen, dass die Qualität nicht abnimmt, sondern im Idealfall sogar gesteigert wird, wie sich Studienbedingungen verbessern lassen und wie wir auch qualitative Verbesserungen didaktisch in der Lehre erreichen.

Wir haben das Ziel, die Abbrecherquoten zu senken. Auch das ist in der Koalitionsvereinbarung der Regierungsfractionen als ein großes Ziel ausgegeben. Wenn wir uns die jüngste Antwort der Landesregierung auf die Anfrage der GRÜNEN einfach noch einmal vergegenwärtigen – ich nehme an, Sie haben sie alle gelesen –, merken wir, dass hier nicht so viele Instrumente Anwendung finden, wie es richtig wäre. Aber gerade dann, wenn wir wenige Mittel haben und diese Mittel so einsetzen müssen, dass sie auch da ankommen, wo sie hingehören, müssen wir uns dringend Gedanken machen, wie wir es hinkriegen, die Abbrecherquoten zu senken. Denn jeder, der ein Studium abbricht, war in erster Linie eine Fehlinvestition. Insofern ist es sehr wohl gut, dass die Landesregierung sich im Koalitionsprogramm dieses Thema auf die Fahnen geschrieben hat. Leider vermisste ich – Herr Dr. Büger, Sie nicken so fleißig – die Handlungen in diesem Bereich, wie Sie das umsetzen wollen. Das Thema haben Sie gut erkannt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir haben das riesige Problem der Zugangschancen. Dieses Problem wird sich sehr wahrscheinlich noch verschärfen, zum einen wegen der Unterfinanzierung der Hochschulen und des Andrangs auf die Hochschulen, zum anderen aber auch wegen der Umstellung auf die Abschlüsse Bachelor und Master. Schon jetzt ist bei den ersten Masterplätzen zu hören, dass nicht alle, die dazu geeignet wären, nach dem Abschluss Bachelor zum Masterstudium wechseln können. Offensichtlich gibt es schon jetzt zu wenige Plätze für die Ausbildung zum Masterabschluss.

Das ist genau das Problem, das wir zu Beginn des Bologna-Prozesses diskutiert haben. Da waren sich alle einig. Durch die Einführung der Abschlüsse Bachelor und Master darf es nicht zu einer Verflachung der Grundausbildung der gesamten Gesellschaft kommen.

Genau dieses Problem haben wir jetzt. Wir müssen dafür sorgen, dass mindestens genauso viele wie früher, die die Abschlüsse Diplom, Master oder adäquate andere Abschlüsse gemacht haben, jetzt Plätze für den Abschluss Master bekommen und dann selbstverständlich auch mit dem Master abschließen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Willi van Ooyen und Janine Wissler (DIE LINKE))

Wir haben aber nicht nur das Problem der Verflachung der Ausbildung. Vielmehr haben wir auch noch ein anderes Problem bei der Ausbildung zum Master. Auch da gibt es erste Studien, die davor warnen, dass das wieder ein Instrument ist, die Chancengleichheit im Bildungssystem zu zementieren.

Es gibt z. B. Untersuchungen, die zeigen, dass es weit weniger Frauen gibt, die nach dem Abschluss Bachelor den Abschluss Master anstreben. Es gibt Untersuchungen, die zeigen, dass es wieder die „üblichen Verdächtigen“ trifft, nämlich die, die aus den sogenannten bildungsfernen

Schichten kommen, die sich mit dem Bachelor begnügen. Da müssen wir als Gesellschaft – das ist nicht allein die Aufgabe der Hessischen Landesregierung, sondern der Gesellschaft – aufpassen, dass wir da nicht wieder strukturelle Instrumente einführen, die dazu führen, dass die üblichen benachteiligten Gruppen weiterhin aufgrund der Strukturen benachteiligt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Gernot Grumbach (SPD) und Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Wir haben einen weiteren großen Themenkomplex, der auch sehr wichtig hinsichtlich der Fragestellung ist, die die Ministerin in der Regierungserklärung angesprochen hat. Dabei geht es um Antworten auf die Frage nach guter Forschung, nach Innovation und nach Ideen zur Lösung der Probleme dieser Welt. Das betrifft also die Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Dabei geht es vor allem darum, die guten Leute an den Hochschulen zu halten, damit sie eine Karriere als Wissenschaftlerin oder Wissenschaftler überhaupt anstreben.

Auch da gibt es das Problem, dass es durch die Umstellung aufgrund des Bologna-Prozesses, also durch die Umstellung auf die Abschlüsse Bachelor und Master, ein anderes Lern- und Lehrverhalten gibt. Viele Menschen, die aufgrund der alten Struktur vielleicht automatisch an der Hochschule geblieben wären, kommen aufgrund des Denkens, fertig werden zu müssen, überhaupt nicht mehr auf den Gedanken, im Wissenschaftsbetrieb zu bleiben. Wir müssen da wirklich aufpassen, dass wir dadurch nicht innovatives Potenzial an die Wirtschaft verlieren. Denn wir müssen als Gesamtgesellschaft ein enormes Interesse daran haben, die guten Köpfe in den Hochschulen zu halten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Willi van Ooyen und Janine Wissler (DIE LINKE))

Ein weiterer Themenkomplex ist die Weiterbildung. Das ist etwas, was immer ein bisschen untergeht. Bei der Umstellung auf die Abschlüsse Bachelor und Master ist das ein breit diskutiertes Feld gewesen. Wir haben gesagt: Es kann für die Entwicklung eines Menschen durchaus gut sein, wenn er erst einmal eine wissenschaftliche Grundausbildung mit dem Abschluss Bachelor macht und dann ins Arbeitsleben geht. Danach kann er beispielsweise den Abschluss Master noch draufsetzen, oder er kann an einer Hochschule einen zusätzlichen Master auf einem anderen Gebiet machen, etwa dem, auf dem er gearbeitet hat. Er kann aber auch über andere Formen der Weiterbildung an die Hochschulen zurückgehen.

Auch diese Form des lebenslangen Lernens hat etwas damit zu tun, wie wir in der internationalen Konkurrenz aufgestellt sind. Dabei geht es ums Wirtschaftliche, aber natürlich auch um die guten Ideen.

Das ist aus meiner Sicht ein riesengroßes Thema, mit dem sich eine Wissenschaftsministerin beschäftigen sollte. Sie sollte da Ideen entwickeln, mit denen sie Antworten auf die Frage hinsichtlich der aktuell nicht stattfindenden Entwicklungen geben sollte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt ein weiteres riesengroßes Thema. Da rollt etwas auf uns zu. Das hat sehr wohl explizit mit LOEWE zu tun. Das betrifft die Arbeitsbedingungen in den Hochschulen. Da geht es um die Arbeitsbedingungen der Wissenschaft-

lerinnen und Wissenschaftler in den Hochschulen unterhalb der Professur.

Die LOEWE-Projekte bieten zwar gute Forschungsbedingungen, aber die LOEWE-Projekte sind genauso wie die Drittmittelprojekte oder andere Forschungsprojekte für eine bestimmte Zeit angesetzt. Sie bieten den Hochschulen keine Verlässlichkeit.

Das führt an den Hochschulen strukturell dazu, dass unser wissenschaftlicher Nachwuchs in immer kürzer befristeten Zeitverträgen hängt. Das betrifft selbst den wissenschaftlichen Nachwuchs, der in den Exzellenzprojekten und den Exzellenzinitiativen der Bundesebene oder auch in den LOEWE-Projekten arbeitet.

Ob das wirklich die Arbeitsbedingungen sind, die dazu führen, dass diese klugen Köpfe, die wir unbedingt fördern und die wir unbedingt in Hessen und in Deutschland halten wollen, sich auch genug wertgeschätzt fühlen, möchte ich doch mit einem sehr großen Fragezeichen versehen. Ich glaube, das ist eines der drängendsten Probleme, mit dem wir uns im Hinblick auf die Innovation und auf gute neue Forschungsideen dringend beschäftigen müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Gernot Grumbach (SPD) und Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Ich habe es eben schon angedeutet. Genau das sind die Probleme bei LOEWE. Genau deswegen habe ich gesagt: Zu der Zeit des Udo Corts war das Programm LOEWE die richtige Antwort. Aber angesichts der momentanen Entwicklung der Hochschulen ist LOEWE, wenn keine anderen zusätzlichen Antworten gegeben werden, die falsche Antwort. Denn LOEWE glänzt zwar, aber daneben wird es immer trüber. Denn der Schein von LOEWE glänzt nicht etwa auf die anderen Bereiche ab, sondern er zieht die Möglichkeit ab, in der breiten Fläche zu schimmern oder zu leuchten.

Das führt also dazu, dass die Arbeitsbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs schlechter werden. LOEWE führt aber auch dazu, dass diese Mittel der Grundfinanzierung der Hochschulen fehlen. Aufgrund der eben beschriebenen Strukturen, dass nämlich immer mehr Menschen an die Hochschulen kommen, zementiert das die Unterfinanzierung der Grundfinanzierung der Hochschulen.

Das bedeutet, nur diejenigen, die sich in Exzellenzprojekten befinden, beispielsweise in LOEWE-Projekten, finden einigermaßen gute Forschungsbedingungen vor. Aber diejenigen, die in anderen Bereichen forschen, müssen mit immer weniger Geld, mit immer mehr Studierenden und mit immer größeren Anforderungen an die Lehre, also mit immer weniger Zeit für ihre Forschungsprojekte, zurechtkommen.

Frau Ministerin, ich glaube, damit geht es genau in die falsche Richtung. Denn wir brauchen überall gut ausgebildete Köpfe. Es muss überall Anreize für Innovationen geben. Das darf es nicht nur in einzelnen Leuchtturmprojekten geben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Gernot Grumbach (SPD), Willi van Ooyen und Janine Wissler (DIE LINKE))

30 Minuten gehen doch schneller vorbei, als ich zu Anfang meiner Rede gedacht habe. Deswegen muss ich meine Rede langsam ein bisschen straffen.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Die einen sehen es so, die anderen so!)

– Das ist aus meiner Sicht so. Aber Sie sitzen noch da und hören fleißig zu. So schlimm kann es also nicht sein.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dr. Müller, ich will Sie nicht quälen. Deswegen fasse ich mich bei dem einen Part kurz, denn den haben wir wirklich schon oft genug erörtert.

Die Kürzung beim Hochschulpakt beträgt 30 Millionen €. Die Ministerin lobt sich immer für den Aufwuchs in Höhe von 20 Millionen €. Aber man muss eines immer dazusagen, damit die Leute das nicht aus dem Gedächtnis verlieren: Zuerst wurde um 30 Millionen € gekürzt, dann wurden wiederum 20 Millionen € draufgelegt. In der Summe ist das aber immer noch eine Kürzung um 10 Millionen €.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Das ist ein bisschen kleinlich! – Weitere Zurufe)

– Herr Klee, es wurde um 30 Millionen € gekürzt. Dann wurden 20 Millionen € draufgelegt. In der Summe sind das 10 Millionen € weniger.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es geht jetzt also um den Hochschulpakt. Herr Dr. Büger, ich sage jetzt etwas, damit auch Sie einmal etwas zum Nachdenken haben. Sie haben den Privatbereich so gelobt und gesagt, das mit der Ideologie ginge Ihnen mehr oder weniger auf den Keks.

Wir haben überhaupt nichts gegen private Angebote in der Wissenschaft. Wir haben auch nichts gegen private Angebote generell bei der Bildung. Vielmehr glauben wir, dass da die Balance richtig gehalten werden muss.

Wir halten es nach wie vor für nicht gerechtfertigt, 30 Millionen € bei den staatlichen Hochschulen zu kürzen und zum gleichen Zeitpunkt den Fachbereich einer einzigen Privathochschule in Höhe von 25 Millionen € zu fördern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Petra Fuhrmann (SPD) und Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Die Machenschaften an der EBS sind nach wie vor nicht letztendlich aufgeklärt. Herr Dr. Büger, der Umgang mit dem Geld an der EBS zeigt uns, dass wir mit unserer Grundskepsis hier wohl auch nicht so ganz falsch gelegen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Gernot Grumbach (SPD) und Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Ich möchte jetzt aber gar nicht auf die großen Zahlen eingehen, sondern noch ein bisschen in die kleineren Verästelungen gehen. Natürlich stimmt es, dass die Hochschulfinanzierung nominal in den letzten Jahren meistens – außer im letzten Jahr, wo um 30 Millionen € gekürzt wurde – gestiegen ist. Aber wenn wir das mit der Anzahl der Studierenden vergleichen, dann stellen wir fest, dass die Clusterpreise, die Preise, die die Hochschulen pro Studierenden in bestimmten Fächern bezahlt bekommen, in den meisten Fächern kontinuierlich Jahr für Jahr sinken.

(Minister Michael Boddenberg reicht der Rednerin ein zu Boden gefallenes Blatt.)

– Vielen Dank. Amtshilfe aus meiner Heimatstadt. Sehr schön.

(Minister Michael Boddenberg: Wir Frankfurter müssen zusammenhalten! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das erste Vernünftige, was er heute macht! – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

– So ist es, Herr Boddenberg.

Selbst die Landesregierung musste in ihren Antworten zugeben, dass die Mittel pro Studierenden nicht im gleichen Maße gestiegen sind wie die Selbstlobhudeleien der Ministerin, sondern im Gegenteil, dass sie in den letzten Jahren bei steigenden Preisen gleich geblieben sind.

Damit Sie das noch einmal aus Ihren eigenen Veröffentlichungen bestätigt bekommen, möchte ich aus dem Bericht der Haushaltsstrukturkommission zitieren. Den hat die Landesregierung gemacht. Danach lagen die Grundmittel im Jahre 2006 pro Studentin oder Student in Hessen bei 8.451 €, der Durchschnitt der Westflächenländer bei 8.874 €. Das heißt, in Hessen wurden pro Studierenden 423,40 € weniger ausgegeben als in den anderen westlichen Flächenländern. Es wäre ganz gut, wenn Sie das noch einmal wahrnehmen würden. Denn bei der ganzen Selbstlobhudelei bei der Regierungserklärung habe ich manchmal das Gefühl, Sie glauben schon selbst dran. Das ist aber einfach nicht wahr.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Da das Jahr 2006 schon eine Weile her ist, lese ich auch die Zahl aus dem Jahr 2009 vor. Im Jahre 2009 wurden im Lande Hessen 6.760 € pro Studierender oder Studierenden ausgegeben, in den Flächenländern 7.400 €. Das heißt, im Vergleich zu 2006 ist ein zusätzliches Minus von 423 € pro Studierenden in Hessen dazugekommen.

Ich verstehe, dass es ein bisschen schwierig ist, wenn man die Zahlen nicht vor sich hat. Aber alles in allem sollten Sie sich merken: Die Mittel pro Studierenden steigen nicht, sondern lediglich die nominalen Mittel des gesamten Haushalts steigen.

Herr Dr. Büger, weil Sie hier seit Neuestem nicht nur auf die Zeit vor 1999 zurückgreifen, sondern sogar auf 1970,

(Petra Fuhrmann (SPD): Ui!)

lassen Sie es sich von mir gesagt sein: Das will da draußen an den Hochschulen, da draußen in Hessen keiner hören. Ehrlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Ich persönlich war zwar, allerdings gerade so, 1970 schon geboren, aber mein Fraktionsvorsitzender beispielsweise nicht, Frau Kollegin Dorn auch nicht, und meine Partei auch nicht.

(Zuruf des Abg. Horst Klee (CDU))

Herr Dr. Büger, insofern ist das wirklich absurd. Ich glaube, dass wir in der Wissenschaft von diesem Spiel wegkommen müssen: wir und ihr und die da und Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ...

(Zuruf des Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

Denn wir haben es hier wirklich mit massiven Problemen zu tun, die unsere Zukunft betreffen.

Ich habe schon mehrfach von diesem Pult aus gesagt, dass ich neidlos anerkenne, dass die Ausgaben gestiegen sind, sowohl die nominalen Ausgaben als auch die Ausgaben für HEUREKA, als auch die Ausgaben für LOEWE. Aber ich fände es wirklich ganz gut, wenn Sie endlich auch einmal anerkennen würden, dass das zwar eine Riesenanstrengung ist, dass es aber eben nicht reicht, wenn die Mittel pro Studierenden nicht steigen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Horst Klee (CDU): Es reicht nie!)

– Ja, es reicht nie. Das ist uns auch klar. Auch uns ist klar, dass wir das Geld nicht backen können. – Nichtsdestotrotz, wenn die Frau Ministerin hier eine Regierungserklärung hält und von innovativen Köpfen spricht, von Forscherdrang, von Wissensdurst, dann muss man von dieser Wissenschaftsministerin doch auch erwarten können, dass sie auf die Probleme schaut, die an den Hochschulen existieren. Man muss erwarten können, dass sie die Grundfinanzierung der Hochschulen, die seit Jahren zu gering ist, immerhin problematisiert, sie den Ausgaben für LOEWE gegenüberstellt und sich überlegt, ob die Entscheidung in dieser Art und Weise in der heutigen Zeit in die richtige Richtung geht, wo wir immer mehr Studierende gut ausbilden wollen, oder ob wir, wenn wir die Grundfinanzierung erhöhen, wenn wir mehr in der Breite finanzieren, viel mehr Köpfe erreichen, die über diese Finanzierung Innovation, Erfindergeist und neue Ideen entwickeln können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Das ist genau das Problem. Meine Damen und Herren, wenn LOEWE nicht mit der Erhöhung der Grundfinanzierung einhergeht, dann ist LOEWE kontraproduktiv.

(Dr. Matthias Büger (FDP): Ach!)

Was ich Ihnen vorwerfe, insbesondere der Ministerin – aber auch die Regierungsfractionen sind weit vor, irgendwelche Antworten zu geben –, ist, dass sie sich mit den Problemen, mit denen sich alle Leute all die Jahre beschäftigen – Sie brauchen nur jeden Tag die Zeitung aufzuschlagen –, überhaupt nicht beschäftigt.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel aus Ihrem Antrag. In Punkt 7 fordern Sie auf einmal, in Verhandlungen mit dem Bund zu einem „finanziellen Ausgleich im Hochschulbereich“ zu kommen und „die finanziellen Lasten für Hochschulbildung bundesweit gerecht zu verteilen“. – Das ist irgendwie süß. Seit 1999 regieren Sie. Da hatten Sie schon über ein Jahrzehnt Zeit. Oder? Was haben Sie da so gemacht? Ich persönlich bin schon länger im Parlament als Sie, Herr Dr. Büger. Ich kann mich daran erinnern, dass der frühere Ministerpräsident Roland Koch ein ziemliches Theater im Bundesrat gemacht hat, als es darum ging, ob sich der Bund an der Bildung beteiligt.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

Es kann doch wirklich nicht wahr sein, dass Sie selbst mit den Stimmen des Landes Hessen dafür Sorge getragen haben, dass der Bund eben nicht gemeinsam mit den Ländern in die Bildung investieren kann, und Sie dann hier in einem Antrag fordern, dass es einen Ausgleich zwischen Bund und Ländern gibt. Außer dass Sie verhindern, dass es eine Zusammenarbeit gibt, haben Sie in den letzten Jahren Ihrer Regierungszeit keinen Millimeter dafür getan.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Die FDP ist da gar nicht der richtige Ansprechpartner. Das ist eigentlich eher die CDU. Hier würde mich schon einmal die Position der Ministerin interessieren. Denn gerade in jüngster Zeit erleben wir, dass nicht nur die SPD, sondern auch Bundesbildungsministerin Schavan lernfähig ist. Eine solche Lernfähigkeit würde mich bei unserer hessischen Wissenschaftsministerin sehr erfreuen.

Aber es ist nicht nur so, dass sie nicht lernfähig ist. Ich persönlich kenne die Position unserer hessischen Ministerin zu dieser Fragestellung überhaupt nicht. Dazu hat sie noch nie irgendetwas gesagt. Frau Kühne-Hörmann, es wäre also schön, wenn Sie sich zur Frage der Föderalismusreform einmal äußern würden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Ein Letztes noch. Es gibt einen Verdacht. Diesen Verdacht hatten wir spätestens seit dem Haushaltsplan für das Jahr 2012, wo eine halbe Million Euro für die Werbemittel für das LOEWE-Programm ausgegeben werden sollen.

(Zurufe der Abg. Horst Klee und Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Kollegin Sorge, Sie hatten vorhin recht, als Sie sagten, auch 30 Minuten gingen einmal zu Ende. Sogar 31 Minuten gehen einmal zu Ende. Das ist jetzt der Fall. Kommen Sie bitte zum Schluss.

#### **Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich bemühe mich, das Argument in zwei Sätzen zu Ende zu bringen.

(Zuruf des Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

Auf jeden Fall ist es so, dass diese halbe Million Euro offensichtlich nicht ausreichen, sondern uns aus den Hochschulen die Nachricht erreicht, dass die Hochschulen jetzt auch noch die Daumenschrauben angelegt bekommen, zu dieser Wahlkampffinanzierung, wie ich es nennen mag, einen eigenen Obolus zu leisten.

Das finde ich ein wirklich starkes Stück. Frau Kühne-Hörmann, kümmern Sie sich endlich einmal um die Probleme an den Hochschulen, geben Sie Antworten auf diese Probleme an den Hochschulen, anstatt sich hier einfach für das – nach allem, was ich Ihnen aufgezeigt habe, strukturell auch noch in die falsche Richtung gehende – LOEWE-Programm selbst zu loben. Hier bleiben die Aufgaben weit größer als das, was Sie heute vorgetragen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Sorge. – Als Nächste wird Frau Kollegin Wissler für die Fraktion DIE LINKE zu uns sprechen.

**Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt zweifellos genug Gründe für eine Regierungserklärung der Wissenschaftsministerin; denn die Hochschulen in Hessen platzen aufgrund des Ansturms von Studierenden aus allen Nähten, in vielen Städten herrscht Wohnungsmangel unter Studierenden, und die Arbeitsbedingungen an den hessischen Hochschulen werden immer schlechter. Angesichts dieser schwierigen Situation gäbe es also genug Gründe für diese Regierungserklärung. Es gäbe auch mehr als genug Fragen, die seitens der Ministerin zu beantworten wären.

Aber – und das ist das Problem – zu all diesen drängenden Problemen haben Sie leider nichts gesagt, Frau Ministerin. Anstatt die realen Probleme der hessischen Hochschulen im Landtag zu thematisieren, loben Sie sich für Ihre völlig verfehlte Politik, und dafür bekommen Sie noch Applaus von den Regierungsfractionen. Dieser Beifall ist angesichts der Situation an den Hochschulen völlig unangebracht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben hier ein Bild gezeichnet bekommen, das mit der realen Situation wenig bis gar nichts zu tun hat. Im Vergleich zu Ihrer Regierungserklärung wird jede Fantasy-Saga zum Dokumentarfilm; denn wenn man Ihnen Glauben schenken würde, gäbe es in der Wissenschaftslandschaft Hessens nur Höhepunkte.

Nach all den Skandalen der letzten Zeit – wie etwa der „kreativen“ Buchführung bei der Privatuni EBS, in die die Landesregierung zig Millionen Euro an Steuergeldern versenkt hat, der in Teilen verfassungswidrigen Privatisierung des Uniklinikums Gießen und Marburg und dem bis heute nicht realisierten, aber bei eben dieser Privatisierung versprochenen Partikeltherapiezentrum –, nach all der Kritik und den Notrufen aus den Hochschulen des Landes präsentieren Sie hier ein Ausmaß von Realitätsverleugnung, das wirklich seinesgleichen sucht, Frau Ministerin.

(Beifall bei der LINKEN – Horst Klee (CDU): Ach du lieber Gott!)

Statt konkrete Lösungsansätze anzubieten, philosophieren Sie darüber, was wäre, wenn die Landesregierung dieses oder jenes nicht getan hätte, anstatt über das zu sprechen, was jetzt ist. Eine Regierungserklärung, die in weiten Teilen im Konjunktiv vorgetragen wird, ist überhaupt nicht brauchbar und nur Ausdruck hochschulpolitischen Versagens. Das ist keine Regierungserklärung, sondern allenfalls eine Regierungsvermutung.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

Zu Beginn Ihrer Ausführungen haben Sie den Schriftsteller Mark Twain zitiert. Von ihm stammt auch der Satz: „Tatsachen muss man kennen, bevor man sie verdrehen kann.“ Bei Ihnen frage ich mich in der Tat, ob Sie die Tatsachen nicht kennen oder sie nicht wahrhaben wollen, Frau Ministerin. Deshalb meine immer wiederholte Empfehlung an Sie: Besuchen Sie doch einmal eine hessische Hochschule. Schauen Sie sich die überfüllten Hörsäle und Bibliotheken an. Dann würden Ihre Ausführungen vielleicht etwas weniger vollmundig ausfallen, als es heute der Fall war.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sprachen davon, dass die Autonomie, die Sie den Hochschulen gegeben hätten, zu mehr Selbstbewusstsein

und Eigenverantwortung geführt habe, Frau Ministerin. Auch das ist blanker Hohn, wenn man bedenkt, wie Sie mit den Hochschulpräsidenten umgegangen sind, als es um den Hochschulpakt ging. Sie haben doch demonstriert, dass es sich dabei um eine reine Scheinautonomie handelt. Sie haben den Hochschulpräsidenten, die sich gegen die Mittelkürzungen gewehrt haben und die sich zuerst weigerten, den Hochschulpakt zu unterschreiben, mit weiteren Kürzungen gedroht. Damit haben Sie die Unterschriften der Präsidentinnen und Präsidenten geradezu erzwungen. Sie reden von Selbstbewusstsein und Eigenverantwortung, behandeln die Hochschulen aber nach Gutsherrenart; das ist Ihr Problem, Frau Ministerin.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch in dieser Regierungserklärung: kein einziges Wort zu der Kritik, die Ihre Politik gerade bei den Hochschulen hervorgerufen hat. Nehmen Sie die Kritik doch wenigstens zur Kenntnis. Nehmen Sie wenigstens zur Kenntnis, was von den besorgten Fachhochschul- und Universitätspräsidenten in diesem Land immer wieder vorgetragen wird.

Ihr Hochschulpakt ist ein Hochschulabbaupakt. Es wurde nicht nur in der Grundfinanzierung gekürzt, sondern es wurden zusätzlich 20 Millionen € aus der Grundfinanzierung in das Erfolgsbudget verlagert. Frau Ministerin, wenn Sie die Forschung fördern wollen – was wir begrüßen würden –, dann müssen Sie auch zusätzliche Mittel bereitstellen. Aber Sie können nicht die Mittel bei der Lehre kürzen, schon gar nicht in einer Zeit, in der wir in Hessen ein Rekordniveau an Studierenden haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Ihre Politik der Unterfinanzierung beschneidet die Bildungschancen junger Menschen. Die Masse der Studierenden soll im Schnellverfahren durch die Hochschulen gejagt werden. Die Studiengänge wurden auf ein Kurzzeitstudium mit Bachelorabschluss komprimiert. Nur für eine Minderheit gibt es die Möglichkeit eines Masterabschlusses.

Zum Bologna-Prozess, zur Überlastung vieler Studierender durch den dichten Prüfungsrhythmus, zu den Schwierigkeiten bei der Umstellung auf Bachelor und Master, zu dem Mangel an Masterstudienplätzen – zu all dem haben Sie nichts gesagt, Frau Ministerin. Es reicht eben nicht, einen „Kummerkasten Bologna“ einzurichten und das Thema danach ad acta zu legen.

In den nächsten Jahren werden die Studierendenzahlen dramatisch ansteigen. Alle bisherigen Voraussagen sind immer wieder übertroffen worden. Schon jetzt ist klar, dass die Hochschulen im Herbst mit den doppelten hessischen Abiturjahrgängen einen erneuten Ansturm erleben werden. Ihre Zahlen der zu erwartenden Studienbewerber beruhen nicht auf realistischen Berechnungen, sondern allein auf der Hoffnung, es möge doch nicht so dicke kommen.

Sie loben die Hochschulen noch dafür, dass sie doppelt so viele Studierende wie eigentlich vereinbart ausbilden. Die Hochschulen tun in der Tat alles, um diese Situation aufzufangen und möglichst viele Studierende möglichst gut auszubilden. Aber statt die Hochschulen zu unterstützen, kürzen Sie ihnen die Mittel, Frau Ministerin. Das muss zwangsläufig zulasten der Ausbildungsqualität, zulasten der Beschäftigten und zulasten der Studierenden gehen.

Dieser Studierendenberg wird sich nicht untertunneln lassen. Wir reden mindestens über die nächsten acht bis zehn

Jahre. Jetzt müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, um die Studierquote langfristig zu erhöhen und diese Studienplätze auch auszufinanzieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Hochschulen sind strukturell unterfinanziert. Sie sprechen vom zweithöchsten Hochschulbudget aller Zeiten, verschweigen aber, dass es heute auch so viele Studierende gibt wie nie zuvor in der Geschichte Hessens, Frau Ministerin. Die von Ihnen vorgetragene absolute Zahl bestreitet auch keiner. Entscheidender aber ist, wie sich die Mittel pro Studierenden entwickeln, und diese sinken. Die genauen Zahlen dazu liegen vor, jeder kann sie sich im Haushalt des Wissenschaftsministeriums ansehen. Dort ist nachlesbar, dass die Grundfinanzierung der Studienplätze gerade einmal für die Hälfte der Studienplätze ausreicht, aber nicht für alle Studienplätze.

Diese Entwicklung wollen Sie übertünchen, indem Sie die Hochschulfinanzierung in schön klingende kleine Teilbereiche aufspalten, wie etwa das LOEWE-Programm zur Forschungsförderung und HEUREKA für den Hochschulbau. Aber Ihre Wissenschaftspolitik hat mit sozialer und Bildungsgerechtigkeit nichts zu tun, Frau Ministerin; denn auch jetzt ist klar, dass mit der durch Ihre Politik ausgelösten Mangelsituation diejenigen am leichtesten zurecht kommen, die einen entsprechenden ökonomischen Hintergrund haben, und diejenigen das größte Problem haben, die ohnehin schon unter größten Schwierigkeiten überhaupt an die Hochschulen gekommen sind. Deshalb ist Ihre Politik zutiefst sozial selektiv, und sie führt nicht dazu, dass mehr Menschen aus einkommensschwachen Familien den Weg an die Hochschulen oder gar den erfolgreichen Abschluss eines Studiums schaffen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie feiern sich für das Exzellenzprogramm des Landes, für LOEWE. Was ist LOEWE? – Ich finde, das hat Herr Prof. Frenking von der Universität Marburg anlässlich der Demonstration gegen den Hochschulpakt einmal sehr treffend beantwortet. Herr Frenking sagte, wenn sich die Landesregierung mit LOEWE brüste, sei das ungefähr so, als wenn man 1.000 Hungernden erkläre, fünf von ihnen dürften gleich in ein Dreisternerrestaurant. – Ich finde, das trifft es ganz gut, weil es nämlich zeigt, dass die Mehrheit erst einmal überhaupt nichts von LOEWE hat. Bei LOEWE gilt: Wer hat, dem wird gegeben. Und so sehen wir, dass das LOEWE-Programm vor allen Dingen immer stärker eine Konzentration fördert.

Die von Ihnen ausgeschauten Exzellenzuniversitäten wie Frankfurt und Darmstadt ziehen das Gros der Förderung an sich. Dahinter bleiben dann die anderen Hochschulstandorte zurück, vor allem die Fachhochschulen und gänzlich die Kunsthochschulen. Die haben nämlich überhaupt nichts von LOEWE. Die einen werden aufgewertet, die anderen werden abgewertet – mit gewaltigen Folgen für ihre Ausstattung. Es ist in Hessen so, wie es in dem Bibelzitat heißt: „Wer aber nichts hat, von dem wird auch genommen, was er hat.“

Die einzelnen Forschungsprojekte aus dem LOEWE-Programm werden sicher wichtige Resultate hervorbringen, die Grundlagenforschung voranbringen und auch wirtschaftliche Innovationen anregen. Unsere Kritik an der Forschungspolitik, wie sie die Ministerin betreibt, bezieht sich ausdrücklich nicht auf die Forscherinnen und Forscher mit ihren zahlreichen und oftmals sehr beeindruckenden Projekten. Da können wir ihnen nur viel Er-

folg bei der Realisierung wünschen. Aber die Förderung einer Reihe exzellenter Forschungsvorhaben gleicht Ihre gescheiterte Wissenschafts- und Hochschulpolitik nicht aus.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will es klar sagen: Wir halten die Förderung von unabhängiger Forschung für dringend notwendig. Frau Ministerin, deshalb wäre es eigentlich einmal ganz interessant, über den Programmbeirat von LOEWE zu sprechen und darüber, wie er besetzt ist. Ich habe mir das angeschaut. Außer Wissenschaftlern sind darin nur Siemens und die Deutsche Bank vertreten – warum eigentlich?

Frau Ministerin, Sie verkünden, dass Hessen sich als „Schaufensterregion Elektromobilität“ bewerben will. Das versinnbildlicht Ihre Hochschulpolitik: Sie schmücken das Schaufenster, damit die Fassade gut aussieht, aber die Regale im Inneren werden immer leerer und leerer.

(Zuruf des Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

– Herr Müller, wenn Sie die Hochschulpolitik der Ministerin mit der Hochschulpolitik in der DDR vergleichen wollen, dann ist das Ihre Sache. Ich wäre jetzt nicht so weit gegangen. Aber wenn Sie meinen, dass es da Ähnlichkeiten gibt, dann wird es schon stimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

In jedem Fall kann man sagen, wir haben in den hessischen Hochschulen Mangelverwaltung. Von daher gibt es sicherlich eine Parallele zur DDR.

Frau Ministerin, wenn Ihnen die Energiewende, der Klimaschutz und die Forschungen in diesem Bereich so am Herzen liegen, wie Sie es in Ihrer Rede dargestellt haben, dann frage ich mich, warum die Landesregierung in ihrer Energiepolitik nicht vielleicht ab und zu einmal auf die ganzen Forscherinnen und Forscher hört und ein paar praktische Vorschläge umsetzt. In der Regel ignorieren Sie Klimaforscherinnen und Klimaforscher leider.

Frau Ministerin, wenn LOEWE wirklich so erfolgreich ist, wie Sie sagen, dann frage ich mich schon, warum Sie 500.000 € für eine Werbekampagne ausgeben müssen. Das ist immerhin eine halbe Million. Die Hochschulen brauchen in dieser Situation sicher keine Werbeposter und keine Hochglanzbroschüren. Am Ende wird sich nur die Landesregierung darstellen. Aber wenn dieses Programm so erfolgreich wäre, müssten Sie es nicht aufwendig und mit viel Geld bewerben.

Dieses Geld wäre woanders viel besser eingesetzt. Sie müssten es einsetzen, um wirkliche Probleme zu lösen, und nicht, um diese Illusion zu schüren, an den hessischen Hochschulen würde alles ganz gut aussehen. Mit der Hervorhebung dieser sogenannten Leuchtturmprojekte versuchen Sie, den Eindruck zu erwecken, es gehe den Hochschulen heute so gut wie noch nie.

Frau Ministerin, eigentlich soll ein Leuchtturm an der Küste den Schiffen den Weg weisen. Ihre Leuchttürme hingegen sollen dazu dienen, die Menschen zu blenden.

Bemerkenswert ist auch, dass in Ihrer ganzen Regierungserklärung kein einziges Wort über die European Business School gefallen ist – kein einziges Wort über den großen Leuchtturm, den wir in Hessen haben. Sonst loben Sie sich doch für jeden Cent, den Sie irgendwo ausgeben, als hätten Sie ihn aus Ihrer Privatschatulle genommen.

Aber dass Sie 24 Millionen € für die EBS ausgegeben haben, lassen Sie heute einfach unter den Tisch fallen. Daraus schließe ich, dass nicht einmal mehr Sie sie als Ruhmesblatt Ihrer Regierung bezeichnen. Deshalb wiederhole ich meine Forderung, dass die Förderung der EBS fort und vollständig eingestellt werden muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das LOEWE-Programm ist ein hessischer Beitrag zur Verdrittmittelung der Hochschulen bei einer immer weniger ausreichenden Grundfinanzierung. Dabei wird auch die Hierarchisierung der Hochschulen vorangetrieben, sowohl zwischen den Hochschulen als auch im Innern. Das erlaubt nämlich, die Kosten zu senken. Wir erleben, dass ein wachsender Teil der wissenschaftlichen Arbeit an den Hochschulen – und dazu gehört vor allem die Lehre – dem Mittelbau aufgetragen wird. Denn der Mittelbau bietet einen Vorteil: Er ist weitgehend nur mit befristeten Arbeitsverträgen zu versehen.

Das heißt, nach der Erledigung des konkreten Auftrags ist er kein Kostenfaktor mehr, wie man das betriebswirtschaftlich ausdrücken würde. Es ist natürlich auch so, dass sich der Mittelbau leichter disziplinieren lässt, wenn es darauf ankommt. Dieser Prozess der Verschlechterung der Lage des Mittelbaus hat sich in den letzten Jahren durch eine Reihe von politischen Vorgaben verschärft, wie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft das immer wieder aufzeigt.

Die Zeitschrift des Deutschen Hochschullehrerverbandes „Forschung & Lehre“ hat das in einer Grafik deutlich gemacht, die ich Ihnen gerne zeigen möchte. In diesem Fall ist es anders als im realen Leben so, dass rot schlecht ist.

(Die Rednerin hält eine Grafik hoch.)

Im Vergleichsjahr 2009 sind an deutschen Hochschulen 68 % der Stellen befristet – das ist der große rote Balken. In Frankreich waren es nur 27 %, in Großbritannien 28 % und in den USA 17 %. Diese Grafik zeigt, wie problematisch die Situation an den Hochschulen ist, dass wir nämlich zunehmend befristete Verträge haben und Deutschland bei den Hochschulen Ausreißer im internationalen Vergleich ist.

Frau Ministerin, wenn Sie von „attraktiven Arbeitsplätzen“ reden, die Sie an den Hochschulen sehen, dann muss man sagen, dass es doch gerade die Arbeitsbedingungen sind, die qualitativ immer schlechter werden, und zwar gerade durch die Drittmittelprojekte. Ich will noch eine Zahl nennen. Bei den Drittmittelprojekten sind nur noch 3 % der Stellen unbefristet. Das heißt, die ohnehin schon schlechte Situation wird durch Drittmittelprojekte noch schlechter. Das Problem ist, dass es keine dauerhaften Strukturen gibt. Es sind immer kurzfristige Projekte.

Viele junge Akademikerinnen und Akademiker sind in der Situation, dass sie irgendwann Mitte oder Ende 30 sind, dass sie eine lange Ausbildung hinter sich haben, aber ohne verlässliche berufliche Perspektive. Das sind hoch qualifizierte Menschen, die eine lange Ausbildungszeit gehabt haben und immer noch nicht wissen, ob sie in den nächsten fünf Jahren einen festen Job haben. Die Menschen haben überhaupt keine Planungsmöglichkeiten. Sie können keine Familien gründen. Sie können nicht einmal einen Kredit aufnehmen. Ihre gesamte Lebenssituation ist völlig unplanbar.

Ich befürchte, wenn das so weitergeht und die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen nicht besser und nicht

langfristiger werden, dann wird es dazu kommen, dass eine ganze Generation junger Wissenschaftler den Hochschulen verloren geht. Die werden dann zwangsläufig irgendwo anders hingehen und nicht an den Hochschulen bleiben.

Es gab im letzten Jahr eine sehr gute Tagung der GEW zu diesem Thema. Dort waren die hochschulpolitischen Sprecher aller fünf Fraktionen im Hessischen Landtag eingeladen.

(Alexander Bauer (CDU): Was?)

– Herr Bauer, Sie brauchen sich nicht zu wundern, die CDU war nicht da. Alle Vertreter waren eingeladen. Alle hochschulpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen waren da, Ihrer hat gefehlt. Herr Müller hat leider auch keine Vertretung organisiert. Deshalb waren Sie nicht anwesend. Deswegen ist diese Problematik vielleicht für Ihre Fraktion vollkommen neu. Sie können Herrn Paulus fragen, der zumindest die Hälfte der Veranstaltung anwesend war.

In dieser Veranstaltung haben junge Akademikerinnen und Akademiker geschildert, wie schwierig die Situation ist, wenn man immer nur befristete Verträge hat, wenn man in Projekten ist, die über Drittmittel finanziert sind, und keine Ahnung hat, wie man in den nächsten Jahren eine berufliche Sicherheit findet. Wer schlechte Arbeitsbedingungen an den Hochschulen fördert, der nimmt es in Kauf, dass gute Wissenschaftler nicht an den Hochschulen bleiben.

Frau Ministerin, das sind die Probleme, die angesprochen werden müssen, wenn man sich mit den Perspektiven der sogenannten Exzellenzforschung befasst. Die Politik der Landesregierung hat außer Vertröstungen nichts anzubieten. Auch die unselige Befristungsregelung von Beschäftigungen, die damals noch die rot-grüne Bundesregierung eingeführt hat, hat die unsichere Berufsperspektive im Hochschulbereich enorm ausgeweitet.

Alle Neuerungen wie Juniorprofessuren sind inkonsequent, halbherzig und vor allem unterfinanziert. Die Forschung lebt nun mal von den Forschern. Und die großen Summen, die in den letzten Jahren, egal ob im LOEWE-Programm oder in den vergleichbaren bundesweiten Programmen, ausgeschüttet wurden, können nicht verdecken, dass eine große Anzahl von Forscherinnen und Forschern in prekären Beschäftigungsverhältnissen tätig ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Für meine Fraktion will ich auch anmerken, dass wir im Hochschulbereich Wettbewerb nicht für zielführend halten. Wir halten es nicht für sinnvoll, wenn Hochschulen in Hessen miteinander um Drittmittel konkurrieren. In Hessen haben wir die traurige Situation, dass Hochschulen sogar um staatliche Mittel miteinander konkurrieren.

Wir glauben, dass wir so nicht zu einer regional ausgewogenen Hochschulfinanzierung kommen. Verlierer sind letztlich die Fachhochschulen, aber auch die Hochschulen in den strukturschwachen Gebieten. Wir wollen eine regional ausgewogene Hochschulfinanzierung, die nach politischen Zielsetzungen funktioniert und nicht der Drittmittelwerbung bei der Wirtschaft und bei anderen Drittmittelgebern unterworfen ist. Wir brauchen eine öffentliche Ausfinanzierung von Forschung und Lehre.

Die Verdrittmittelung der Hochschulen führt zu negativen Folgen – auch dazu, dass Forschung und Lehre immer weiter auseinanderdriften und nicht mehr als Einheit be-

griffen werden. Sie führt aber auch dazu, dass es eine wachsende Abhängigkeit der Hochschulen von externen Geldgebern gibt.

Frau Ministerin, Sie haben sich sehr über eine, wie Sie sagten, großzügige Spende von Frau Quandt für die Uniklinik Frankfurt gefreut. Frau Quandt freut sich auch ganz sicher darüber, dass Sie sie in Ihrer Regierungserklärung erwähnen. Denn Frau Quandt spendet nicht nur an die Uniklinik, sondern sie spendet auch sehr viel an CDU und FDP.

Ja, Frau Ministerin, ich bin mit Ihnen der Meinung, dass sich Frau Quandt an der Finanzierung von Forschungsvorhaben beteiligen sollte. Sie ist mit einem Vermögen von fast 10 Milliarden US-Dollar die zweitreichste Frau Deutschlands; nur ihre Tochter ist noch reicher. Mit anderen Worten: Frau Quandt besitzt mehr Vermögen, als alle hessischen Hochschulen innerhalb einer Legislaturperiode zur Verfügung haben.

(Holger Bellino (CDU): Ja, und?)

Ich finde es gut, wenn sich Frau Quandt stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligt. Meine Damen und Herren, deshalb brauchen wir eine Vermögenssteuer, eine Millionärssteuer in Deutschland.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Das hat nämlich einen Vorteil, und zwar kann dann demokratisch über die Verwendung der Mittel entschieden werden, und nicht reiche Geldgeber können einfach entscheiden, wo sie Forschung unterstützen möchten und wo nicht. Denn dann wird man zwangsläufig Forschung in den Bereichen unterstützen, wo es sich letztlich lohnt, wo es sich kommerziell lohnt – in anderen Bereichen aber weniger.

Dass in einer Regierungserklärung überhaupt reichen Spendern für die Finanzierung der Forschung gedankt wird, ist bemerkenswert und, wie ich finde, ziemlich irritierend.

(Wolfgang Greilich (FDP): Dann ist es ja richtig!)

Frau Ministerin, Sie haben große Projektvisionen vorgebracht. Aber es sind und bleiben Projekte. Sie sind kurzfristig angelegt und führen nicht dazu, dass dauerhafte Strukturen und Beschäftigungsverhältnisse entstehen.

Die Hochschulen brauchen eine dauerhafte Finanzierung, um Planungssicherheit zu haben. Sie brauchen eine langfristige Finanzierung, um dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse schaffen zu können. Deshalb muss das Grundbudget erhöht werden, statt ein Projekt nach dem anderen aufzulegen.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Ministerin, Ihre Regierungserklärung ist gekennzeichnet durch viele Einzelbeispiele, aber sie ist ohne Perspektive. Stattdessen reden Sie viele Probleme einfach nur schön – wenn Sie sie überhaupt ansprechen.

Ich will noch etwas zur Wohnungsnot der Studierenden sagen. Es gibt keinen ausreichenden bezahlbaren Wohnraum für Studierende. Zu Beginn jedes Semesters erleben wir regelmäßig die Appelle der Hochschulpräsidenten, die Bürgerinnen und Bürger auffordern, privaten Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Wenn Sie sich jetzt für 1.000 neue Wohnheimplätze loben, die Sie geschaffen haben, dann muss ich Sie leider daran

erinnern, dass Hessen bei den Wohnheimplätzen im unteren Bereich der Bundesländer liegt. Ich habe mir nochmals die Studie des Deutschen Studentenwerks angeschaut: Hinter Hessen liegen nur noch Bremen und Schleswig-Holstein. Wir haben eine Unterbringungsquote von mageren 7 %. Bundesweit liegt der Durchschnitt bei 11,2 %; Spitzenreiter ist Sachsen mit über 14 %. Das heißt: Wir sind da nicht gut, wir sind da gerade einmal halb so gut wie Sachsen. Wir sind auf dem drittletzten Platz.

Wenn Sie sich dafür jetzt feiern, dass Sie anfangen, diesen Rückstand aufzuholen, ist das so, als läge man beim 3.000-m-Lauf weit zurück, legte dann einen Sprint hin und erwartete, dass alle klatschen, wenn man als Letzter ins Ziel kommt, weil man ein bisschen aufgeholt hat.

Deswegen ist es einfach absurd, sich darüber zu freuen. Nehmen Sie die Wohnungsnot ernst. Nehmen Sie die Ängste der Studierenden ernst, und tun Sie endlich etwas. Handeln Sie, und finanzieren Sie die Studentenwerke endlich so, dass auch genügend Wohnheimplätze entstehen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Ministerin, dass Sie dann noch ausgerechnet die privatisierten Unikliniken Gießen und Marburg als Erfolg Ihrer Regierung darstellen, setzt Ihrer Regierungserzählung wirklich die Krone auf.

Wenn Sie behaupten, es sei bei der Privatisierung nur gegen ein kleines Detail verstoßen worden, so zeigt das deutlich, welchen Stellenwert die Beschäftigten der Unikliniken bei Ihnen haben.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Kleine Details!)

Sie haben bei der Privatisierung gegen das Grundgesetz verstoßen. Sie haben ein Grundrecht verletzt. Sie haben die Arbeitnehmerrechte mit Füßen getreten, um die Privatisierung nicht zu gefährden. Das hat das Bundesverfassungsgericht ziemlich deutlich festgestellt.

Frau Ministerin, es passt zu Ihrem sonstigen Verhalten, dass Sie die Beschäftigten für nur ein Detail, für eine Randnotiz halten. Frau Ministerin, das ist wirklich beschämend.

Frau Ministerin, zur hervorragenden medizinischen Versorgung, die Sie hier bejubeln, will ich anmerken, dass sich Ärzte, Patienten, Gewerkschaften, aber auch die Marburger Stadtverordnetenversammlung mittlerweile Sorgen um die medizinische Versorgung machen. Nach der Privatisierung sind die pflegerischen Überlastungsanzeigen gestiegen. Die Patientenversorgung hat sich verschlechtert, und das versprochene Partikeltherapiezentrum ist auch nicht realisiert worden.

Frau Ministerin, die ganze Privatisierung ist kein Erfolg, sondern ein Desaster.

Meine Damen und Herren, wir wollen gute Bildung für alle statt immer neuer Sondertöpfchen für die vermeintliche Elite. Forschung und Lehre gehören zusammen. Das eine darf nicht auf Kosten des andern gehen. Frau Ministerin, Ihre Hochschulpolitik ist nicht LOEWENstark, sondern allenfalls ein aufgeblasener Kugelfisch.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf der Abg. Judith Lannert (CDU))

Frau Ministerin, in einem möchte ich Ihnen recht geben: Eigentlich sollte es selbstverständlich sein, dass eine Landesregierung ein klares Zeichen für Forschung und Wissenschaft setzt. Deshalb sollten Sie endlich anfangen,

diese Selbstverständlichkeit umzusetzen, statt hier Worthülsen vorzutragen. Frau Ministerin, damit täten Sie ein gutes Werk und würden sich selbst viel Luft und Spucke sparen – und uns allen Lebenszeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Wissler, vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Dr. Müller.

**Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Offensichtlich hat die Regierungserklärung der Ministerin zumindest Herrn Grumbach und Frau Wissler im Mark getroffen. Denn wenn man diese Reden analysiert – Frau Wissler hat heute hier zum dritten Mal gesprochen, und ich habe sie schon besser gehört; Herr Grumbach hat eigentlich bewiesen, dass er die Hochschulpolitik nach den Maßstäben einer Zeit bemisst, die im 19. Jahrhundert schon nicht mehr modern war; ich komme gleich darauf zurück –, dann war es sehr interessant, was Sie heute gesagt haben. Ich hätte es Ihnen nicht zugetraut, denn bisher habe ich Sie höher eingeschätzt. Das muss ich ehrlich sagen.

Kommen wir zunächst einmal zu der Frage: Humboldt – ja oder nein? Das scheint Ihr Steckenpferd zu sein.

Dazu sind wir sehr unterschiedlicher Meinung. Sie hätten im 19. Jahrhundert recht. Ich sage Ihnen ganz klar: Im Jahr 2012 wäre selbst Wilhelm von Humboldt nicht mehr Ihrer Auffassung. Sie sind stehen geblieben – er hätte sich sicher weiterentwickelt, so intellektuell, wie er war.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es ist auch ganz klar – ich will es jetzt einmal sagen, weil ich gebeten worden bin, in jeder Rede unseren Fraktionsvorsitzenden einmal zu erwähnen –: In dieser Frage sind Sie konservativer als Christean Wagner. Und das will wirklich etwas bedeuten, das muss ich Ihnen einmal sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD – Günter Rudolph (SPD): Das ist kaum vorstellbar! – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

– Ihr Leut, Souveränität fängt da an –

(Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU) betritt den Saal. – Janine Wissler (DIE LINKE): Jetzt kommt Herr Irmer, jetzt gibts Ärger!)

Herr Grumbach, wenn Sie einmal sehen – ob Sie das mögen oder nicht, ist nicht meine Frage –, wo heute in der Realität kostspielige Grundlagenforschung betrieben wird, so stellen Sie fest, das ist völlig unabhängig von der Lehre und ein Beweis dafür, dass Humboldt mit seinem großen Ideal des 19. Jahrhunderts in der heutigen Wirklichkeit keinen Bestand mehr hätte. Es ist eben so, ob man das will oder nicht. – Sie wollen das nicht, und das ist auch okay. Ich will auch manches nicht, was Sie sagen, aber ich nehme es halt hin.

Die Koordinaten von Lehre und Forschung haben sich bereits in großem Maße verschoben. Ich sage voraus – ich habe mir vorgenommen, so alt zu werden wie Johannes Heesters –: Irgendwann werden wir noch einmal darüber

sprechen, dass sich diese Koordinaten in der zukünftigen Hochschule noch weiter hin zur Lehre verschieben werden; oder – das ist auch denkbar, ich bin kein Prophet – wir werden unter Umständen Hochschulen haben, die auf der einen Seite einen sehr starken Forschungsschwerpunkt haben, wie wir es im Ansatz schon heute kennen, und auf der anderen Seite einen Lehransatz.

Deswegen kann ich Ihr Festhalten an Wilhelm von Humboldt nur bedingt verstehen. Das hat gar nichts mit einer parteipolitischen Einstellung zu tun, sondern ich glaube, Sie haben die Zeichen der Zeit – übrigens nicht nur in dieser Frage – nicht so verstanden, wie es nötig ist, um in die nächsten Jahrzehnte hinein – auch linienverlängert – über die Hochschulpolitik diskutieren zu können. Natürlich ist es schön, zu sagen: Alles war ganz prima. Wir wollen das Schöne, das Paradiesische, die akademische Lehre und Forschung, die Einheit und Zweckfreiheit von Forschung und Lehre erhalten. – Nur, darüber ist die Zeit hinweggegangen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das stimmt doch gar nicht, Herr Müller!)

– Es stimmt nicht? Also, Herr van Ooyen! Wenn Sie in Ihrem Häuschen in Frankreich sitzen, mag es sein, dass die Welt stehen geblieben ist. Aber in der Hochschulpolitik ist vieles anders geworden.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Sie trennen die Menschen in Forscher und andere!)

Genau da sind wir bei dem LOEWE-Projekt. Das LOEWE-Projekt – ich kann nicht verstehen, warum es im Ansatz gut war und heute, weil die Ministerin gewechselt hat, nicht mehr gut sein soll – ist die richtige Antwort auf die Entwicklung in der Hochschullandschaft. Wir rücken die Hochschulen sehr viel stärker in die Mitte der Gesellschaft. Wir bringen die Hochschulen in Kontakt mit der Wirtschaft und auch mit außeruniversitären Einrichtungen. Das ist der Gang der Zeit.

Auch die Frage der schönen Zweckfreiheit der Wissenschaft wird in einem Wettbewerb, in dem wir stehen, in dieser Form nicht mehr aufrechtzuerhalten sein; da kann Frau Wissler sagen, was sie will. Sie ist in keinem Wettbewerb. Sie studiert so lange, bis es diese Universitäten nicht mehr gibt. In der Frage des Wettbewerbs in einer globalisierten Welt müssen wir auch die Demografie berücksichtigen. Was sollen denn die Menschen, die heute 65 sind und dann nicht mehr arbeiten sollen, 35 Jahre lang machen? Das heißt, wir brauchen einen völlig anderen Einsatz von Lernen und Bildung, eine andere Verteilung der drei Elemente Arbeit, Freizeit und Bildung insgesamt. Das hat nichts mit Parteipolitik zu tun. An dieser Entwicklung, die sich abzeichnet und immer stärker wird, kann man nicht vorbeigehen.

Unter dem Gesichtspunkt ist LOEWE in einer Kombination von Hochschule und außeruniversitären Einrichtungen der richtige Ansatz. Die Universität ist heute nicht mehr allein der Hort, an dem die klugen Köpfe im abgedunkelten Zimmer vor sich hin brüten, sondern die Universität ist ein Element der Bildungsgesellschaft. Darüber kann man jammern. Das hat auch ein Teil der Entbindung und der Entflechtung z. B. der Wähler der SPD gezeigt. Wir sind am Ende des Industriezeitalters. Die Möglichkeiten, die Notwendigkeiten, die Fähigkeiten, die man im Industriezeitalter hatte, sind heute nicht mehr gefragt. Wir sind auf dem Weg – wenn wir nicht schon angekommen sind – zu einer Wissens- und Bildungsgesellschaft. Dort

sind andere Elemente von Bildung, Wissensaneignung, Wissenstransfer und Wissensgenerierung gefragt als in dem Zeitalter davor. Das ist doch der Punkt, über den man auch bei der Hochschulpolitik reden muss. Wie orientieren sich die Universitäten bzw. die Hochschulen in den nächsten Jahren?

Es geht doch nicht um Klein-Klein, dass jemand nicht genug Zimmer hat, zu wenig Geld oder was auch immer, sondern es geht darum, Weichen zu stellen –

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das ist ein ziemlich existenzielles Problem für denjenigen!)

– Frau Wissler, Sie sind für mich die richtige Ansprechpartnerin. Reizen Sie mich nicht. Solch eine Überheblichkeit, wie Sie in Ihren jungen Jahren an den Tag legen, habe ich in meinem Leben selten erlebt. Das will ich Ihnen ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU – Hermann Schaus (DIE LINKE): Das ist alles, was Sie dazu sagen, Herr Müller?)

– Nein. Mir würde mehr einfallen, aber ich bin gut erzogen, Herr Schaus. Ich habe auch noch nie in einem Baumhaus gewohnt, deswegen bin ich ganz friedlich.

(Zuruf von der CDU: Herr Schaus, Sie waren doch gar nicht gemeint! – Hermann Schaus (DIE LINKE): Das ist nichts Persönliches, Herr Dr. Müller, ich meine das inhaltlich!)

– Herr Schaus, ich sage Ihnen eines: Die einen gucken das Dschungelcamp, und die anderen bemühen sich, sich Gedanken zu machen, wie eine Gesellschaft der Zukunft aussehen könnte. Jetzt können Sie überlegen, wer mit welchem Bereich gemeint ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Janine Wissler (DIE LINKE): So was Borniertes!)

Wenn es stimmt, dass wir in eine Wissensgesellschaft gehen, dann kann ich nicht mit den Instrumenten und den Regularien einer anderen Gesellschaftsform versuchen, die Zukunft zu gestalten. Darüber müssen wir diskutieren. Deswegen fand ich es gut, dass die Wissenschaftsministerin und auch der Kollege Bürger heute die Linienerweiterung aus der Situation des Jetzt und Heute hin zum Wünschenswerten oder auch hin zum Wahrscheinlichen klargemacht haben. Niemand von uns weiß genau, wie es sich entwickeln wird. Da die Veränderungen immer schneller vor sich gehen, ist die Frage: Wie werden Entwicklungslinien sein? Wie wird die Leitidee aussehen? Das wird schwerer zu beurteilen sein als in früheren, sehr statischen Gesellschaften.

Da hilft nicht das Klein-Klein, dass man am Ende immer nur sagt: Jawohl, wir erkennen an, Sie haben den höchsten Hochschuletat, den es je in der Geschichte des Landes Hessen gegeben hat, aber wir haben ja auch mehr Studenten. – Das ist völlig richtig. Ihr Lieben, wie sollen wir die Frage der fast explosionsartigen Zunahme von Studenten in der kurzen Zeit steuern?

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wer hat denn G 8 eingeführt?)

Ich bin sicher – das will ich deutlich sagen –, dass wir uns in kurzer Zeit unter den Obleuten darüber zu unterhalten haben, wie beispielsweise LOMZ und die Grundausrüstung der Universitäten neu zu regeln ist. Das ist überhaupt keine Frage. Wenn ich von einer dynamischen Entwicklung spreche, kann auch die Frage der Grundausrüstung

und von LOMZ nicht statisch gesehen werden. Das ist völlig klar. Nur, es ist doch das beliebte Element der Opposition, die nicht zu Unrecht schon lange Opposition ist, wenn etwas gut ist, schlicht und einfach immer noch mehr zu verlangen. Das war ganz typisch bei der Kollegin Sorge, die heute schon ein bisschen geübt hat, wie es demnächst in einem CDU/GRÜNEN-Magistrat ist. Das haben Sie schon ganz prima hinbekommen. Die Frage ist: Warum reden Sie immer alles, wenn jemand Erfolg hat – und diese Ministerin hat Erfolg

(Beifall bei der CDU und der FDP)

mit einer Wissenschaftspolitik, die ihresgleichen sucht, mit dem TUD-Gesetz, mit der Stiftungsuniversität, mit HEU-REKA, mit LOEWE, mit den Zielvereinbarungen –, klein? Warum haben Sie nicht die Größe und den Mut,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Den haben sie nicht!)

zu sagen: „Jawohl, das ist eine ordentliche Politik; wir würden noch ein bisschen drauflegen, aber die Linie ist richtig, die Leitidee ist richtig.“ Ich muss sagen: Das ist unbestritten. Deswegen sind wir der Ministerin für ihre Regierungserklärung heute dankbar. Sie ist eine sehr gute Ministerin. Ich bin sicher, sie wird die hessische Hochschulpolitik in dieser Frage auch in den nächsten Jahrzehnten noch gut gestalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Dr. Müller. – Für die SPD-Fraktion hat sich Herr Kollege Grumbach noch einmal zu Wort gemeldet. Herr Grumbach, Sie haben noch 8:47 Minuten Redezeit.

#### **Gernot Grumbach (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss gestehen, ich fand die nicht 30 Minuten des Kollegen Müller in ein paar Punkten interessanter als die gesamte Regierungserklärung. Aber ich will auf den Punkt kommen, zu dem ich gerade den Streit provoziert habe: An der Stelle sollten wir noch einmal über Verständigung reden. Ich rede nicht vom Elfenbeinturm, sondern davon: Wie sieht eine moderne wissenschaftliche Bildung heute aus? Bei einer Ausbildung auf wissenschaftlichem Niveau in einem Unternehmen werden folgende Anforderungen gestellt: Es wird nicht verschult, sondern mit der realen Tätigkeit verbunden. Das heißt, Praxis, auch Forschungspraxis im Unternehmen, und die Ausbildung zur Forschung werden integriert.

Das hat zwei Gründe, und beide sind Humboldt: Der erste Grund ist, dass diejenigen, die ausgebildet werden, wenn sie selbst am Forschungsprozess oder im anderen Falle am Arbeitsprozess beteiligt sind, sehr viel mehr lernen als in einem eher verschulten System.

Der zweite Grund ist in der Wissenschaftssoziologie erst in den letzten Jahren spannend geworden: Die Ergebnisse stammen in der Regel nur zur Hälfte vom genialen Professor und zu einem nicht unbeträchtlichen Teil von dem, der aus einer völlig anderen, zum Teil nur begrenzt qualifizierten Sicht einen neuen Blick auf die Sache wirft. Das ist die Integration von Forschung und Lehre. Dass Hochschulen Ausbildungen in einer Lehre machen, die mit der Forschung verbunden ist, ist der zentrale Punkt, um den es

mir geht; das darf man nicht auseinandernehmen. Sie haben beide etwas davon: Die Forschung hat etwas davon, weil sie Impulse von Menschen bekommt, die einen neuen Blick darauf werfen, und die Lehre hat ohnehin etwas davon, weil Lehre im reinen Schulsystem – das ist die große Gefahr, die ein Teil der Bologna-Strukturen geschaffen hat – nicht funktioniert.

Damit bin ich bei dem zweiten Punkt, warum ich glaube, dass Sie auf eine andere Logik hereinfließen. Die Trennung von Forschung und Lehre ist nicht neu. Sie ist angelegt in jedem Rationalisierungsversuch der Hochschulausbildung, weil sie Ausbildung strukturell billiger macht. Ich glaube, an der Stelle fallen Sie auf die Rationalisierungslogik herein. Schauen Sie einmal an, wie normalerweise in hoch qualifizierten Bereichen ausgebildet wird. Dann sehen Sie, das geht nicht.

Ein zweiter Punkt. Ich wäre höllisch vorsichtig mit diesen großen Gesellschaftswechseln, weil wir an der Stelle nicht in den Fehler verfallen dürfen, den es in Deutschland zwischendurch einmal gab. Eine Wissensgesellschaft ohne industrielle Basis oder jedenfalls ohne eine materielle Basis wird auf Dauer nur dann funktionieren, wenn die materielle Basis in anderen Nationen bereitgestellt wird. Das ist ein strukturelles Problem, das nur dadurch zu beheben ist, dass man beide Teile pflegt, sowohl den Teil der materiellen Produktion als auch den Teil der Wissensgesellschaft, weil das eine ohne das andere verloren ist.

Ein allerletzter Punkt, nur der Vollständigkeit halber. Ich liebe diese Sätze durchaus, wenn gesagt wird: Unser Bundesland hat diesmal den höchsten oder zweithöchsten Hochschulstandort, den es in seiner Geschichte je hatte. – Das Problem, das Sie haben und auf das ich nur aufmerksam mache, ist: Diesen Satz hören Sie in 16 Länderparlamenten zur gleichen Zeit, weil alle die gleiche Situation haben. Sie haben alle die höchsten Hochschulausgaben aller Zeiten, ohne dass sich das Verhältnis zwischen den Ländern verbessert hat. Das ist das Problem, um das es geht. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Grumbach.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle fest, dass die Regierungserklärung der Hessischen Ministerin für Wissenschaft und Kunst betreffend „LOEWENstarke Forschung – Nutzen für die Menschen – Lösungen für die Zukunft“ gegeben wurde und die Aussprache dazu stattgefunden hat.

Mit aufgerufen war Tagesordnungspunkt 51, der Dringliche Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend Hochschulstandort Hessen ist innovativ und dynamisch. – Dieser Dringliche Antrag soll dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst überwiesen werden.

Dann kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 3:**

#### **a) Nachwahl eines ordentlichen Mitglieds des Landesjugendhilfeausschusses**

Mit Schreiben vom 11. Januar 2012 teilt Herr Patrick Burghardt mit, dass er mit seinem Ausscheiden aus dem Hessischen Landtag auf seine Mitgliedschaft im Landesjugendhilfeausschuss verzichtet. Der **Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, Drucks. 18/5150**, liegt Ihnen vor: Frau Bächle-Scholz.

Werden weitere Vorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall. Darf ich offen darüber abstimmen? – Dem wird nicht widersprochen. Wer möchte zustimmen? Ich bitte um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? – Bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE so angenommen mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **b) Nachwahl eines Mitglieds der Versammlung der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk**

Hier muss ich etwas ausholen. Am 9. Dezember 2011 wurde Herr Abg. Wolfgang Greilich in den Verwaltungsrat des Hessischen Rundfunks gewählt. Dadurch wurde sein Sitz im Rundfunkrat vakant, und Herr Abgeordneterkollege Florian Rentsch rückte für Herrn Abg. Greilich in den Rundfunkrat nach. Niemand kann gleichzeitig Mitglied im Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks und auch Mitglied in der Versammlung der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk sein. Deshalb verzichtet Herr Rentsch mit Schreiben vom 10. Januar 2012 auf seine Mitgliedschaft in der Versammlung der Landesanstalt für privaten Rundfunk. Eine Nachwahl ist somit erforderlich.

Der Vorschlag der Fraktion der FDP liegt Ihnen in **Drucks. 18/5151** vor: Herr Kollege Lenders. Werden weitere Vorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall. Darf ich offen abstimmen? – Ebenfalls gebilligt. Dann bitte ich um das Handzeichen derer, die zustimmen möchten. – CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Wer ist dagegen? – Niemand. Enthaltungen? – Bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE so angenommen. Damit ist Herr Lenders in die Versammlung der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk gewählt. Glückwunsch dazu, Herr Lenders.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

#### **Erste Lesung des Dringlichen Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Stärkung der parlamentarischen Kontrolle gegenüber der Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz – Drucks. 18/5061 –**

Frau Kollegin Faeser hat sich gemeldet, um den Gesetzentwurf einzubringen. 7,5 Minuten Redezeit stehen zur Verfügung, Frau Kollegin Faeser.

#### **Nancy Faeser (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem heutigen Gesetzentwurf wollen wir die parlamentarische Kontrolle in Hessen gegenüber dem Landesamt für Verfassungsschutz stärken.

(Beifall bei der SPD – Präsident Norbert Kartmann übernimmt den Vorsitz.)

Anlass waren für uns nicht die furchtbaren Vorkommnisse rund um das Terrornetzwerk NSU, sondern im letzten Sommer haben wir hier darüber diskutiert, dass wir 60 Jahre Verfassungsschutz in Hessen haben. In diesem Zusammenhang haben wir bereits darauf hingewiesen, dass die parlamentarische Kontrolle gestärkt werden muss, wie das auch in anderen Bundesländern der Fall ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben damals einen Ländervergleich vorgenommen und mussten leider feststellen, dass Hessen mit der parlamentarischen Kontrolle des Verfassungsschutzes leider ganz hinten steht und keine gute Position einnimmt. Leider ist es so, dass von Ihnen, Herr Innenminister, keine Initiative dazu zu erwarten war, wie in sämtlichen anderen

innenpolitischen Bereichen keine Initiativen von Ihnen zu erwarten sind. Deswegen haben wir den heutigen Gesetzentwurf vorgelegt.

(Beifall bei der SPD)

Viele Bundesländer haben sich bereits den umfangreichen Einsichts- und Kontrollrechten des parlamentarischen Kontrollgremiums des Deutschen Bundestages angeschlossen. Sie haben den jeweiligen Kontrollgremien ein umfassendes Akteneinsichtsrecht in Schriftstücke und Dateien der jeweiligen Landesämter für Verfassungsschutz eingeräumt. Ich nenne hier nur Bayern, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen. Zum Teil gilt das auch für Rheinland-Pfalz und das Saarland.

Sie sehen, es bleibt kaum ein Bundesland übrig, aber Hessen. Es wird höchste Zeit, in Hessen endlich die parlamentarische Kontrolle und auch die Transparenz in diesem Bereich zu stärken; denn das ist auch Ausdruck des Demokratieprinzips.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss zugeben, die aktuellen Anlässe rund um den furchtbaren Mord in Kassel haben zusätzlich aufgezeigt, dass wir in Hessen auch an anderer Stelle einen dringenden Handlungsbedarf haben. Aufgrund der Verbindung zu den rechtsextremistischen Terrorzellen in Thüringen gab es ein berechtigtes öffentliches Interesse auch an der Arbeit der hessischen Sicherheitsbehörden. Diesem Transparenzgebot, das z. B. in Bayern, in Mecklenburg-Vorpommern, in Niedersachsen, in Sachsen-Anhalt und Thüringen ebenso wie im Deutschen Bundestag vorgesehen ist, existiert hier nicht. Wir haben gar keine Informationsrechte für die Öffentlichkeit. Wir sind die Einzigen, die wirklich streng geheim tagen, und davon darf kein einziges Wort irgendwo verloren werden.

Meine Damen und Herren, das widerspricht meines Erachtens mittlerweile dem Demokratieprinzip, auch dem wirklich berechtigten Interesse der Öffentlichkeit, wenn es besondere Vorkommnisse gibt, darüber informiert zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns zum Teil darüber hinweggesetzt, obwohl wir die rechtlichen Möglichkeiten gar nicht hatten, weil so viele falsche Informationen zu diesen schrecklichen Vorgängen in der Debatte waren, sodass wir uns als parlamentarisches Kontrollgremium einheitlich verständigt haben, eine Ausnahme zu machen, um diesem öffentlichen Interesse entgegenzukommen.

Wir meinen, dass das mit einer Regelung in Hessen ordentlich organisiert werden muss. Wir halten es auch aus Transparenzgründen für erforderlich, eine Regelung zu schaffen, nach der ausnahmsweise öffentlich berichtet werden darf, wenn zwei Drittel der Mitglieder das beschließen. Den Vorwurf, dass damit die grundsätzliche Geheimhaltung und Vertraulichkeit der Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission gefährdet würden, ist purer Unsinn. Das zeigt der Bund, der schon seit 1999 so arbeitet. Auch die anderen Landesämter für Verfassungsschutz arbeiten genauso gut wie das hessische und sind nicht dadurch beeinträchtigt, dass es Regelungen der Transparenz und der Öffentlichkeit gibt.

Ich betone ausdrücklich, dass unsere Initiative kein Misstrauen gegenüber dem Landesamt für Verfassungsschutz

ist. Es war bislang – das darf ich so sagen, ich glaube, dass es auch einheitlich hier gesehen wird – eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Aber das Problem beginnt dann, wenn Zweifel an der Berichterstattung aufkommen. Diese Zweifel hatten wir im letzten Jahr. Wir haben sehr eindrucksvoll gesehen, dass unsere Rechte nicht ausreichen.

In Hessen sind unsere Rechte nicht ausreichend. Deswegen haben wir hier den dringenden Bedarf, etwas zu machen und die Kontrollrechte endlich zu stärken.

(Beifall bei der SPD)

Daher haben wir folgende Punkte vorgesehen. Wir wollen ein umfassendes Einsichtsrecht in Akten, Schriftstücke und Dateien des Landesamts für Verfassungsschutz haben, ebenso in Akten, Schriftstücke und Dateien der Landesregierung, soweit sie den Verfassungsschutz betreffen. Wir wollen ein Zutrittsrecht zu den Dienststellen des Landesamts. Wir wollen auch, dass Akten, Stücke und Dateien gegebenenfalls herausgegeben werden. Bislang sind wir immer auf mündliche Aussagen angewiesen.

Die Kommission soll auch gegenüber den Angehörigen des Landesamts und der Landesregierung sowie den Mitarbeitern der Landesregierung ein Befragungsrecht erhalten, damit sie manche Aussagen überprüfen kann. Die soeben genannten Rechte hat die Landesregierung, wenn man unserem Gesetzentwurf folgt, unverzüglich wahrzunehmen. Es soll ausreichen, dass ein Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission diese Rechte einfordert. Darüber hinaus kann die Kontrollkommission mit Zweidrittelmehrheit beschließen, einen Sachverständigen hinzuzuziehen.

(Abg. Florian Rentsch telefoniert am Rande des Plenarsaals.)

– Ich würde es begrüßen, wenn bei einem solch wichtigen Thema auch die Vorsitzenden der Fraktionen der CDU und der FDP zuhörten. Bislang ist dort nämlich, ehrlich gesagt, sehr viel versäumt worden. Insofern wäre es schön, wenn Sie zuhören würden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Günter Rudolph (SPD): Nicht telefonieren! Er telefoniert während der Rede! – Weitere Zurufe)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, ich mahne immer wieder, so oder so. Ich habe das, immer an diese Seite gewandt, heute schon dreimal gemacht. Ich füge hinzu, dass ich eben keinen Anlass dafür sah, weil Frau Faeser ausreichend zu hören war. Aber prinzipiell haben Sie recht.

Das gilt jetzt für alle Seiten: Wir werden im Ältestenrat demnächst darüber zu reden haben, ob wir alle Gespräche außerhalb des runden Bereichs grundsätzlich verbieten. Vielleicht ist das die einzige Lösung.

(Beifall bei der SPD)

#### **Nancy Faeser (SPD):**

Herr Präsident, danke schön für das Herstellen der Aufmerksamkeit. Ich glaube, dass das in diesem Bereich sehr wichtig ist, weil wir hier seit elf Jahren einen Stillstand zu verzeichnen haben.

Wir haben in unserem Entwurf vorgesehen, dass auch Sachverständige beteiligt werden, und wir wollen, dass der Datenschutzbeauftragte in Hessen hinzugezogen werden kann. Wir wollen aber auch, dass die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinzuziehen können, natürlich nur nach einer entsprechenden Geheimschutzüberprüfung.

Wir wollen aber auch – das halte ich für ganz wichtig – mehr Transparenz gegenüber diesem Haus, dem Hessischen Landtag, herstellen. Es ist nämlich so, dass, abgesehen von den Mitgliedern der Kontrollkommission, der Hessische Landtag nicht weiß, was diese Kommission macht. Deswegen wollen wir ein Berichtswesen einführen, wie es im Deutschen Bundestag schon seit Jahren üblich ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es soll aber auch den umgekehrten Weg geben. Wir wollen, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamts für Verfassungsschutz an uns wenden dürfen, ohne den Dienstweg einhalten zu müssen. Wir wollen auch, dass die Eingaben die Bürgerinnen und Bürger an unser Gremium herangetragen werden.

Zu einem verstärkten Kontrollrecht gehört aus unserer Sicht auch das Haushaltsrecht. Deswegen wollen wir als Parlamentarische Kontrollkommission demnächst mitberaten, wenn es um den Etat des Landesamts für Verfassungsschutz geht.

(Beifall bei der SPD)

Damit erhält die Parlamentarische Kontrollkommission sehr umfassende Kontrollrechte und wesentlich mehr Einsichtsrechte, und es wird die Transparenz erhöht.

Bisher gab es ein Gesetz über das Landesamt für Verfassungsschutz. Wir wollen uns davon lösen und, insbesondere in Anlehnung an Bayern, ein eigenes Gesetz für die parlamentarische Kontrolle schaffen. Wir haben Ihnen heute einen Vorschlag dafür vorgelegt und hoffen, dass er Ihre Unterstützung findet.

Das Eckpunktepapier der FDP, das diese eine Stunde nach der Präsentation unseres Gesetzentwurfs der Presse vorgestellt hat – Herr Kollege Greilich, das war ein interessanter Zufall –, entspricht in vielen Teilen unseren Vorstellungen. Das sage ich Ihnen ganz offen. Deswegen sind wir auch froh, dass Sie dieses Eckpunktepapier vorgelegt haben.

Herr Greilich, das Einzige, worüber wir noch einmal ernsthaft reden müssen, ist, dass Sie leider überhaupt keine Transparenzregelung vorsehen. Das halten wir aber, wenn es um die Kontrolle des Verfassungsschutzes geht, für wesentlich.

Sie haben auch keine Änderung bei der Zusammensetzung der Parlamentarischen Kontrollkommission vorgenommen. Sie wollen weiterhin, dass die Mehrheit darüber entscheidet. Das wollen wir nicht. Wir wollen das transparenter und in objektiver Weise handhaben. Wir wollen das mittels des Verhältniswahlrechts und unter Berücksichtigung der Fraktionsstärke regeln, aber nicht einfach dadurch, dass die Mehrheit entscheidet. Das halten wir für keinen demokratischen Weg.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben uns über die partielle Unterstützung durch die FDP sowie über die Unterstützung durch BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN sehr gefreut und hoffen, dass wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf eine Debatte beginnen. Wir laden Sie ausdrücklich ein, einen gemeinsamen Gesetzentwurf daraus zu machen. Wir laden Sie dazu ein, etwas Ähnliches wie beim Datenschutz zu machen: dass wir eine Kommission bilden und einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Stärkung unserer aller parlamentarischen Rechte vorlegen. Auch dafür gibt es ein gutes Beispiel aus Bayern. Dort sind die Dinge den gleichen Weg gegangen.

Ich glaube, dass wir hier über einen wesentlichen Bereich der Verfassung und des Schutzes derselben reden. Diesen Bereich sollten wir in unserer aller parlamentarischen Interesse so gut wie möglich gemeinsam regeln.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

**Nancy Faeser (SPD):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. – Deshalb laden wir Sie ein, daran mitzuarbeiten, und hoffen, dass Sie uns bei der Stärkung der Rechte der Parlamentarier helfen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Als Nächster hat sich Herr Abg. Bellino für die Fraktion der CDU zu Wort gemeldet.

**Holger Bellino (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Verfassungsschutz ist für die Sicherheitsarchitektur unseres Landes – für die Bekämpfung und Abwehr organisierter Kriminalität sowie terroristischer Anschläge und extremistischer Unterwanderung – unverzichtbar. Neben der Polizei ist er deshalb seit 60 Jahren eine der wichtigsten Säulen zum Schutze unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung und unserer Mitbürger. Entsprechend muss das gewürdigt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir danken daher all jenen, die im Landesamt für Verfassungsschutz, aber auch auf der spiegelbildlich gegenüberliegenden parlamentarischen Seite diese sicherlich nicht immer ganz einfache Arbeit leisten. Deshalb sprechen wir nicht, wie es die LINKEN machen, von der Abschaffung des Landesamts für Verfassungsschutz, und deshalb verunglimpfen wir es auch nicht, wie es, zumindest teilweise, bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Fall ist.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Das machen Sie schon selbst!)

Ich erinnere an Herrn Al-Wazir, der von den absurden Schwerpunkten spricht, die das Landesamt für Verfassungsschutz setzt, oder an den Kollegen Frömmrich, bei dem zumindest von einer Sehschwäche auf dem rechten Auge die Rede ist.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das ist schon eher Blindheit!)

Beides ist falsch. Das wissen alle, die sich mit dem Landesamt und dem Verfassungsschutz auseinandersetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir stärken deshalb die Polizei und den Verfassungsschutz personell, materiell und auch ideell. Das heißt auch, dass wir nicht immer gleich auf die Seite derer springen, die die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes als Schlapphüte diskreditieren oder etwas Ähnliches sagen.

Das Landesamt trägt mit zum Schutz der Grundrechte bei. Natürlich muss es auch selbst immer wieder aufpassen – das richtet sich an diejenigen, die in der Parlamentarischen Kontrollkommission sind –, dass die Grundrechte bei der geheimdienstlichen Tätigkeit nicht verletzt werden. Deshalb sind die Kontrolle und die Begleitung – man kann von „Begleitung“ sprechen, da wir Impulse geben; wir hinterfragen nicht nur, sondern wir geben in der Parlamentarischen Kontrollkommission auch Impulse – durch Abgeordnete demokratischer Parteien wichtig.

Diese Zusammenarbeit funktioniert gut. Ich kenne keine Frage, die nicht beantwortet wurde. Ich kenne keinen Vorgang, der verschwiegen wurde. Mir ist nicht bekannt, dass es eine Abwehrhandlung gab, wenn wir weitere Informationen haben wollten.

Neue Herausforderungen – andere weltpolitische Ordnungen, neue Techniken, andere Strategien der Terroristen – verlangen immer, dass geprüft wird, ob man etwas besser machen kann. Auch – ich sage dies zum wiederholten Mal ganz bewusst – die schrecklichen Taten der Rechtsextremisten von dem NSU erfordern ein Nachdenken darüber, wie die Arbeit des Verfassungsschutzes optimiert werden kann.

(Petra Fuhrmann (SPD): Oh, das ist aber jetzt gewagt! – Janine Wissler (DIE LINKE): Hat das Nachdenken bei Ihnen schon eingesetzt?)

Das haben wir hier immer so gesagt, und darüber gibt es auch keine Diskussion; denn CDU und FDP sind weder auf dem rechten noch auf dem linken Auge blind.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Was den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion anbelangt: Man kann über vieles sprechen, zumal das betreffende Gesetz Ende des Jahres ausläuft. Aber – das sage ich an dieser Stelle kritisch – die Ausweitung der Rechte der PKV ist im Kampf gegen den Extremismus sicher nicht das entscheidende Mittel.

(Beifall bei der CDU)

Die Terrorabwehr, die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und auch die Spionageabwehr gelingen nur, wenn man technisch und personell entsprechend aufgestellt ist und die Geheimhaltung gewährleistet ist. Die Erweiterung dieser Rechte birgt ein hohes Risiko, da dann Geheimhaltung und Vertraulichkeit gefährdet sind. Wir alle wissen – zumindest diejenigen, die sich etwas intensiver damit befasst haben –, dass Ende letzten Jahres der Eindruck aufkam, dass nicht alle heutigen Mitglieder der PKV und anderer Gremien die Geheimhaltungspflicht in dem gebotenen Maße ernst nehmen.

Damit wird nicht nur die Arbeit der Verfassungsschützer gefährdet, sondern auch der Persönlichkeitsschutz Betroffener. Geheimhaltung muss deshalb oberste Pflicht sein, und der Kreis derer, die Kenntnisse erlangen, muss auf das notwendige Maß beschränkt sein.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Die hier bereits eingeräumten Rechte sind unseres Erachtens umfassend: Unterrichtung durch die Landesregierung, Berichte zu besonderen Themen auf Wunsch der

Abgeordneten, Akteneinsichtsrecht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind der Meinung, dass der Extremismus nicht dadurch bekämpft wird, dass die Geheimhaltung im Landesamt für Verfassungsschutz gelockert wird. Wir werden aber – das habe ich an anderer Stelle schon gesagt – im Innenausschuss die Gelegenheit nutzen, den vorgelegten Gesetzentwurf im positiven Sinne kritisch zu diskutieren, damit wir gemeinsam sehen können, was wir dann, wenn das betreffende Gesetz ausläuft, gegebenenfalls optimieren können. – Besten Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Schaus für die Fraktion DIE LINKE.

#### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wenn man die aktuelle Debatte über das Versagen der Geheimdienste einmal kurz ausblendet, selbst dann ist der Gesetzentwurf der SPD, wenn überhaupt, der kleinstmögliche Schritt in die richtige Richtung.

Man kann diese Debatte aber eben nicht einfach ausblenden, wie es die SPD hier tut. Die Arbeit der Geheimdienste steht seit Monaten heftig in der Kritik. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht neue Forderungen nach einem kompletten Umbau der Geheimdienste bis hin zu ihrer Abschaffung in der Öffentlichkeit genannt werden. Auch hierbei hat sich die öffentliche Debatte mit großen Schritten endlich den jahrelangen Forderungen der LINKEN angenähert.

(Beifall bei der LINKEN – Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Aber blenden wir die aktuelle Debatte trotzdem kurz einmal aus. Frau Faeser hat zur Vorstellung ihres Gesetzentwurfes in der Pressekonferenz gesagt, es habe nichts mit der aktuellen Debatte zu tun.

(Nancy Faeser (SPD): Der Anlass war nicht die aktuelle Debatte!)

Warum Sie ihn dann aber als Dringlichen Gesetzentwurf eingereicht haben, bleibt Ihr Geheimnis. Aber bitte schön. Selbst dann, wenn man es ausblendet, muss man feststellen, dass die von der SPD empfohlenen Regelungen ihr Ziel, die Geheimdienste besser zu kontrollieren, verfehlen. Warum? – Die SPD begründet ihren Gesetzentwurf mit einem Hauptargument, nämlich auch in Hessen sollten Regelungen eingeführt werden, wie sie in anderen Bundesländern und im Bundestag längst vorhanden sind. Denn mit diesen Regelungen wäre ein Mehr an parlamentarischer Kontrolle möglich.

(Nancy Faeser (SPD): Genau!)

Das klingt zunächst plausibel. Was aber die SPD nicht sieht oder nicht sehen will: Auch mit den Regelungen, wie sie andere Bundesländer und der Bundestag längst haben, wurden Geheimdienstskandale dort weder aufgeklärt, geschweige denn verhindert.

Es ist doch die traurige Realität, dass parlamentarische Kontrollkommissionen – egal unter welcher Regierung und egal in welchem Bundesland und zu welcher Zeit – es niemals vermocht haben, die Geheimdienste zu kontrol-

lieren. Peter Struck – später Verteidigungsminister, von der SPD –

(Zuruf von der CDU: Der Bundesrepublik Deutschland!)

hat 1995 völlig frustriert und unter lautem Protest seine Aufgabe in der Kontrollkommission des Bundestages hingeschmissen. Er sagte, dass die Abgeordneten von den Geheimdiensten schlicht an der Nase herumgeführt würden. Der Jurist, Autor und Chefredakteur für Innenpolitik der „Süddeutschen Zeitung“ Heribert Prantl kommt zu einem ähnlichen Fazit. Noch nie hätten die Kontrollkommissionen ihre Aufgaben erfüllt, den Geheimdienst zu kontrollieren. Das Dramatische beschreibt Prantl am 7. Januar so: „Die Geschichte des Verfassungsschutzes in Deutschland ist in nicht unwesentlichen Teilen eine Skandalgeschichte. Der Schaden, den der Verfassungsschutz angerichtet hat, war womöglich viel größer als der Nutzen, den er erbrachte.“ So weit das Zitat.

(Beifall bei der LINKEN)

Es sind die Geheimdienste selbst, meine Damen und Herren, die sich der Unmöglichkeit ihrer Kontrolle bewusst sind. Das ist nachzulesen in der Festschrift zum 60-jährigen Jubiläum des hessischen Geheimdienstes, welches im letzten Jahr im Landtag von den anderen Parteien so groß gefeiert wurde. In der Festschrift wird auf Seite 90 und 91 über parlamentarische Kontrollkommissionen und Gremien ganz nüchtern Folgendes festgestellt. Zitat:

Man tritt diesem Gremium nicht zu nahe, wenn man die These wagt, dass diese Form der parlamentarischen Kontrolle in den vergangenen Jahrzehnten leidlich gefehlt, mitunter regelrecht versagt hat.

Ein weiteres Zitat:

Die im Aufspüren politischer Spielräume erfahrenen Dienste haben diesen faktischen Ausfall schnell identifiziert ... „Eine effektive parlamentarische Kontrolle ... gibt es nicht.“

So steht es in der Festschrift unseres hessischen Geheimdienstes.

Ich frage also die SPD-Abgeordneten: Warum in aller Welt wollen Sie in Hessen etwas einführen, was auch in anderen Bundesländern nie funktioniert hat?

(Nancy Faeser (SPD): Das gibt es doch gar nicht!)

Für mich ist das völlig unnützer Aktionismus, Frau Faeser.

(Zuruf von der CDU)

Das bringt in der Sache nämlich gar nichts. Das eigentliche Problem ist doch: Die Geheimdienstbehörden unterstehen der Regierung. Was die Geheimdienste der Regierung nicht mitteilen wollen, das sagen sie auch nicht, und schon gar nicht der Opposition. Da nützen Ihnen das Recht, einen Referenten in die Sitzung mitzunehmen oder sich Notizen machen zu dürfen, oder Zutrittsrechte – die hätten wir zugegebenermaßen zum Landesamt für Verfassungsschutz auch gern –

(Heiterkeit bei der LINKEN – Zuruf von der CDU: Jetzt kommen wir der Sache schon näher!)

gar nichts. Ich finde den Gesetzentwurf aber ausgesprochen ärgerlich, weil man die aktuelle Diskussion eben nicht einfach ausblenden darf. Was Sie hier vorlegen, fällt nämlich um Lichtjahre hinter die aktuelle Debatte zurück. Denn die Geheimdienste und ihre politischen Auftraggeber in Bundes- und Landesregierung sind seit Be-

kanntwerden ihres völligen Versagens bei der Aufklärung rechten Naziterrors zu Recht einer heftigen Kritik ausgesetzt. Diese Kritik ist notwendig und muss weitreichende Folgen nach sich ziehen. Weil auf der anderen Seite die politische Linke wie in den Hochzeiten des Kalten Krieges schikaniert und bespitzelt wird, ist die Kritik umso lauter – und zwar mittlerweile bis weit hinein in konservative Kreise, in Medien und Regierungsparteien.

Ihr Gesetzentwurf geht aber an dieser Kritik in Gänze vorbei. Ich zitiere erneut den Redakteur der „Süddeutschen Zeitung“, Heribert Prantl, diesmal vom 17. November letzten Jahres:

Der Verfassungsschutz observiert mit Akribie kritische Demokraten – gewalttätige Neonazis lässt er in Ruhe oder beschäftigt sie als V-Leute. Bei solchen Fehlleistungen kann man sich verzweifelt fragen, ob nicht nur die NPD, sondern auch der Verfassungsschutz verboten gehört.

(Beifall bei der LINKEN)

In der öffentlichen Debatte werden Zusammenhänge dazu hergestellt, dass die westdeutschen Geheimdienste in ihren Gründerjahren von Altnazis durchdrungen waren. Ich will darauf nicht näher eingehen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Was heißt das für heute?)

Aber das ist wissenschaftlich belegt. Meine Damen und Herren, in der nun über Monate anhaltenden Debatte über die Geschichte und das Versagen der Geheimdienste wurden viele ernst zu nehmende Vorschläge gemacht. Diese Vorschläge wollen wir als LINKE aufgreifen, denn es kann doch nicht bleiben, wie es ist. Meine Position war immer, dass Demokratie und Geheimdienste nicht zusammenpassen. Deshalb ist auch klar: Die Geheimdienste sind Teil des Problems und nicht der Lösung.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Frömmrich für die Fraktion DIE GRÜNEN.

#### **Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe ein bisschen überlegt, was diese Rede des Kollegen Schaus bedeuten sollte und in welche Richtung sie geht. Ich habe auch überlegt, Gemeinsamkeiten zu finden. Ich habe mir zum Teil gedacht: Na ja, an einem Punkt muss ich zumindest sagen, dass er nicht ganz unrecht hat, wenn er die Arbeit des Verfassungsschutzes und zum Teil auch die Unfähigkeit des Verfassungsschutzes insgesamt in die Öffentlichkeit trägt.

Ich glaube, an einem Punkt wird das ganz deutlich. Dass es dem Verfassungsschutz der Bundesrepublik Deutschland gelungen ist, nachdem die Partei DIE LINKE über Monate hinweg kein Thema mehr hatte, ihr endlich wieder ein Thema zu geben, zeugt wirklich von der Unfähigkeit dieses Verfassungsschutzes. Das muss man in der Tat sagen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das muss man in der Tat sagen. Denn das wird überall zelebriert. Das wird in jedem Landesparlament, im Bundestag und ich weiß nicht wo zelebriert. Sie haben ihnen damit wirklich einen Gefallen getan.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Was unterstellen Sie da dem Verfassungsschutz?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das, was Sie hier gesagt haben, hat im Prinzip mit dem, was der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zum Inhalt hat, wenig zu tun. Ich stelle für meine Fraktion erst einmal ausdrücklich fest, dass wir die Initiative der Sozialdemokraten begrüßen. Ich glaube, das ist der richtige Zeitpunkt. Vielleicht hätte man auch noch ein paar Wochen warten können. Denn ich glaube, dass durch die Arbeit der Generalbundesanwaltschaft vielleicht das eine oder andere noch zutage treten könnte, das man vielleicht bei der Veränderung der parlamentarischen Kontrolle noch einfließen lassen könnte.

Ich glaube aber, dass es vom Grundsatz her richtig ist, einen solchen Gesetzentwurf vorzulegen und darüber zu diskutieren, wie die parlamentarische Kontrolle aussehen muss. Herr Kollege Bellino hat eben in seiner Rede gesagt, dass die Arbeit des Verfassungsschutzes für die Aufklärung beim Extremismus und für die Bekämpfung des Extremismus unverzichtbar sei. Dem kann ich in Teilen zustimmen. Herr Kollege Bellino, eines vergessen Sie dabei aber immer zu sagen, nämlich dass auf die parlamentarische Kontrolle bei diesem Verfassungsschutz nicht verzichtet werden kann. Das vergessen Sie immer zu sagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die Legitimation einer solchen Behörde, die tief greifende Eingriffsrechte in die Bürger- und Freiheitsrechte hat, bedarf der parlamentarischen Kontrolle. Das ist der Grundsatz, unter dem eine solche Behörde überhaupt nur organisiert werden kann. Deswegen hätten Sie dazu vielleicht einmal zwei oder drei Sätze verlieren sollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Bellino, wir diskutieren über dieses Thema. Frau Kollegin Faeser hat das schon gesagt. Wir haben das auch im Rahmen der Debatte um 60 Jahre Verfassungsschutz in Hessen getan. Auch ich habe dazu etwas gesagt. Wir haben damals schon gesagt, dass die parlamentarische Kontrolle unbedingt einmal auf den Prüfstand gestellt werden müsste und dass darüber einmal diskutiert werden müsste.

Ich glaube aber auch, dass die Vorkommnisse um die Nazimorde in Deutschland und das, was in Hessen geschehen ist, dazu veranlassen müssten. Wir erinnern uns an den Mord in Kassel. Wir müssen über die parlamentarische Kontrolle diskutieren. Lassen wir noch einmal kurz Revue passieren, was da geschehen ist.

In Kassel wird ein Mensch ermordet. Das wird untersucht. Während der Untersuchung stellt sich heraus, dass ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes am Tatort anwesend war.

Es war nicht so, dass die Parlamentarische Kontrollkommission unverzüglich darüber unterrichtet wurde, was da eigentlich geschehen ist und dass da ein Mitarbeiter unter Umständen in die Tat verstrickt war. Nein, die „Bild“-Zeitung musste darüber berichten, damit die Parlamentari-

sche Kontrollkommission nachträglich vom damaligen Innenminister und heutigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier überhaupt in Kenntnis gesetzt wurde.

Mittlerweile wissen wir – das haben wir im Innenausschuss ausführlich diskutiert –, dass selbst das, was seinerzeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission besprochen wurde, nur ein Teil der Wahrheit war. Mittlerweile, fünf Jahre später, wissen wir, dass bei der Durchsuchung der Wohnung des Mitarbeiters des Verfassungsschutzes rechtsextreme Schriften gefunden wurden. Dort wurde illegale Munition und wurden Waffen gefunden. Dort wurden Dinge gefunden, über die seinerzeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission nicht berichtet wurde, obwohl diese Erkenntnisse vorgelegen hatten.

Jetzt, fünf Jahre später, werden wir, die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission, darüber in Kenntnis gesetzt. Wenn es noch eines Beispiels bedurfte hätte, dass wir die Arbeit der Parlamentarischen Kontrollkommission umorganisieren müssen, dass wir über die Arbeit der Parlamentarischen Kontrollkommission neu diskutieren müssen, dann ist das der Beweis dafür. An diesem Fall wird sehr deutlich, dass wir das tun müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Bellino, ich glaube, es wäre auch nicht der Untergang des Abendlandes, wenn man die Vorschläge der Sozialdemokratie umsetzen würde. Das betrifft Akteneinsichtsrechte, einen Anspruch auf Herausgabe der Akten und die Möglichkeit, Mitarbeiter zu befragen. Es geht auch um Zutrittsrechte zum Landesamt für Verfassungsschutz. Das sind Rechte, die in vielen Gesetzen zur Arbeit der parlamentarischen Kontrollkommissionen in den Bundesländern stehen. Das steht auch im Gesetz für die Arbeit des parlamentarischen Kontrollgremiums des Deutschen Bundestages. Es kann also nicht der Untergang des Abendlandes sein, wenn wir das in Hessen endlich auch machen würden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Bellino, vielleicht hätten Sie – –

(Horst Klee (CDU): Das hat auch niemand gesagt! Das war ein Angebot, auf Gemeinsamkeit zu gehen!)

– Ich bin sehr dafür. Lassen Sie uns jetzt aber erst einmal darüber diskutieren, warum wir das diskutieren müssen.

Herr Kollege Bellino hat sich hierhin gestellt und gefragt, ob das alles sinnvoll und richtig sei und ob man das überhaupt machen müsse. Dazu sage ich: Schauen Sie sich bitte das Eckpunktepapier der FDP an. Ich stehe nun der FDP nicht nahe und verteile auch in deren Richtung wenig bis keine Komplimente. In dem Eckpunktepapier der FDP lese ich aber ganz viele Dinge, die auch Bestandteil des Gesetzentwurfs der SPD-Fraktion sind.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns die Gelegenheit nutzen. Das betrifft die Mitglieder aller Fraktionen. Lassen Sie uns die Gelegenheit nutzen, eine Anhörung im Hessischen Landtag dazu durchzuführen. Lassen Sie uns das Für und Wider diskutieren. Lassen Sie uns die Experten dazu anhören.

Denn ich glaube, dass wir es den Bürgerinnen und Bürgern und der Öffentlichkeit schuldig sind, aus dem zu lernen, was wir in den letzten Wochen und Monaten erfahren haben. Wir müssen lernen, dass die parlamentarische

Kontrolle an manchen Punkten versagt hat und dass die Sicherheitsbehörden versagt haben. Auch wir, die Verantwortlichen im Land Hessen, müssen uns die Frage stellen, wie wir das neu organisieren wollen.

Ich glaube, der Vorschlag der Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokraten ist richtig. Er weist in die richtige Richtung. Ich könnte mir vorstellen, dass man an dem einen oder anderen Punkt noch darüber hinausgeht. Aber das sollten wir in einer Debatte im Innenausschuss nach einer Anhörung machen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Greilich für die Faktion der FDP.

**Wolfgang Greilich (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss schon zugeben, dass ich mir eine bessere Debatte gewünscht hätte.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP sowie der Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU) und Nancy Faeser (SPD))

Ich bin etwas über den Verlauf der Debatte enttäuscht, den wir bisher zu diesem Tagesordnungspunkt erlebt haben. Ich will Ihnen das auch im Einzelnen begründen.

Herr Kollege Frömmrich hat an einer Stelle seiner Rede sehr zu Recht darauf hingewiesen, dass die notwendigerweise geheime Arbeit des Verfassungsschutzes natürlich unabdingbar damit verbunden ist, dass es eine effektive, gründliche und sehr sorgfältige Möglichkeit der parlamentarischen Kontrolle dieses geheim arbeitenden Apparates geben muss. Denn es handelt sich in der Tat um das geheimdienstlich arbeitende Sicherheitsorgan des Landes Hessen. Das ist unbestritten. Ich glaube, das hat auch Herr Kollege Bellino in keiner Weise in Abrede gestellt.

Wir wissen das also. Das setzt dann zweierlei voraus. Zum einen müssen wir uns dazu bekennen, dass wir im Land Hessen den Verfassungsschutz brauchen. Zum Zweiten heißt das, dass wir die Arbeit dieser Parlamentarischen Kontrollkommission so organisieren müssen, dass sie frei von parteipolitischen Auseinandersetzungen effektiv im Sinne unserer demokratischen Gesellschaft erfolgen kann.

Ich hoffe, dass ich da nichts Falsches aus Ihren Redebeiträgen herausgehört habe. Bislang war es so, dass die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes in Hessen nicht nur gut funktioniert hat, sondern dass sich die demokratischen Parteien dieses Hauses auch darüber einig waren, dass das so ist. Ich habe mir extra noch einmal die Festschrift „60 Jahre Verfassungsschutz in Hessen“ geholt und lese auf Seite 66 z. B. die Anmerkung der Frau Kollegin Faeser:

Die Kontakte zum LfV sind aus meiner Sicht sehr vertrauensvoll und informativ.

Der Kollege Frömmrich, der jetzt so großen Nachholbedarf sieht, schreibt:

Die Kontakte zu den Mitarbeitern des Verfassungsschutzes sind bisher durchweg positiv. Die Berichte werden sehr kompetent gegeben,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr interessant!)

und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen über ein hohes Maß an Sach- und Fachkompetenz.

(Nancy Faeser (SPD): Sie können meine Rede noch einmal nachlesen!)

Dann kommt ein entscheidender Punkt:

Die Vierteljahresberichte geben einen guten Überblick über die Arbeit des Verfassungsschutzes.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist so. Ich finde, Sie sollten zu diesen Erkenntnissen auch stehen und jetzt nicht der Versuchung erliegen,

(Nancy Faeser (SPD): Lesen Sie es nach! – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

weil das vielleicht gerade in die Zeit passt, billig irgendwelche Vorteile zu suchen.

Frau Kollegin Faeser, das war schon ein bisschen merkwürdig, auch Ihr Hinweis auf die Abfolge der Pressekonferenz. Es geht mir jetzt nicht um das Erstgeburtsrecht an dem Thema. Da sind wir alle schon lange dran. Aber Sie wissen sehr genau, dass Sie einige Tage, nachdem wir unsere Einladungen draußen hatten, zu Ihrer Pressekonferenz eingeladen haben. Offensichtlich hatten Sie Angst, Ihre Aktivitäten nicht ausreichend in den Vordergrund stellen zu können.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Bei den Themen, die wir aufgerufen haben, sind die Ihren ganz ähnlich wie die unseren. Das sind nämlich die Themen, über die man reden und über die man nachdenken muss.

Da gibt es aber einen grundlegenden Unterschied. Sie haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, noch dazu einen dringlichen. Was daran besonders dringlich ist, wenn man den Anfang Dezember vorstellt und dann am 31. Januar im Parlament einbringt, ist mir nicht ganz nachvollziehbar. Ein normaler Gesetzentwurf hätte es dann sicherlich auch getan. Aber Sie wollten offensichtlich besondere Aktivität vorspiegeln und vor allem der Landesregierung den Rang ablaufen.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Ich darf noch einmal darauf hinweisen: Zum 31. Dezember des Jahres läuft das Gesetz über den hessischen Verfassungsschutz aus,

(Holger Bellino (CDU): So ist es!)

und wir werden es zu novellieren haben. Die Arbeit daran beginnt jetzt. Die Landesregierung arbeitet daran. Ich sage: Wir im Parlament sollten diese Arbeit begleiten. Deswegen haben wir im Gegensatz zu Ihnen im Dezember keinen Gesetzentwurf vorgelegt,

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

sondern ein Eckpunktepapier, in dem wir auch nicht gesagt haben: „Das muss alles so werden“,

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

sondern in dem wir Fragen anhand der Arbeit der Parlamentarischen Kontrollkommission formuliert haben: Wie

kann man diese parlamentarische Kontrolle noch verbessern?

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist die Aufgabe, die wir in diesem Parlament haben und die wir in aller Ruhe und ohne jede Hektik und ein Stück weit auch befreit von der aktuellen Diskussion des letzten Herbstes führen sollten. Es geht eindeutig nicht um die Neonazi-morde in Hessen.

Ich muss wirklich sagen: Es ist schwierig, hier zu diskutieren, wenn offenkundig falsche Behauptungen im Zusammenhang mit dem Kasseler Mord und dem Landesamt für Verfassungsschutz aufgestellt werden, wenn diejenigen, die reden, genau wissen, dass das, was sie erzählen, nicht stimmt. Aber man kann es nicht im Einzelnen widerlegen. Das ist eben das Problem an Geheimhaltung. Das zeigt im Übrigen auch die Problematik auf, die Frau Faeser vorhin gestreift hat.

Es ist in der Tat die Frage, ob man die Befassung mit geheimer Arbeit des Dienstes anschließend in die Öffentlichkeit zerrt oder ob man sich darauf verständigt, wie das schon immer war, dass diejenigen, die, mit dem Vertrauen dieses Parlaments ausgestattet, die Kontrolle im Einzelnen wahrnehmen, dann aber gefälligst, wenn sie alle Informationen bekommen, sich auch an die Geheimhaltungspflicht halten. Das ist der entscheidende Punkt, um den es aus meiner Sicht gehen muss.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir werden uns im Ausschuss darüber unterhalten, wie wir Ihren Gesetzentwurf behandeln. Dann müssen wir uns verständigen. Mein Vorschlag wird sein – das sage ich Ihnen auch schon hier –, dass wir uns für die Bearbeitung Zeit lassen, weil es in der Tat noch einige Punkte mehr gibt, die wir im Zusammenhang mit der Verlängerung oder der Neufassung des Verfassungsschutzgesetzes erörtern müssen. Das können wir dann gemeinsam tun.

Ich gebe auch die Hoffnung nicht auf, dass wir, getragen von der vertrauensvollen Zusammenarbeit in diesem Gremium, am Ende der Bemühungen eine konsensuale Lösung der verschiedenen Themen erreichen werden. Dazu müssen wir den bisherigen Dialog konstruktiv fortführen und darauf verzichten, irgendwelche effektehenden Aktionen zu machen, sondern wir müssen uns an die Arbeit mit den Fachleuten, mit den Anzuhörenden und mit den Sicherheitsbehörden machen.

(Holger Bellino (CDU): Das reduziert den Teilnehmerkreis!)

Dann müssen wir z. B. auch den Datenschutzbeauftragten sehr genau befragen. Ich bin mir ziemlich sicher, dass der Datenschutzbeauftragte eine sehr differenzierte Stellungnahme zu der Frage abgeben wird, wie man mit diesen Daten umzugehen hat, wie man die Rechte auch der Betroffenen schützen muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich nur noch eine Bemerkung zu den ansonsten etwas unsäglichen Ausführungen des Herrn Schaus machen. Wir werden noch an anderer Stelle Gelegenheit haben, uns damit in diesem Plenum auseinanderzusetzen. Aber es gibt eines, was mich in der Tat umtreibt. Herr Kollege Schaus hat zweimal einen renommierten Journalisten der „Süddeutschen Zeitung“, Herrn Prantl, zitiert. Ich muss sagen: Ich bin schon etwas erschüttert. Ich habe am Sonntagabend diese schöne Sendung gesehen, bei der neben dem Ver-

treter der LINKEN, Herrn Bartsch, auch Herr Prantl dabei war.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Ich habe gedacht, ich höre nicht recht, als Herr Prantl, der sich insbesondere mit rechtspolitischen Fragen beschäftigt, auf einmal erklärt, man könne den Verfassungsschutz abschaffen

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Dann müssen Sie darüber nachdenken!)

und die Aufgaben des Verfassungsschutzes den Polizeibehörden zuweisen.

(Minister Boris Rhein: Das ist geschichtsvergessen!)

Insbesondere die, die etwas mit Geheimhaltung zu tun haben: Meinen Damen und Herren, wo leben wir denn? Hat er es nicht gelernt? Hat er es vergessen? Wir haben ein klares Trennungsgebot, aus sehr gutem Grund.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Richtig!)

Ich bleibe dabei: Ich will keine geheime Polizei, ich will keine zentrale Polizei, die geheimdienstliche Arbeiten wahrnimmt.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das müssen wir auch Journalisten, renommierten Menschen, wie Herrn Prantl entgegenhalten, wenn er sich hier auf Glatteis begibt und offensichtlich die Folgen nicht erkennt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Abg. Frömmrich gemeldet.

#### **Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, vielen Dank. – Ich habe mich gemeldet, weil man das hier so nicht stehen lassen kann, was der Kollege Greilich gesagt hat. „Unsäglich“ trifft mit Sicherheit auch auf Sie zu. Das will ich hier nur für das Protokoll feststellen.

Erstens stehe ich zu all dem, was in der Festschrift gesagt worden ist, weil es weiterhin seine Richtigkeit hat. Man kann auch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes sehr gut zusammenarbeiten. Ich habe mich auch gut informiert gefühlt.

Wenn Sie weiter zitiert hätten – was Sie nicht machen; wir kennen Sie, wir wissen, wie Sie sind;

(Zurufe von der CDU und der FDP: Oh! – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sind betroffen!)

nein, überhaupt nicht –, dann hätten Sie festgestellt, dass ich eine Ausführung dazu gemacht habe, was die parlamentarische Kontrolle angeht. Das hätten Sie vielleicht einmal lesen sollen, aber dann vielleicht auch verstehen, denn sinnerfassendes Lesen ist schon erforderlich.

Dort wird in einem weiteren Teil gesagt, dass man bei der parlamentarischen Kontrolle auf die Berichterstattung

des Ministeriums und der Verfassungsschutzbehörde angewiesen ist, weil man nur das kontrollieren kann, was dort berichtet wird, und dass das die Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde sein muss. Auch das habe ich dort geschrieben.

Jetzt zitiere ich etwas aus der Sitzung des Innenausschusses an dem Tag, an dem wir seinerzeit informiert worden sind, am 17.07.2006. Da ging es um die Verstrickung des Mitarbeiters des LfV.

All das, was in den letzten drei Tagen passiert ist, ist für die Sicherheitsbehörden des Landes Hessen und insbesondere für das Landesamt für Verfassungsschutz eine Katastrophe. Diese Katastrophe ist sicherlich nicht durch die Opposition in diesem Hause ausgelöst worden. Ich hoffe, das können wir unstreitig stellen.

Dann sagt er:

Das ist für mich bisher kein Thema des Verhältnisses der Regierung zur Opposition. Es ist vielmehr ein Thema, das das Verhältnis von erster und zweiter Gewalt betrifft. Um das geht es hier.

Das war ein Zitat Ihres ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Jörg-Uwe Hahn und heutigen Ministers der Justiz dieses Bundeslandes. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Innenminister Rhein.

(Wolfgang Greilich (FDP): Darf ich?)

**Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, ich habe das nicht gesehen. Auch die Erwiderung bedarf einer klaren Wortmeldung. – Bitte schön, Herr Greilich, Sie haben das Wort.

**Wolfgang Greilich (FDP):**

Herr Präsident, es geht auch ganz schnell. – Ich will mich nur gegen den Vorwurf zur Wehr setzen, ich würde unvollständig zitieren. Ich gebe das ausdrücklich zu Protokoll.

In dieser Festschrift „60 Jahre Landesamt für Verfassungsschutz“ steht auf Seite 66 unten und Seite 67 oben das von mir verlesene Zitat des Kollegen Frömmrich. Es ist vollständig verlesen, Wort für Wort, vom ersten bis zum letzten Wort. Nach dem Satz: „Die Vierteljahresberichte geben einen guten Überblick über die Arbeit des Verfassungsschutzes.“ kommt ein Absatz. Dann steht dort: „Alexander Bauer, MdL (CDU)“. Dann kommt die Stellungnahme von Herrn Bauer. Das ist die Tatsache. Ich habe Sie vollständig zitiert.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Aber so sind sie!)

Herr Frömmrich, wir können uns aber darauf verständigen, dass auch Sie sich konstruktiv an den Beratungen

über die Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes beteiligen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Jetzt hat Herr Innenminister Rhein das Wort. Bitte schön.

**Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abg. Greilich, ich wollte mich als Gast, der ich in diesem Hause bin, nicht dazwischendrängen. Aber der Präsident hatte mich aufgerufen. Insoweit hatte ich das als Startschuss verstanden.

All das, was Frau Abg. Faeser heute vorgetragen hat, ist im Grunde nicht neu.

(Günter Rudolph (SPD): Deswegen ist es trotzdem richtig!)

Zu ihrer Ehrenrettung muss man sagen, dass sie das alles in dieser Festschrift mitgeteilt hat, aus der wir heute bereits mehrfach zitiert haben. Ich als für den Verfassungsschutz zuständiger Minister freue mich riesig, dass wir diese Festschrift heute so prominent und so häufig zitiert haben. Es ist eine tolle Festschrift, die immer wieder bereichert, wenn man hineinschaut. Deswegen freue ich mich auch, wenn wir sie heute so oft zitieren.

(Nancy Faeser (SPD): Ich kann verstehen, dass Sie sich freuen, wenn wir sie bearbeiten!)

Ich habe Verständnis dafür, wenn man geneigt ist, in schnellen Forderungen vermeintliche Sicherheit zu suchen, Frau Faeser. Trotzdem ist es nicht zielführend.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Einmal mehr gilt hierbei: Genauigkeit vor Schnelligkeit.

(Zuruf: Das sagt der Richtige! – Weitere Zurufe)

Einmal mehr gilt, dass wohlüberlegte Forderungen vor politischen Schnellschüssen gehen und dass Aktionismus –

(Unruhe)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren. – Herr Kollege Rudolph, ich sage jetzt nichts. Danke schön.

**Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:**

Manchmal muss man nichts mehr sagen, wenn sich der Kollege Rudolph geäußert hat. – Insbesondere Aktionismus ist hier fehl am Platz. Da stimme ich dem Abg. Frömmrich ausdrücklich zu.

(Günter Rudolph (SPD): Jetzt wird es aber ganz albern!)

– Sie sind so aufgeregt, Herr Kollege Rudolph. Ich weiß gar nicht, warum.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Günter Rudolph (SPD): Ich bin ganz entspannt!)

– Wenn das Entspannung ist, sollten wir einmal das Thema „Entspannung“ miteinander besprechen. Aber das machen wir ein andermal.

(Zuruf von der FDP – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Die FDP darf alles, solange sie noch dabei ist!)

– Die Regierung hat unendlich viel Redezeit, deswegen ist mir das recht. – Ich will dem Abg. Frömmrich ausdrücklich zustimmen, wenn er sagt, dass es sinnvoll ist – auch in der Frage, wie wir hiermit umgehen –, zunächst einmal die Erkenntnisse abzuwarten –

(Die Saalbeleuchtung fällt aus. – Heiterkeit und Beifall)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, ich bitte um Entschuldigung. Noch haben wir eine gute Akustik. Hauptsache, wir hören uns noch.

### **Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:**

Sie müssen mich nicht sehen, Sie müssen mich nur hören.

(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Es ist schon sehr sinnvoll, zunächst einmal die Erkenntnisse in dem Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwaltes abzuwarten, der sich des Bundeskriminalamtes bedient. Das gilt am Ende auch für die Frage der Strukturen. Das gilt natürlich auch für die Frage der anzuwendenden Methoden. Das gilt für die Polizei und den Verfassungsschutz. Und es gilt natürlich auch für das rechtliche Instrumentarium. Insoweit ist man ganz klug beraten, wenn man erst einmal den Befund erhebt und dann über die Therapie redet, sofern es überhaupt einer Therapie bedarf; denn wir reden immer so darüber, als hätte der Verfassungsschutz oder wer auch immer versagt. Warten wir doch erst einmal ab, ob der Verfassungsschutz überhaupt versagt hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf von der LINKEN)

Ich bin schon ein bisschen besorgt, wenn Herr Schaus sagt, Demokratie und Geheimdienste würden nicht zusammengehören;

(Demonstrativer Beifall bei der LINKEN)

denn der Verfassungsschutz ist die *Conditio sine qua non* für einen freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Er ist aber nicht nur das, sondern er ist auch die nicht hinwegdenkbare Voraussetzung für eine wehrhafte Demokratie – ohne Verfassungsschutz, ohne Polizei keine wehrhafte Demokratie.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Was halten Sie eigentlich von der Verfassung, Herr Minister? – Fortgesetzte Zurufe)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister, einen Augenblick bitte. – Ich wäre dafür, dass wir jetzt alle gemeinsam etwas ruhiger werden, damit

ich nicht andauernd die eine oder andere Seite ermahnen muss. – Herr Minister, Sie allein haben das Wort.

### **Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:**

Vielen herzlichen Dank, Herr Präsident. – Meine Damen und Herren, der Verfassungsschutz ist auch ein Grund für die Sicherheit, in der wir uns befinden und in der wir wie kaum ein anderes Land leben. Dafür ist der Verfassungsschutz mitverantwortlich. Er gewährt Schutz vor links und vor rechts, insbesondere gewährt er Schutz vor Islamismus. Deswegen muss man vorsichtig sein, wenn man so über den Verfassungsschutz redet, wie Sie es tun.

Natürlich trifft es zu – das ist völlig klar –, dass, wenn ein Verfassungsschutz existiert, er einer breiten und umfassenden parlamentarischen Kontrolle unterliegen muss. Ich möchte dazu später noch einmal zitieren, was Frau Faeser gesagt hat; denn auch das hat mich erfreut. Ich jedenfalls kann nicht erkennen, dass unser Landesamt für Verfassungsschutz in den vergangenen Jahren nicht hinreichend kontrolliert worden wäre. – Wo ist dieses Landesamt für Verfassungsschutz denn nicht hinreichend kontrolliert worden? Ebenfalls kann ich den Vorwurf nicht nachvollziehen – jedenfalls ist er bis heute nicht erhoben worden, auch nicht aus dem Munde der Mitglieder der geheim tagenden Parlamentarischen Kontrollkommission –, dass nicht entsprechend informiert worden sei, ganz im Gegenteil.

(Nancy Faeser (SPD): Das habe ich auch nicht behauptet!)

Ich habe Frau Faeser zwar eben zugestanden, dass sie ihre Vorschläge schon unterbreitet hat. Aber in dieser Festschrift, die ich gerne noch einmal zitieren möchte, hat sie geschrieben:

Die Berichte im Gremium sind sehr umfangreich. Die notwendigen Auskünfte, die für das Verständnis der Sachverhalte erforderlich sind, werden erteilt und Nachfragen stets umfassend beantwortet.

Ich glaube, das sagt sehr viel darüber aus, wie der Stil der Zusammenarbeit und der Arbeit des Verfassungsschutzes in der Parlamentarischen Kontrollkommission aussieht.

(Nancy Faeser (SPD): Dazu habe ich überhaupt nichts gesagt!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann auch nicht erkennen, dass seitens der Kontrollkommission irgendeine Information bis zum heutigen Tage nicht gegeben worden wäre. Genauso kann ich nicht erkennen, dass irgendeinem Abgeordneten bislang der Zugang zum Landesamt für Verfassungsschutz verwehrt worden wäre. Herr Schaus hat gesagt, er wäre auch gern einmal dort – Sie sind so oft ein Thema der Befassung des Verfassungsschutzes, man würde sich sicher über einen Besuch von Ihnen freuen. Ihnen stehen die Türen beim Verfassungsschutz offen. Dort redet man so oft über Sie, Sie sind willkommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Heiterkeit des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Auch kann ich nicht erkennen, was es bringen soll, wenn die entsprechenden Petitionen – so es überhaupt welche gibt – nun in der Parlamentarischen Kontrollkommission und nicht mehr im Petitionsausschuss behandelt werden. All das ergibt für mich wenig Sinn, und ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, was der Anlass für diesen Ge-

setzentwurf ist. Dennoch will ich zugestehen, dass es in dem Gesetzentwurf der SPD und natürlich auch bei den Vorschlägen der FDP einige Punkte gibt, über die wir dringend reden sollten und über die zu sprechen es Anlass gibt; das ist gar keine Frage.

Nichtsdestotrotz muss man aber darauf achten, einen solchen Nachrichtendienst nicht mit einer x-beliebigen Verwaltungsbehörde zu verwechseln und gleichzusetzen. Deswegen muss jeder, der eine Erweiterung der Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission will, wissen, dass das stets das generelle Risiko in sich birgt, die Geheimhaltung, die Vertraulichkeit und damit natürlich auch die Arbeit der Verfassungsschützer wie auch den Persönlichkeitsschutz Betroffener zu gefährden. Das sage ich auch vor dem Hintergrund, dass es genau so ist, wie Herr Bellino gesagt hat und diese Parlamentarische Kontrollkommission in ihren letzten Sitzungen nicht immer ganz hundertprozentig „dicht“ gewesen ist.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Informationen sind aus einer der letzten Sitzungen herausgedrungen, die nicht hätten herausdringen dürfen. Deswegen ist es kein Unsinn – wie Sie es gesagt haben, Frau Abg. Faeser –, dass das generelle Risiko besteht, dass Geheimhaltung und Vertraulichkeit durch eine Erweiterung von Rechten gefährdet würden. Damit sage ich aber nicht, dass ich gegen die Erweiterung von Rechten bin; wir können darüber reden.

Das Gesetz über das Landesamt für Verfassungsschutz tritt mit Ablauf des 31. Dezembers 2012 außer Kraft. Das Innenministerium arbeitet an der Evaluierung des Gesetzes. Ich glaube, dass wir sehr gut beraten sind, es so zu tun, wie Herr Bellino und Herr Greilich es vorgeschlagen haben, nämlich diese Dinge im Innenausschuss zu beraten und zu versuchen, uns einem Ergebnis zu nähern. Insbesondere vor dem Hintergrund dessen, was Herr Frömmrich gesagt hat, macht es sehr wohl Sinn, abzuwarten, was der Generalbundesanwalt und das Bundeskriminalamt ermitteln. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Frömmrich.

#### **Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte mich nicht noch einmal zu Wort gemeldet, wenn Herr Kollege Greilich nicht in dieser Art und Weise mit einem Buch zum 60. Jahrestag des Landesamtes für Verfassungsschutz umgegangen wäre. Eine kurze Erklärung dazu: Es geht um einzelne Fragen, zu denen die einzelnen Abgeordneten jeweils Antworten geben, dann gibt es wieder Fragen, usw. Ich zitiere einmal zu den Punkten, die ich gerade angesprochen habe. Auf Seite 58 sage ich:

Die Parlamentarische Kontrollkommission in Hessen erfüllt daher zwei wichtige Aufgaben: einerseits, dem Parlament einen Überblick über die Aktivitäten verfassungsfeindlicher Organisationen zu vermitteln, und andererseits, es dem Parlament zu ermöglichen, die Angemessenheit der Tätigkeit des Verfassungsschutzes zu hinterfragen. Bei Letzterem werden aber die Grenzen und Möglichkeiten dieser Kommission sehr schnell deutlich. Denn die Kontrollmöglichkeiten der Kommission sind ab-

hängig von dem Informationswillen und der jeweiligen Tiefe der Unterrichtung durch die Landesregierung.

Erstes Zitat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweites Zitat, Seite 59:

Von daher kann von umfassender Kontrolle im Sinne von Überwachung einzelner Maßnahmen und der Abwägung im Hinblick auf Rechtfertigung einzelner Maßnahmen nicht die Rede sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seite 61:

Die gesetzlichen Befugnisse der Kontrollkommission sind das eine. Das andere ist, dass die Kontrolle nur bei Sachverhalten erfolgen kann, von denen die Parlamentarische Kontrollkommission Kenntnis erlangt.

Noch ein letztes Zitat, Seite 65:

Um die Effektivität der PKV zu erhöhen und eine bessere Analyse und Beurteilung der Arbeit des Verfassungsschutzes zu ermöglichen, sollte überlegt werden, ob nicht analog den Regelungen im Deutschen Bundestag die Möglichkeit geschaffen werden kann, Mitarbeiter der Fraktion hinzuzuziehen.

Das zur Parlamentarischen Kontrollkommission und zu dem, was Kollege Greilich versucht hat, hier als Bild zu malen. Herr Greilich, das ist wieder einmal so, wie ich es Ihnen oft gesagt habe: Das ist hemdsärmelig, das ist daneben, und es ist im Übrigen auch nicht anständig, wie Sie mit dem Thema und den Fragen umgegangen sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Punkt, den ich hier noch erwähnen wollte – da bin ich durchaus mit dem Innenminister einer Meinung –: Ich glaube, dass wir die Gelegenheit nutzen sollten, eine umfassende Diskussion über die Neugestaltung der PKV zu führen. Wir haben bei diesem Fall, den wir in der aktuellen Zeit diskutieren, gemerkt, wo wir an die Grenzen stoßen.

Kollege Al-Wazir, der vorher Mitglied in dieser Parlamentarischen Kontrollkommission war, und ich – wir hatten keinerlei Möglichkeiten, uns zurückzuziehen, um die Berichte, die seinerzeit gegeben wurden, Revue passieren zu lassen. Das ist einfach nicht möglich. Von daher muss man die Abgeordneten, die die parlamentarische Kontrolle für dieses Parlament und für die Öffentlichkeit ausüben sollen, auch in die Lage versetzen, dass sie diese Kontrolle möglichst effektiv machen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Wortmeldung, Frau Abg. Faeser. – Frau Kollegin, bevor Sie beginnen, darf ich auf der Tribüne den Abgeordneten der Rumänischen Nationalversammlung, Herrn Ovidiu Gant,

(Allgemeiner Beifall)

und den für Hessen zuständigen Generalkonsul, Herrn Vlad Vasiliu, begrüßen.

(Allgemeiner Beifall)

Das Wort hat Frau Faeser.

**Nancy Faeser (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin über das Niveau der gesamten Debatte ziemlich entsetzt. Auch der Innenminister hat so geredet. Dass es nicht einmal mehr möglich ist, in diesem Hause über die Stärkung der parlamentarischen Rechte derjenigen zu reden, die hier sitzen, zu einem so wichtigen Thema wie dem Verfassungsschutz, finde ich schon erstaunlich und ziemlich entsetzlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sich gegenseitig hier vorzuwerfen, wer welche Stelle wann zitiert und was tut, finde ich bei dem Thema wirklich erbärmlich, wo es darum geht – Herr Innenminister, das sage ich zu Ihnen –, sich hierhin zu stellen und zu sagen: „Ist doch alles gut“, und Zusammenhänge herzustellen zu den furchtbaren Ereignissen der Naziterrorzelle.

(Holger Bellino (CDU): Das hat er nicht gesagt!)

– Herr Bellino, dann sollten Sie auch zuhören. – Ich habe extra gesagt, dass das nichts damit zu tun hat und dass die Debatte eine Fortsetzung aus dem letzten Jahr ist. Sie haben sich hierhin gestellt und gesagt, das sei kein wirksames Mittel, und man solle jetzt nicht so tun, als ob man schon die notwendigen Mittel habe, bevor die Untersuchungen abgeschlossen sind. Darum geht es hier überhaupt nicht. Es geht um die Stärkung der parlamentarischen Kontrollrechte über ein Landesamt, wo eine verstärkte Kontrolle offensichtlich notwendig ist, wenn wir schauen, was in anderen Bundesländern schon jahrelang praktiziert wird.

(Beifall bei der SPD)

Ist denn das nicht möglich, in diesem Haus inhaltlich darüber zu diskutieren? – Herr Innenminister, das eine sage ich Ihnen auch noch. Ich bin relativ entsetzt, wenn ich von Ihnen solche Sprüche höre, der Verfassungsschutz sei *Conditio sine qua non* für den Rechtsstaat.

(Zurufe von der SPD und des Ministers Boris Rhein)

– Herr Innenminister, ausdrücklich nein. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, was *Conditio sine qua non* heißt – eine Bedingung, ohne die das andere nicht stattfindet. Das ist schlicht in diesem Zusammenhang Unsinn.

(Beifall bei der SPD)

Herr Innenminister, ich sage Ihnen auch, Sie sollten anderen wie Frau Wissler nicht vorwerfen, dass sie zu lange studiert. Vielleicht hätten Sie Ihr Studium etwas intensiver nutzen sollen. Dann hätten Sie es hier auch richtig dargestellt.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, wir haben erst Dienstag, bitte.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich habe andere Zwischentöne gehört. Von einer Regel habe ich nichts gesagt. – Das Wort hat der Abg. Rentsch.

**Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Es muss heute nicht in einem Zitatentstreit enden. Das, was der Kollege Greilich zitiert hat, ist die vollständige Antwort auf eine Frage gewesen, die da lautet: „Im Rahmen ihrer Kontrollaufgabe haben Sie regelmäßigen Kontakt mit dem Verfassungsschutz. Wie bewerten sie persönlich diese Kontakte – gegebenenfalls umschrieben durch wenige Eigenschaftsworte – und die dabei erhaltenen Informationen?“

Kollege Frömmrich hat daraufhin geantwortet und relativ eindrücklich gesagt, dass das Verhältnis gut war und er die Informationen auch für gut erachtet hat. Das, was der Kollege Greilich zum Ausdruck gebracht hat – so haben wir jedenfalls und auch, glaube ich, die Kollegen der Union ihn verstanden –, war, dass das Problembewusstsein nach den ganzen Vorfällen ein völlig anderes, wie man an diesem Buch sieht, als es vorher der Fall war.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist dem Innenminister vollständig zuzustimmen, wenn er darum bittet, bevor man eine Therapie auf den Weg bringt, eine ordentliche Analyse zu machen. Darum muss es doch gehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Frau Kollegin Faeser, natürlich ist es richtig und wichtig, dass auch parlamentarische Organisationen und Fraktionen in diesem Hause Vorschläge machen, wohin es geht. Wir haben das absichtlich nicht in einem Gesetzentwurf gemacht, weil wir die Hoffnung hatten und haben, dass man möglicherweise etwas gemeinsam auf den Weg bringt. Sie kennen den Reflex in diesen Bereichen. Richtig ist auch, dass diese Diskussion noch lange nicht zu Ende geführt ist. Diese Festschrift hat es letztendlich gezeigt: Ja, wir alle hatten vor diesen Fällen nicht das Problembewusstsein, wie wir es nachher hatten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir schon!)

– Herr Kollege Al-Wazir, Sie sind immer der Größte, das wissen wir in diesem Haus. Vielleicht haben es einige noch nicht gemerkt. Vielleicht lassen Sie mich einfach einmal ausreden. Ich weiß, im Benehmen seien Sie bürgerlich, aber heute scheinen Sie wieder einmal anders geimpft zu sein. Es ist nicht bürgerlich, wenn Sie ständig dazwischenschreien.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Aus unserer Sicht und unserer Wertung hatten Sie vorher nicht das Problembewusstsein, wie Sie es heute darstellen. Richtig ist, dass damals viele Mitglieder – sowohl Sie als auch der Kollege Hahn – in der Parlamentarischen Kontrollkommission 2006 völlig zu Recht auf Defizite hingewiesen haben. Aber die Festschrift zeigt, dass erst dieser Sachverhalt Anlass dafür ist, alles auf den Prüfstand zu stellen. Ich halte das für richtig. Ich halte es auch für richtig, dass wir die Arbeit eines Gremiums und eine Organisationsstruktur, wie wir sie heute diskutieren, nicht, bevor wir eine Analyse haben, komplett über Bord werfen.

Ich habe den Innenminister so verstanden, dass er darum bittet, dass wir jetzt eine saubere Analyse machen und danach einen sauberen Vorschlag haben, wie wir, wenn wir müssen, reformieren sollen. Das ist auch die richtige Reihenfolge. Natürlich ist da heute auch ein bisschen Wettbewerb, wer den besseren Vorschlag macht. Das mag so sein. Ich glaube, dass es richtig ist, dass die Regierungskoalition

nen klar zum Ausdruck gegeben haben: Wir werden jetzt in Ruhe in die Arbeit eintreten. – Der Vorsitzende des Innenausschusses wartet schon darauf.

(Horst Klee (CDU): Wir waren schon fast in der Anhörung!)

– Wir waren schon fast in der Anhörung, sagt er. Das scheint von der Opposition verhindert worden zu sein. Wenn wir uns alle in bisschen anstrengen und es jetzt gemeinsam machen, dann können wir auch etwas Gemeinsames auf die Beine stellen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren! Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit stelle ich fest, dass die erste Lesung durchgeführt worden ist. Es ist verabredet, dass der Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung dem Innenausschuss überwiesen wird. Dem stimmen alle zu. – Das ist der Fall. Damit ist das so beschlossen.

Ich darf die Sitzung heute schließen, bis morgen früh um 9 Uhr. Gute Nacht.

(Schluss: 19:09 Uhr)

**Anlage (zu Tagesordnungspunkt 1 – Fragestunde)****Frage 617 – Abg. Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Teilt sie die Auffassung des hessischen Europaabgeordneten Michael Gahler, der über Ungarns konservative Regierungspartei Fidesz sagt: „Sie ist keine Gefahr, dass Ungarn in eine undemokratische Richtung abdriftet. Davon bin ich überzeugt.“ (Interview im Deutschlandfunk, 22. Dezember 2011)?*

**Antwort des Ministers der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn:**

*Die Europäische Kommission hat am 17. Januar 2012 wegen der ungarischen Staatsreform drei Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Nach Ansicht der Kommission verstoßen die jüngsten Gesetzesänderungen auf folgenden Feldern gegen Vertragsverpflichtungen:*

*Das erste Verfahren richtet sich gegen ein Gesetz zur Herabsetzung des Pensionseintrittsalters von Richtern von 70 auf 62 Jahre.*

*Im zweiten Verfahren geht es um die Unabhängigkeit der Ungarischen Zentralbank.*

*Das dritte Verfahren betrifft das Gesetz zum Datenschutz.*

*Hierzu fand am 18. Januar 2012 eine Debatte mit Ministerpräsident Victor Orban im Europäischen Parlament in Straßburg statt. Zwischenzeitlich hat Ministerpräsident Orban Entgegenkommen im Streit um die Unabhängigkeit der Zentralbank signalisiert. Auch in den anderen beanstandeten Bereichen bekundete Ministerpräsident Orban Gesprächsbereitschaft.*

*Vor dem Hintergrund dieser aktuellen Entwicklungen sieht die Hessische Landesregierung keine Veranlassung, zu Äußerungen von Mitgliedern des Europäischen Parlaments, die nunmehr fast vier Wochen zurückliegen, Stellung zu beziehen.*

**Frage 619 – Abg. Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Mit welchen Maßnahmen fördert sie die Täterarbeit zur Prävention häuslicher Gewalt, wie dies im 2. Aktionsplan des Landes Hessen vereinbart ist?*

**Antwort des Sozialministers Stefan Grüttner:**

*Die Hessische Landesregierung finanziert mit über 3 Millionen € Landesmitteln im Jahr Einrichtungen zum Schutz vor Gewalt, die weitgehend kommunalisiert wurden. Hier liegt ein bedeutender Schwerpunkt beim Schutz vor Partnergewalt und Prävention. Aus den jüngsten Berichten der*

*Kommunen zur Verwendung der kommunalisierten Landesmittel auf dem Gebiet des Schutzes vor Gewalt geht hervor, dass im Jahre 2010 neun Männer- und Paarberatungsstellen mit insgesamt 145.020,45 € gefördert wurden.*

*Die Hessische Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt beim Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa hat am 06.09.2011 eine landesweite Fachtagung zum Themenkomplex „Täterbezogene Intervention mit Blick auf Frauen, Kinder und Männer“ ausgerichtet, die mit 206 Teilnehmern und Teilnehmerinnen sehr gut besucht war. Hier konnte die Veröffentlichung des hessischen „Wegweisers für die Beratung von Männern mit Gewaltproblemen“ in zweiter, aktualisierter Auflage vorgestellt werden. Der hessische Wegweiser macht die Männerberatungsstellen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich und damit besser erreichbar.*

*Die Arbeitsgruppe II des Sachverständigenrats zur Kriminalprävention (Landespräventionsrat), die mit der Gewalt im häuslichen Bereich befasst ist, beabsichtigt, 2012 einen besonderen Schwerpunkt ihrer Beratungen auf die Kooperation zwischen den auf die Täterarbeit spezialisierten Beratungsstellen und den Unterstützungseinrichtungen für Frauen zu legen.*

**Frage 623 – Abg. Heike Habermann (SPD):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Ist es zutreffend, dass die Landesregierung beabsichtigt, das Gesetz über die Finanzierung von Ersatzschulen zu entfristen?*

**Antwort der Kultusministerin Dorothea Henzler:**

*Ja, dies trifft zu.*

*Nach dem Kabinettsbeschluss vom 4. Oktober 2011 bedürfen Rechtsvorschriften, die „den überkommenen Grundkannons des originären hessischen Landesrechts bilden und deren Erforderlichkeit unzweifelhaft ist“, keiner Befristung. Dies gilt nach dem Kabinettsbeschluss für folgende zwei Gesetze aus dem Geschäftsbereich des Hessischen Kultusministeriums:*

*Hessisches Schulgesetz in der Fassung vom 14. Juni 2005 (GVBl. I S. 441), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. November 2011 (GVBl. I S. 679),*

*Gesetz über die Finanzierung von Ersatzschulen (Ersatzschulfinanzierungsgesetz – ESchFG) vom 6. Dezember 1972, zuletzt geändert durch Art. 17 des Gesetzes vom 16. September 2011 (GVBl. I S. 402, 407).*

*Die Entfristung des ESchFG bedeutet jedoch keineswegs den unveränderten Bestand dieses Gesetzes in der derzeit geltenden Form auf unbestimmte Zeit. An der Novellierung dieses Gesetzes wird derzeit hausintern und ressortübergreifend gearbeitet. Geplant ist, eine novellierte Fassung des ESchFG zum 1. Januar 2013 in Kraft zu setzen.*